Wir zahlen weiter, S. 7

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 21 – 29. Mai 2010

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

Diese Woche





Keine Tabus: Offenbar hat Michail Gorbatschow Helmut Kohl das nördliche Ostpreußen sogar mehrfach angeboten. Bild: Ullstein

Das ausgeschlagene Angebot

Moskau wollte schon 1990 Verhandlungen über das nördliche Ostpreußen

Offenbar hat Moskau Deutschland nicht erst 1991, sondern auch bereits im Mai 1990 Verhandlungen über das nördliche Ostpreußen angeboten. Das Angebot wurde sofort und ohne jede weitere Sondierung von einem subalternen Diplomaten abgewiesen.

War das ernst gemeint oder war es eine Falle, fragt das Nachrichtenmagazin „Spiegel" und spielt damit schon fast die Nachricht als solche herunter: Im Mai 1990 suchte Generalmajor Geli Batenin, ein wichtiger Militärberater Gorbatschows, einen Gesprächstermin mit einem Vertreter der deutschen Botschaft in Moskau. Am 2. Juli findet das Gespräch mit Joachim von Arnim, dem Leiter der politischen Abteilung der Botschaft statt, zunächst geht es nur um die Nato-Mitgliedschaft des bis zu Oder und Neiße wiedervereinten Deutschlands.

Doch dann sprach Batenin „unter dem Siegel der Verschwiegenheit" das Thema nördliches Ostpreußen an, es sei „ein in jeder Beziehung zurückgebliebenes Gebiet, nicht nur im Vergleich zum Vorkriegsstand". Es gebe eine „Frage des nördlichen Ostpreußens" und „dieses Problem werde sich für die Sowjetunion und Deutschland über kurz oder lang stellen", erklärt Batenin und verweist auf die damaligen Unabhängigkeitsbestrebungen im Baltikum. „Batenins Worte lassen nur eine Deutung zu. Er will Verhandlungen über das nördliche Ostpreußen anstoßen", so der „Spiegel". Glaubt man dem Magazin, und alles spricht dafür, so hat von Arnim die Avance des Gorbatschow-Beraters sofort und ohne Rücksprache mit Bonn abgewehrt. „Wenn die Sowjetunion Probleme mit der Entwicklung des nördlichen Ostpreußens habe, so sei das ihre Sache", fertigt er seinen Gesprächspartner laut „Fernschreiben 2585" ab.

Warum wurde »Fernschreiben 2585« jetzt öffentlich?

Als eines der wenigen Dokumente dieser Art sei es damals als geheim eingestuft worden. Noch am selben Abend sei das Schreiben nach Bonn übermittelt worden, wo das Verhalten von Arnims offenbar gebilligt wurde. Das interessante Dokument ist nun beim „Spiegel" gelandet – sei es durch Schlamperei im Archiv des Auswärtigen Amtes oder durch „unwiderstehliche Argumente" des Magazins oder aber bewusster Freigabe im Vertrauen auf eine kaum mehr vorhandene demokratische Rechte in Deutschland, die sich über den damaligen Umgang mit einer solchen Initiative noch empören würde. Immerhin geschah der Vorstoß zu einem Zeitpunkt, als Ostpreußen völkerrechtlich noch zu Deutschland gehörte.

Der „Spiegel" ist allerdings um „gute Gründe" für das Verhalten von Arnims nicht verlegen: „Briten, Amerikaner und Franzosen hätten niemals einen sowjetisch-deutschen Ostpreußen-Deal akzeptiert, der Polen in eine Zangenlage gebracht hätte", wenn nicht sogar überhaupt der ganze Vorstoß eine trickreiche Intrige gegen Michail Gorbatschow gewesen sei, unkt das Magazin, um diesem dann „vorwerfen zu können, er verrate russische Interessen". *Konrad Badenheuer*

Konrad Badenheuer:

Mantel Gottes

Wie sensationell ist die Meldung, Moskau habe im Mai 1990 Verhandlungen über das Königsberger Gebiet gesucht und sei in Bonn auf Granit gestoßen? Der „Spiegel" selbst berichtete ja schon 1999 „von einem Gerücht, das nie überzeugend dementiert wurde": Gorbatschow habe 1991 Bundeskanzler Kohl den Verkauf von „Kaliningrad" für 70 Milliarden Mark angedient, Jelzin habe diese Offerte später erneuert. Kohl sei „nicht bereit, zu diesem Thema etwas zu sagen".

Leser dieser Zeitung wissen mehr: Schon im Mai, Juli und August 1991 berichtete das *Ostpreußenblatt* über entsprechende Sondierungen Moskaus, die damals Hans-Dietrich Genscher ablehnte. Ostpreußen-Sprecher v. Gottberg erklärte in einem Interview 2002: „Damals stand die konkrete Kaufpreisforderung von 48 Milliarden D-Mark im Raum, wobei Genschers Ausspruch überliefert ist, dass er ‚Königsberg nicht einmal geschenkt' haben wolle."

Neu an der jetzigen Meldung ist der frühe Zeitpunkt: Die Ablehnung einer solchen Initiative noch vor der Unterzeichnung des 2+4-Vertrages am 12. September 1990 ist auch rechtlich überaus pikant, weil Ostpreußen bis zu diesem Tage de iure zu Deutschland gehörte.

Selbst wenn es stimmen sollte, dass ein Bonner Eingehen auf diese Initiative die „kleine" Wiedervereinigung verhindert hätte, stockt einem bei der Lektüre der Atem. Wie erklärte v. Gottberg auf dem Deutschland-Treffen 2000: „Ob noch einmal in absehbarer Zeit – wie beim Gorbatschow-Angebot – der Mantel Gottes vorbeirauscht, wissen wir nicht. Wir erhoffen es, aber es muss dann auch jemand da sein, der sich bemüht, einen Zipfel des Mantels zu erhaschen."

»Wir werden nicht auflegen«

Koalitionspoker: Özdemir hofft auf Anruf der Liberalen in NRW

Noch ist alles offen in Nordrhein-Westfalen (NRW), und es wird selbst offen bleiben, wenn es zu einer Großen Koalition kommt. Denn die nordrhein-westfälische SPD-Chefin Hannelore Kraft wird den der CDU abverlangten „grundlegenden Politikwechsel" nicht in dem von ihr geforderten Umfang erhalten. Schon jetzt spielt sie deswegen mit dem Gedanken, dass aus ihrer Sicht auch Neuwahlen möglich seien. Richtig erfolgreich wären diese für die SPD allerdings erst, wenn der CDU vorher in einer Großen Koalition zahlreiche Kompromisse abgerungen werden konnten, in deren Folge die Partei weitere Stammwähler verlieren würde.

Und während Kraft sich vergangene Woche auf die Sondierungsgespräche mit der CDU vorbereitete, ließ Grünen-Chef Cem Özdemir verlauten, dass er eine Koalition mit den Liberalen nicht für unmöglich halte. „Bei mir

Eine Große Koalition zur Überbrückung

steht ein Telefon auf dem Schreibtisch, auch die grüne Spitzenkandidatin Löhrmann hat eines. Wenn die FDP uns anruft, werden wir nicht auflegen", warb er öffentlich um die Aufmerksamkeit der Liberalen. Die Grünen in NRW fühlen sich, obwohl sie vom Stimmenzugewinn die eigentlichen Gewinner der Wahl sind, immer mehr als Verlierer. Da es für Rot-Grün nicht reicht und Gespräche für Rot-Rot-Grün nach fünf Stunden abgebrochen wurden, bleibt den Grünen nur Rot-Grün-Gelb oder Opposition. Es sei denn, ein Abgeordneter der Linkspartei würde zu den Grünen oder den Sozialdemokraten wechseln und somit die fehlende Stimme für Rot-Grün ausgleichen.

Doch noch hat sich kein potenzieller Abweichler zu erkennen gegeben. Allerdings könnte eine schwache oder gar eine starke Große Koalition den Druck im ganz linken Lager in NRW erhöhen. *Bel*

Aufarbeitung angestoßen

Tschechen diskutieren über Massaker an Deutschen 1945

Vor wenigen Tagen hat der tschechische Fernsehsender CT24 eine Filmsequenz über ein Massaker an Deutschen im Mai 1945 in Prag ausgestrahlt (die *PAZ* berichtete). Das bedrückende Dokument ist Teil der knapp einstündigen Dokumentation „Abschlachten auf Tschechisch" (in anderer Übersetzung: „Töten auf tschechische Art") des Regisseurs David Vondracek und kann unter www.youtube.com/watch?v=A1wLajNjQPw im Internet abgerufen werden. Das Verbrechen an 42 Zivilisten fand offenbar am 10. Mai statt. Der Vorsitzende der Vertriebenen-Gruppe der Unionsfraktion im Bundestag, Klaus Brähmig, begrüßte die durch die Sendung angestoßene Debatte in der Tschechischen Republik. „Der neue tschechische Dokumentarfilm bringt die Aufarbeitung der Ereignisse am Kriegsende wesentlich voran."

Tschechische Historiker bestätigen unterdessen die Echtheit der

Erschütternder Film jetzt im Internet

Amateur-Aufnahmen, welche auch die Aushebung eines Massengrabes dokumentieren. „Infolge der durch die schrecklichen Bilder ausgelösten Kontroverse thematisierte die konservative Tageszeitung ‚Lidové noviny' zu Recht, ob diese Gewalttaten bis heute straffrei sein dürften", so Brähmig. Problematisch sei nicht nur die Brutalität der Ereignisse selbst, „sondern auch die Tatsache, dass Tschechien immer noch die Benesch-Dekrete und das Amnestiegesetz von 1946 verteidigt, welche diese Verbrechen im Nachhinein abgesegnet haben". Der Sprecher der Sudetendeutschen, Bernd Posselt, würdigte den Mut des Regisseurs David Vondracek und des Senders. Gleichzeitig kündigte er an, sich dafür einzusetzen, dass die Dokumentation ins Deutsche übersetzt und auch hier im Fernsehen gezeigt werde. „Hoffentlich wird das bei uns auch zur besten Sendezeit geschehen." *K.B.*

MELDUNGEN

Kratzer an der Glaubwürdigkeit

Berlin – Die Glaubwürdigkeit der CDU erleidet derzeit nicht nur wegen der Hilfspakete für den Euro Kratzer. Während die Bundeskanzlerin nicht müde wird, vor dem EU-Beitritt der Türkei zu warnen, macht ihr ehemaliger Generalsekretär Ruprecht Polenz Reklame für sein neues Buch „Besser für beide – Die Türkei gehört in die EU“. Polenz ist keineswegs einflusslos, vielmehr ist er seit 2005 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages. Nachteilig für das Ansehen der CDU könnte sich auch die Äußerung des Bundesgeschäftsführers der Lesben- und Schwulen in der Union (LSU), Ronny Pohle, auswirken. Während Merkel sich bemüht, ihre Papstschelte vergessen zu machen, die viele konservative Wähler befremdet hat, zog Pohle so richtig vom Leder: Er fordert von Benedikt XVI. eine Entschuldigung oder den sofortigen Rücktritt. Auf Facebook schrieb er, er „finde diesen alten, senilen Mann eben nur noch scheiße und dumm“. Eine Distanzierung der CDU gibt es bisher nicht. *K.B.*

Ulla Jelpke lobt MfS

Berlin – Einen Eklat haben Äußerungen der innenpolitischen Sprecherin der Bundestagsfraktion „Die Linke“, Ulla Jelpke, ausgelöst. In einem Grußwort an ehemalige Mitarbeiter des DDR-Auslandsgeheimdienstes hatte sie sich gegen eine „Dämonisierung der DDR und insbesondere des“ Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) ausgesprochen. So habe sie geschrieben: „Viele von Euch wurden für ihren mutigen Einsatz für den Frieden nach dem Ende der DDR mit Gefängnis bestraft. Die Spione des BND – eines von Altnazis aufgebauten aggressiven imperialistischen Dienstes – gingen dagegen für ihre Operationen gegen den Sozialismus straffrei aus. Diese Ungleichbehandlung ist bis heute ein himmelschreiendes Unrecht, das ein bezeichnendes Verständnis auch auf den sogenannten ‚demokratischen Rechtsstaat‘ wirft, den die Spitzel von BND und Verfassungsschutz angeblich verteidigen.“ *idea*

Die Schulden-Uhr: Luxusgehälter

Der Bundesrechnungshof hat die Bundesagentur für Arbeit (BA) kritisiert, weil sie das Geld ihrer Versicherten (und aufgrund der Bundeszuschüsse auch das der Steuerzahler) nicht immer nachvollziehbar investiert. So soll die BA hunderte von Mitarbeitern außertariflich bezahlen, so dass Gehälter von 5300 bis 7200 Euro plus Zulagen nicht selten seien, denn nur so sehe sich die Behörde in der Lage, auch „als Arbeitgeberin attraktiv zu sein“. Aber auch 13 300 Euro monatlich plus leistungsunabhängige Zulagen seien möglich. Manche dieser Positionen wurden mit Bekannten der Entscheidungsträger besetzt. *Bel*

1.710.770.754.002 €

Vorwoche: 1.708.106.934.667 €
Verschuldung pro Kopf: 20 927 €
Vorwoche: 20 894 €

(Dienstag, 25. Mai 2010, Zahlen: www.steuerzahler.de)

»Zahlknechte der Bankrotteure«

Die Euro-Krise bewegt die Welt und überall wird sie in den Medien kommentiert – Die *PAZ* dokumentiert

Die ausländische Presse verfolgt die Eurokrise mit ebenso großem Interesse wie deutsche Medien. Dabei nimmt der Blick auf die größte Euro-Macht Deutschland eine zentrale Stellung ein. Die Bewertungen schwanken zwischen Zustimmung und Ablehnung, zwischen regelrechtem Mitleid und der bangen Frage nach den Grenzen der Geduld der Deutschen. Wir dokumentiern einige Aussagen der vergangenen Wochen:

Die Züricher „Weltwoche“ vom 3. Mai fragt sich, wie lange sich die Deutschen noch gefallen lassen, was ihnen derzeit zugemutet wird:

„Man kann die Langmut der Deutschen bestaunen – aber gottgegeben ist sie nicht. Wie lange noch werden sie als Zahlknechte für die osteuropäischen Staaten und die Bankrotteure am Mittelmeer zur Verfügung stehen? Was ist, wenn sich der Unmut über Europa politisch zu formieren beginnt? Warum soll nicht auch Deutschland seine SVP [Schweizerische Volkspartei] bekommen? Dann geht der Tanz erst richtig los: Wenn sich zur Linkspartei eine Rechtspartei mit Anti-EU-Drall gesellt.“

„L'Union“ (Reims) vom 4. Mai hingegen rügt die deutsche Haltung aufs Schärfste:

„Deutschland hat sich Südeuropa gegenüber verächtlich gezeigt, und sein egoistischer Pragmatismus rückt es in die Nähe der Krämerseele von Margaret Thatcher, deren berühmten Satz ‚Ich will mein Geld zurück!‘ es sich im Übrigen zu eigen machen könnte.“

Ganz anders die Straßburger „Dernière Nouvelles d'Alsace“ vom 2. Mai. Das Blatt macht sich lustig über die französische Kritik an Deutschland:

„Französische und deutsche Gewerkschaften haben in diesem Jahr nicht einmal symbolisch eine gemeinsame Solidarität dokumentiert. Das liegt daran, dass die Franzosen mit Erschütterung feststellen, dass Deutschland mit einem niedrigen Lohnniveau wettbewerbsfähiger als Frankreich geworden ist. [Frankreichs Finanzministerin] Christine Lagarde hat es vor wenigen Wochen riskiert, das deutsche Modell zu kritisieren, das auf Export und Lohnzurückhaltung basiert. Der mittelmäßige Schüler hat den Klassenprimus angegriffen.“

„El Periódico de Catalunya“ (Barcelona), 4. Mai ermutigt Berlin in seinem Ringen:

„Die Deutschen haben in den Verhandlungen über die Griechenlandhilfe eine harte Position an den Tag gelegt. Das war auch angemessen, denn nur so kann Deutschland die Hilfe für Athen rechtfertigen. Der Euro wird nur fortbestehen, wenn strengere Regeln eingeführt werden.“

Die Kopenhagener „Information“ hebt auf den 65. Jahrestag der Befreiung Dänemarks 1945 ab und zeigt Verständnis für Berlin:

„Kritisiert wird auch, dass Deutschland jetzt mehr als früher eigene Interessen verfolge und nicht mehr so stark die Rolle als schuldbewusster Zahlmeister für Europa spiele. (Doch) das ist eine völlig natürliche Entwicklung.“

Die Budapester „Magyar Nemzet“ fordert am 20. Mai einen harten Kurs zur Rettung des Euro, der Ungarn auf lange Sicht den Zugang verbauen könnte:

„Es scheinen nun jene Ökonomen Recht zu behalten, die meinen, dass sich die Einführung des Euro dort früher oder später rächen wird, wo Einkommen und Wohlstand der Bürger weit hinter dem westlichen Durchschnitt zurückbleiben. Nicht nur die ‚armen Verwandten‘ leiden dann unter der frühzeitigen Übernahme der Gemeinschaftswährung, sondern auch der Wert des Unionsgeldes selbst. Der Preis könnte bald zu hoch werden. Europa steht vor der Wahl. Entweder macht es den Euro dermaßen steinhart, mit Bedingungen, die auch nicht mehr jedes Land erfüllen kann, so dass sich das eine oder andere von ihnen aus der Euro-Zone wird verabschieden müssen. Oder es wurstelt weiter wie bisher und wartet, bis es an der Gemeinschaftswährung zugrunde geht.“

Die Warschauer „Rzeczpospolita“ hegte am 11. Mai Zweifel, ob Polens EU-Beitritt wirklich eine so gute Idee war:

„Ladies and Gentlemen, bitte legen Sie die Sicherheitsgurte an! Das Fahrzeug der Marke EU, in das Polen 2004 eingestiegen ist, gerät seit einiger Zeit bei Kurven ins Schleudern. Und noch schlimmer: Wir wissen nicht, wohin der Wagen fährt.“

Selbst in Saudi-Arabien sorgt man sich um den Euro. Die „Arab News“ aus Dschidda schrieb am 11. Mai:

„Es sieht so aus, als könnte das Paket Griechenland, Spanien und Portugal über die nächsten drei Jahre hinweghelfen. Allerdings wird sich das Zeitfenster dramatisch verkleinern, wenn andere schwächelnde Euro-Länder ebenfalls Garantien benötigen – zum Beispiel Italien und Belgien. Das eigentliche Problem liegt darin, dass die Euro-Zone ihre Währung mit ... ungeeigneten Kontroll-Mechanismen zu schützen versucht.“

Die „Neue Zürcher Zeitung“ (15. Mai) hegt generell Zweifel an der Handlungsfähigkeit der mächtigsten EU-Regierungen:

„In kaum einem EU-Mitgliedsland – allen voran nicht in Großbritannien, Deutschland, Italien oder Frankreich – ist derzeit eine Regierung im Amt, die über solide parlamentarische Mehrheiten verfügt, geschweige denn, dass sie sich mit einschneidenden Reformprogrammen auf eine Zustimmung in der Bevölkerung verlassen könnte.“

Der Wiener „Kurier“ (15. Mai) arbeitet heraus, was die Krise über den Grad der europäischen Integration zutage fördert:

„Die schwerste Krise seit Bestehen der EU und des Euro hat offengelegt, wie weit die EU-Integration mittlerweile fortgeschritten ist. Verglichen werden nicht nur Budgetdefizite, Arbeitslosenraten und Wachstumszahlen, sondern auch Sozialleistungen, Sparmaßnahmen und Standards. Das ist europäische Innenpolitik und mit der Debatte, inklusive böser Vorurteile und persönlicher Verletzungen, entsteht so etwas wie eine europäische Öffentlichkeit.“

Die uruguayische Zeitung „El País“ (12. Mai) springt der deutschen Kanzlerin zu Seite:

„Sie hat globale Regeln zur Kontrolle der Finanzmärkte gefordert. Diese haben schon früher Katastrophen ausgelöst, wie beispielsweise im Jahre 2001 in Argentinien. Nun aber hat der Sturm Europa getroffen – werden die beschlossenen Maßnahmen ausreichen, einen Schiffbruch abzuwenden?“

Unter der Überschrift „Was Deutschland auch tut, der Euro, wie wir ihnen kennen, ist tot“ beschreibt der Londoner „Daily Telegraph“ (20. Mai) eine deutsche Kanzlerin, die einen aussichtslosen Kampf führt:

„In einer Hinsicht hat Frau Merkel Recht: ‚Der Euro ist in Gefahr ... wenn der Euro scheitert, dann scheitert Europa.‘ Was sie bislang nicht öffentlich zugegeben hat, ist, dass sie die Hauptursache für die Gefährdung der Einheitswährung außerhalb ihrer Kontrolle befindet und dass daher ihre heftige Antwort auf die Vertrauenskrise dazu verdammt ist zu scheitern.“



Geduldige Deutsche: Die französische Finanzministerin im Gespräch mit einem Kollegen

Besuch im Herbst?

Sudetendeutsche hoffen auf eine Prag-Reise

Unter dem Motto „Gemeinsame Geschichte – Gemeinsame Zukunft in Europa kamen am Pfingstwochenende in Augsburg an die 30 000 Menschen zum 61. Sudetendeutschen Tag. Eine schonungslose Dokumentation über die Vertreibung, die das tschechische Fernsehen am 6. Mai ausgestrahlt hatte, würdigten mehrere Redner als Zeichen wachsender Nachdenklichkeit in der Tschechischen Republik. „Das Eis der schroffen Ablehnung der sudetendeutschen Bemühungen um einen Dialog knirscht“, erklärte etwa der Bundesvorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL), Franz Pany.

„Steter Tropfen höhlt den Stein“, lobte auch der Sprecher der Volksgruppe, Bernd Posselt, den Film. Alle Redner betonten die sudetendeutsch-tschechischen Gemeinsamkeiten, allerdings gab es wenig konkrete Aussagen darüber, wie man bei den Anliegen der Volksgruppe konkret vorankommen möchte. Nicht wenige Hoffnungen verbanden sich hier mit der Ankündigung des bayerischen Ministerpräsidenten im September oder Oktober „in enger Abstimmung mit den Sudetendeutschen“ und auch mit Repräsentanten der Volksgruppe in einer Delegation nach Prag zu reisen. SL-Sprecher Posselt erklärte, es komme „jetzt darauf an, das Eisen zu schmieden, solange es noch heiß ist“. Er habe zwar „keine Illusionen“, doch sei „jetzt in der Tat der geschichtliche Zeitpunkt gekommen, wo die führenden Repräsentanten der Volksgruppe mit dem Schirmherrn und Ministerpräsidenten ein Ereignis vorbereiten, das von großer Bedeutung ist“ – nämlich eben diesen geplanten Besuch. Der werde zwar „nicht die Welt verändern, aber er wird auch nicht eine Teestunde auf der Burg sein mit zwei Sätzen ‚Übrigens gibt es da noch Sudetendeutsche‘“. Ministerpräsident Horst Seehofer bat darum, die Erwartungen an diesen geplanten Besuch „nicht zu hoch zu schrauben“. Jedoch setze sich seiner politischen Lebenserfahrung nach die historische Wahrheit langfristig immer durch (siehe Kommentar Seite 8). *K.B.*

30 000 beim Sudetendeutschen Tag

Die Gewinner

Folgen des dreiseitigen Atom-Abkommens

Das Atom-Abkommen zwischen dem Iran, der Türkei und Brasilien kam in der vorigen Woche überraschend. Nicht so die negativen Reaktionen des Westens: Die USA verlangten prompt neue harte Sanktionen und glauben, dafür sogar mit der Zustimmung Moskaus und Pekings im UN-Sicherheitsrat rechnen zu können.

Das Abkommen sieht im Prinzip den Tausch schwach angereicherten iranischen Urans gegen Brennstäbe für einen Forschungsreaktor vor, schließt aber die Urananreicherung im Iran nicht aus. Doch egal wie man es bewertet, konnten zumindest zwei der Protagonisten einen politischen Erfolg erzielen: Der brasilianische Präsident „Lula“ da Silva hat erneut die Hegemonie der USA in Frage gestellt, und das bringt reichlich Applaus, vor allem von den meisten Lateinamerikanern. Zugleich konnte er demonstrieren, dass Brasilien nicht nur das größte und wirtschaftlich stärkste Land Lateinamerikas ist, sondern auch in der Welt etwas zu sagen hat. Das ist von Bedeutung, weil Brasilien bei einer allfälligen Uno-Reform einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat beansprucht.

Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan wiederum, der erst Anfang Mai mit dem russischen Präsidenten Dmitrij Medwedew ein Abkommen über die Errichtung des ersten türkischen AKW unterzeichnet hatte sowie etliche weitere, darunter über die Aufhebung der Visumpflicht, konnte mit dem Iran-Vertrag sein Prestige daheim und in der islamischen Welt weiter ausbauen und die Rolle der Türkei als Regionalmacht im Nahen Osten festigen – sowie notfalls von der seit 24. März unter strengster Geheimhaltung ablaufenden Großoffensive im Kurdengebiet ablenken.

Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad kann bloß hoffen, dass Brasilien und die Türkei, die derzeit Mitglieder im UN-Sicherheitsrat sind, dort als Advokaten des Iran auftreten werden und dass Russland und China das Abkommen als neuen Grund sehen, die Sanktionen hinauszuzögern und abzuschwächen. *Richard G. Kerschhofer*

Türkische Offensive im Kurdengebiet

Dissident Nummer eins

Michail Chodorkowskij drohen nach Ablauf seiner achtjährigen Haftzeit weitere 22 Jahre wegen Öldiebstahls. Solch eine drastische Strafe für ein Wirtschaftsverbrechen ist nach russischem Recht gar nicht vorgesehen. Weil nach einer von Präsident Medwedew initiierten Gesetzesnovelle ein Wirtschaftskrimineller während des Prozesses nicht inhaftiert werden darf, trat Chodorkowskij vergangene Woche in den unbefristeten Hungerstreik, um den Präsidenten zu testen. Erst wenn der Präsident von der Missachtung des Gesetzes erführe, wollte er seinen Hungerstreik beenden. Das Chamownitscheskij-Gericht hatte den Fall Chodorkowskij zur Ausnahme erklärt und bestand auf Haftverlängerung. Die Reaktion Medwedews erfolgte erstaunlich schnell. Nach zwei Tagen ließ er mitteilen, der Oberste Gerichtshof werde den Fall überprüfen. Schützenhilfe erhält Chodorkowskij nun von Michail Kasjanow, der 2003 Regierungschef war und bezeugen will, dass eine Unterschlagung solchen Ausmaßes aufgrund der staatlichen Kontrolle über alle Ölgeschäfte gar nicht möglich gewesen sei. Chodorkowskij wird in der Öffentlichkeit bereits als neuer Sacharow oder als Dissident Nummer 1 gesehen. *MRK*

Alles Rassisten

Von Harald Fourier

Kevin Boateng, ein Fußballer aus Berlin-Wedding, hat „unseren“ Mannschaftskapitän Michael Ballack umgehauen. Ballack fährt nicht zur WM, seine Fans beschimpfen deswegen Boateng, der in die Nationalmannschaft Ghanas gewechselt ist, im Internet. So weit, so hässlich und abstoßend, doch leider auch: so normal.

Denn solche Beschimpfungen sind im Fußball keine Seltenheit. Trainer, Spieler oder Schiedsrichter müssen sich leider immer wieder üble Dinge anhören. An sich wäre das auch im Falle Boatengs höchstens eine kleine Meldung im Sportteil wert, aber bei ihm ist alles anders. Er ist ein Farbiger.

Deswegen werden Fußballfans, die sich abwertend über ihn äußern, sogleich unter den Verdacht gestellt, Ausländerfeinde zu sein. „Mit Erschrecken“ habe man erfahren müssen, dass Boateng im Internet von der „mundschäumenden Fußballnation rassistisch beschimpft“ werde, schrieb Berlins größtes Tageblatt, die „Berliner Zeitung“, vorige Woche und schlug gleich rundum auf alle Deutschen ein: „Wenn es je einen entspannten Patriotismus gegeben hätte, dann müsste man ihm am heutigen Tag einen Nachruf widmen.“

Mit anderen Worten: Wenn so und so viele im Internet pöbeln, war gleich die ganze „Fußballnation“ am Werk und einen „entspannten Patriotismus“ hat es nie gegeben. Der ausländerfeindliche Rassismus und Faschismus, der hinter jeder Deutschlandfahne steckt, hat sich nur einige Jahre lang gut getarnt. So ungefähr sieht das Weltbild jener Zeitung aus. Sie hat gleich zweimal hintereinander auf ihrer Titelseite über den „aufgebrachten deutschen Internetmob und seine menschenverachtenden Parolen“ berichtet.

Komischerweise ist selten etwas in dieser Zeitung zu lesen, wenn Linksradikale im Internet zur Gewalt aufrufen oder tatsächlich menschenverachtende Parolen gegen Banker, Vertriebene, Katholiken oder andere politische Gegner skandieren. „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft“, heißt einer der Sprüche, die im Internet gerne verbreitet werden. Dass die Gewaltaufrufe der Linksextremen keine Theorie bleiben, zeigt die steil ansteigende Zahl linker Gewalttaten nicht nur in Berlin. Aber nie hat die Zeitung so einen Wirbel darum gemacht wie im Falle Boatengs.

Diese Art der Berichterstattung über bestimmte, politisch inkorrekte Themen wirft einen Schatten auf das frühere SED-Bezirksblatt. Gerade ist das Blatt 65 Jahre alt geworden und hat seine erste Ausgabe zum Jubiläum nachgedruckt. Von Stalins „großer Menschlichkeit“ wurde da im Mai 1945 geschwärmt und die Ausrottung des „nazistischen Untermenschentums“ gefordert. Die „Berliner Zeitung“ war jahrelang Moskaus Sprachrohr. Da wäre es an der Zeit, sich von den alten Mustern endgültig zu trennen.

»Jamaika« ist zerbrochen

FDP verteidigt allgemeines Demonstrationsrecht – Grüne: Liberale »nicht politikfähig«



Der Grünen-Politiker Wolfgang Wieland neben Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Thierse (SPD): Ein Bündnis linker Gruppen versuchte am 1. Mai auch mit Sitzblockaden, einen genehmigten Aufmarsch von Rechtsradikalen zu verhindern.

Bild: pa

Die politischen Verhältnisse in Berlin kommen in Bewegung. Nach einem heftigen Schlagabtausch im Abgeordnetenhaus ist das oppositionelle „Jamaika“-Bündnis zerbrochen.

Der aus Berlin entschwundene frühere CDU-Spitzenmann Friedbert Pflüger hatte ein Jamaika-Bündnis in der Opposition propagiert: CDU, FDP und Grüne sollten gemeinsam Front machen gegen den rot-roten Senat. Tatsächlich richtete die Berliner CDU seither ihre wesentlichen Aktivitäten daran aus, ob sie auch „grünkompatibel“ seien.

Dieses Bündnis ist nun an einem Streit der beiden Partner FDP und Grüne zerbrochen. Auslöser war die parlamentarische Aufarbeitung der Mai-Krawalle in Kreuzberg und die Sitzblockade von einigen prominenten Politikern (unter anderem Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse, SPD), der gewaltbereiten Antifa und sonstigen Blockadeaktivisten. Björn Jotzo, Vizefraktionschef der Liberalen im Berliner Abgeordnetenhaus, hatte das Auftreten des innenpolitischen Sprechers der Grünen, Benedikt Lux, bei dieser Blockade schwer kritisiert.

Dabei war es zu einem heftigen Schlagabtausch im Parlament gekommen. Jotzo: „Für uns Liberale steht fest: Freiheit in einer demokratischen Ordnung ist auch die Freiheit des Andersdenkenden.“ Darauf unterbrach ihn der Grünen-Fraktionschef Volker Ratzmann mit dem Zwischenruf: „Glauben Sie den Quatsch, den Sie erzählen?“

Jotzo unbeirrt weiter: „Wer das nicht anerkennt, der sollte gegebenenfalls prüfen, ob er nicht auf der anderen Demo hätte mitmarschieren müssen. Leider sind solche Tendenzen bei den Grünen klar zu erkennen. Als Linksextremisten in unserer Stadt Autos in Flammen steckten, vertraten die Grünen im Innenausschuss die Auffassung, es handele sich bei solchen Brandstiftungen gewissermaßen um ein – ich zitiere – ‚Konjunkturprogramm‘.“ Jotzos Anklage gipfelte schließlich in dem Vorwurf, die Grünen wollten quasi eine Meinungsdiktatur errichten. SPD, Linke und Grüne gaben sich hell empört. SPD-Fraktionschef Michael Müller: „Eine Schande!“

> Auch Thierse nahm an Sitzblockade am 1. Mai teil

Parlamentspräsident Uwe Lehmann-Brauns (CDU) erteilte Jotzo daraufhin eine Rüge. Der Vorwurf der Grünen geht letztlich in die Richtung, Jotzo rede auch einem Demonstrationsrecht für die NPD das Wort. Das in Streit stehende Zitat lautet: „Man kann nicht glaubhaft für Demokratie und Rechtsstaat eintreten, indem man die Rechte anderer mit Füßen tritt, auch wenn deren Meinung einem nicht gefällt oder sie noch so abscheulich ist.“ Dergleichen wollen die Grünen nicht hinnehmen.

Nachdem die FDP es ablehnte, sich für ihr Eintreten für das allgemeine Demonstrationsrecht zu entschuldigen, kündigten die Grünen nunmehr schriftlich die bisherige Kooperation mit der FDP in der Opposition auf. In einem Brief vom 17. Mai schrieben die Fraktionsvorsitzenden Ramona Pop und Volker Ratzmann an FDP-Landeschef Christoph Meyer, die Berliner Freidemokraten seien nicht mehr „politikfähig“. Einige Medien in der Hauptstadt erhoben Vorwürfe in die Richtung von Volker Ratzmann, die Grünen seien nunmehr auf dem Kurs nach „Rot-Rot“. Davon will der Grünen-Fraktionschef nichts wissen. In der Praxis könnte es jedoch darauf hinauslaufen, denn CDU und Grüne werden nach den Umfragen der letzten Jahre allein keine Mehrheit zusammenbringen. Doch die Grünen drängt es zur Macht, nachdem die meisten Landesregierungen der Vergangenheit ohne ihre Beteiligung zustande kamen, weshalb die Spitzenleute der Berliner Grünen wie Renate Künast und Michaele Schreier anderswo Karriere gemacht haben. Möglicherweise hat Ratzmann aber auch die Reißleine gezogen, nachdem die Parteilinken vom Kreuzberger Kreisverband immer deutlicher auf Distanz gingen zur schwarz-grün-gelben Perspektive.

Die CDU steht nun vor einem Scherbenhaufen. Unlängst hatte sich die Partei mit zwei Papieren zur Wirtschafts- und zur Ausländerpolitik einen möglichst grünen Anstrich verpasst. Kritiker hatten die Papiere als Brautschmuck für die schwarz-grüne Hochzeit bezeichnet. CDU-Chef Frank Henkel schloss auf beharrliches Nachfragen der „taz“ nicht einmal aus, Renate Künast zur Regierenden Bürgermeisterin wählen zu wollen, wenn die Grünen in einem Jamaika-Bündnis stärkste Kraft werden würden. Stammwähler der Union wendeten sich mit Grausen ab: Seither gingen die Umfragewerte der Christdemokraten stetig zurück, zuletzt auf 20 Prozent, während die Grünen an der CDU vorbeizogen und 23 Prozent erreichten.

Für die Liberalen, die nach dem Aufstieg ihres prominenten Fraktionschefs Martin Lindner in den Bundestag auf Landesebene kaum noch punkten konnten, bietet der laufende Streit eine gute Gelegenheit, sich zu profilieren. Partei- und Fraktionschef Meyer mag sich gefragt haben, welche (unwichtige) Rolle den Liberalen in einem Jamaikabündnis zugedacht war. Jotzo, der als Vertrauter Meyers gilt, hat die FDP in Berlin wieder sichtbar gemacht.

Die Partei unterstrich die eingeschlagene Richtung nochmals in einer öffentlichen Erklärung: „Die Rede war außerordentlich wichtig, denn sie stellte klar, dass die Berliner Liberalen zu unseren Grundrechten in ihrer unteilbaren Reichweite stehen. Es kann nicht sein, dass Menschen ihre Bürgerrechte durch Mehrheitsgutdünken aberkannt werden. Eine demokratische Gesellschaft muss Extremismus rechtsstaatlich bekämpfen und darf sich nicht zu rechtswidrigen Aktionen hinreißen lassen.“ *Theo Maass*

Gute Aufträge dank Politik?

Berliner SPD wegen Korruptionsvorwürfen unter Beschuss

Spektakuläre Fälle von Korruption rücken erneut den Berliner rot-roten Senat ins Zwielicht. Seit Tagen ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen den Finanzvorstand der Stadtreinigung (BSR), Lothar Kramm, wegen Verdachts auf Korruption. In anderen öffentlichen Betrieben haben sich ähnliche Verdachtsfälle bereits erhärtet, vor allem im Bausektor. Hochrangige SPD-Politiker stehen im Fadenkreuz

Allen voran ging es um den Immobilienunternehmer und SPD-Politiker Ralf Hillenberg. Seine Firmen hatten von der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft Howoge millionenschwere Aufträge erhalten – angeblich ohne Ausschreibung. Hillenberg widersprach, es habe eine Ausschreibung gegeben. Es stellte sich jedoch heraus, dass nur er am Wettbewerb für ein Bürgerzentrum teilgenommen hatte. Die Sanierung von immerhin 3127 Wohnungen in Pankow fiel ihm dagegen als weiteres Projekt außer Konkurrenz zu. Hillenberg hatte als Vizechef des Bauausschusses im Parlament sogar ein Gesetz in Vorbereitung, das ihm aus den Geschäften nochmals Extra-Einkünfte bescheren sollte, bekam Aufträge anderer städtischer Wohnungsfirmen, so der Degewo, dem größten Wohnungsunternehmer der Stadt. Deren Chef, Frank Bielka, ist ebenfalls SPD-Mitglied und nach wie vor im Amt. Das Gesetz wurde hingegen vereitelt, Hillenberg hat den Ausschuss wie die SPD-Fraktion verlassen. Wenige Wochen zuvor war die Spreedreieck-Affäre publik geworden. Die Spitzen der Berliner SPD handelten dabei höchst unglücklich, allen voran Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer und Ex-Bausenator Peter Strieder. Unter ihrer Führung wurde Land verkauft, das der Stadt nicht gehörte, kompensatorisch erteilte Genehmigungen für geprellte Investoren griffen in die Rechte anderer ein und verursachten eine Prozesskostenlawine. Ähnlich ging es im Fall S-Bahn-Chaos zu: Ob die rund 220 Millionen Euro, die der Senat 2009 als Zuschuss an die S-Bahn zahlte, für Berlin genutzt wurden, interessierte die politisch Verantwortlichen wenig.

> Ausschreibung mit nur einem Teilnehmer

Im Fall BSR geht es um Insidergeschäfte. Manager Kramm soll die Ausschreibung des Sanierungsauftrags über 150 Millionen Euro für die Müllverbrennungsanlage Ruhleben beeinflusst haben. Als Dank seien ihm laut Staatsanwaltschaft von Lobbyisten 600000 Euro in Aussicht gestellt worden. „Absurd“, sagt dazu BSR-Chefin Vera Gäde-Butzlaff. Das umfangreich sichergestellte Material spricht aber offenbar gegen Kramm. *SV*

Risse bei der IG Metall

Abweichler kandidieren bei Konkurrenzliste – Ausschlussverfahren

Die Betriebsratswahlen bei Daimler in Berlin, Kassel und Sindelfingen haben einer „linken“ Oppositionsliste zur IG Metall beachtliche Erfolge eingebracht. Im Berliner Betriebsrat sitzen nun neben den 15 IG Metallern fünf oppositionelle Gewerkschafter. Kennzeichnend für die neue Gruppe ist die Ablehnung von Lohnzurückhaltung und Arbeitsplatzabbau, mit der schon die Ärztevereinigung Marburger Bund oder die Lokomotivführergewerkschaft erfolgreich waren. Triebfeder für die Abspaltung war die Unzufriedenheit mit den großen DGB-Gewerkschaften allgemein. Sie stellten das eigene Wohl vor das der Belegschaften, so der Vorwurf.

Nun will die Gewerkschaft zurückschlagen und die Dissidenten hinauswerfen. Der Berliner Vorstand der IG Metall hat das Ausschlussverfahren gegen die Abweichler im Daimler-Werk Berlin-Marienfelde formell eingeleitet. Den Betroffenen wird vorgeworfen, auf einer „gegnerischen Liste“ zur Betriebsratswahl kandidiert und sich damit „gewerkschaftsschädigend“ verhalten zu haben. Die Frage nach dem gewerkschaftsschädigenden Verhalten lässt sich aber nach der Rechtsprechung so eindeutig nicht beantworten. Nur wer auf der Liste einer konkurrierenden Gewerkschaft kandidierte, verhalte sich tatsächlich „gewerkschaftsschädigend“, hieß es bis 1999. Seither ist die Rechtsprechung differenzierter. Im Berliner Daimlerwerk werden nun Unterschriften von IG-Metall-Mitgliedern gesammelt, um den Ausschluss der Abweichler zu verhindern.

> Unterschriften gegen den Rauswurf gesammelt

Nicht nur bei Daimler zeigen sich Risse in der IG Metall. Bei MAN und Opel gibt es ebenfalls Ärger, und der Gewerkschaftsvorstand versucht dort ebenso Mitglieder auszuschließen. Derartige Ausschlussverfahren sind durch eine Entscheidung des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts erleichtert worden. Dieser hob 1999 einen Beschluss des Bundesgerichtshofs vom 10. Januar 1994 auf. Darin war die alleinige Kandidatur auf einer Freien Liste nicht als „gewerkschaftsschädigend“ angesehen worden.

Dies schränkte das Bundesverfassungsgericht 1999 ein: „Sie haben sich mit ihrem Beitritt zur Gewerkschaft freiwillig deren Satzungsautonomie unterworfen.“ Darin wird die Kandidatur auf einer abgespaltenen Liste verboten, auch wenn es sich nicht um eine konkurrierende Gewerkschaft handelt. So könnte es gut sein, dass die IG Metall bald einige Mitglieder weniger hat. *H. Lody*

Zeitzeugen



Abhisit Vejjajiva – Der 1964 in Großbritannien aufgewachsene und ausgebildete thailändische Premierminister erlangte nach Jahren des Machtkampfes innerhalb seiner eigenen Partei 2005 den Vorsitz seiner Demokratischen Partei. 2006 schloß er sich mit Vorsitzenden anderer Parteien gegen den damaligen Premierminister Thaksin Shinawatra zum Wahlboykott zusammen. Auch bat er den König, ihn zum Premier zu ernennen, da der Amtsinhaber in zahlreiche Skandale verwickelt sei. Als der Monarch das Ansinnen als nicht verfassungskonform ablehnte, suchte sich der Eton-Absolvent erfolgreich international Unterstützer. Der nach einigen Turbulenzen nach Neuwahlen 2008 zum Premier gewählte Politiker löste mit seiner Rücknahme der Ankündigung vorgezogener Neuwahlen die jüngste Gewaltwelle der rebellierenden Rothemden mit aus.



Thaksin Shinawatra – Der 60-jährige charismatische Geschäftsmann und Politiker weiß, wie man die Massen mobilisiert und Seilschaften bildet. Vor allem bei den ärmeren Schichten kann der Milliardär (siehe Aufmacher) punkten, da er während seiner Amtszeit als Premier unter anderem eine gesetzliche Krankenversicherung eingeführt hat. Ohne jedoch die Finanzierung zu klären, was wiederum die Oberschicht und die bürgerliche Mittelschicht zusätzlich zu seinen Skandalen gegen ihn aufbrachte.

Narat Savetnant – „Aufgrund der Beweise, die wir vorgelegt haben, geht das Gericht davon aus, dass Thaksins Verhalten Terrorakte und Gewalt gefördert hat“, so erklärte der stellvertretende Chef der nationalen Polizei (DSI) den am Dienstag erlassenen Haftbefehl gegen den überwiegend in Dubai lebenden Thaksin Shinawatra.



Khattiya Sawasdipol – Vor einigen Monaten hatte die thailändische Regierung den 58-jährigen General suspendiert, da er Kontakt zum Ex-Premier Thaksin pflegte. Dieser schloss sich daraufhin sofort den Rothemden an. Doch deren Führung distanzierte sich von dem hitzköpfigen Militär, der danach eine Privatarmee aufbaute. Der ehemalige Kommunistenjäger der 70er Jahre starb Anfang Mai im Gefecht mit regulären Armeeeinheiten durch einen Kopfschuss.

Tränen im Land des Lächelns

Thailand auf dem erneuten Weg in die Militärdiktatur

In Thailand gärt es. Doch Thaksin Shinawatra, der hinter den rebellischen Rothemden steht und sie auch finanziert, ist weit davon entfernt, der gute Erlöser zu sein.

Während sich in Hamburg und Berlin die „Randale-Kids“ oft wohlhabender Familien aus „Bock“ mit den „Bullen“ Straßenschlachten liefern, brennen auf der anderen Seite des Globus Banken, Einkaufsmeilen und öffentliche Gebäude, liegen Tote auf den Straßen und füllen Verletzte die Hospitalbetten. Was hierzulande Sumpfblüten des Wohlstandes und falsch verstandene Freiheit sind, ist in Bangkoks Straßen blutiger Ernst vor dem Hintergrund eines gigantischen Wohlstandsgefälles in diesem asiatischen Land, das auf dem Weg war, sich von einem Drittweltland zu einem Schwellenland aufzuschwingen. Das Verlangen nach mehr Demokratie und mehr Rechten für das Volk gegenüber einer seit 20 Jahren herrschenden Oligarchie der Reichen motiviert immer wieder die Massen – trotz der Tatsache, dass ihr Land noch Ende der 80er Jahre eine der am schnellsten wachsenden Wirtschaften der Welt war und als ein sogenannter „Tigerstaat“ dem Ausland Respekt abverlangte.

Nun liegen nicht nur zahlreiche Bauten in Schutt und Asche, auch die Ökonomie droht in Trümmer zu gehen. Der blühende Tourismus, neben der von Japanern dominierten Automobilindustrie (1,8 Millionen Fahrzeuge pro Jahr) einer der Hauptdevisenbringer der parlamentarischen Monarchie, versiegt angesichts der anarchischen Zustände zusehends. Zwar haben die Rädelsführer der sogenannten „Rothemden“ gegen die amtierende Regierung und ihre Sympathisanten, die „Gelbhemden“, unter der brutalen Waffengewalt des Militärs inzwischen aufgegeben und sind verhaftet worden, doch das Problem des Staates ist damit keineswegs vom Tisch. Die Lunte glüht bei der armen Bevölkerung des Nordens weiter. Neue Tumulte sind zu erwarten.

17,40 Euro Tageslohn für die Rebellen

So wird es, sollte es die von den Rebellen geforderten Neuwahlen nicht geben, irgendwann wieder einmal das Militär sein müssen, das die Ordnung im Lande erzwingt, will das Staatswesen nicht ganz im Chaos versinken.

Hinter den „Rothemden“ steht neben dem Druck der Armut und der Wut auf die neue Korruption im Lande der im Exil lebende ehemalige Polizeioberstleutnant, spätere Premierminister (2001–2006) und Milliardär Thaksin Shinawatra, der dem Thai-Establishment im Wege war, weil er die Belange der Ärmeren vertrat, den Drogenbaronen den Kampf angesagt hatte und die starke Korruption im Lande bekämpfte. Dabei wurden ihm selbst Vorwürfe in dieser Richtung gemacht und es kam nicht von ungefähr, dass sich während seiner Amtszeit das Vermögen seiner Familie vervierfachte. Zeitweise galt der zwielichtige Thaksin mit seinen verschiedenen Pässen sogar als der reichste Mann in Südostasien.

Als er zunehmend autoritärer regierte, den Kommunikationskonzern „Shin Corp.“ an die staatliche Singapurer Investmentgesellschaft „Temasek Holdings Ltd“ verkaufte und bei dem Deal für sein Aktienpaket steuerfrei etwa zwei Milliarden Dollar einstrich, war das Fass voll: 2006 kam es zum Putsch durch das Militär und zu seinem gewaltsamen Sturz. Der Staat kassierte mehr als eine Milliarde Euro seines Vermögens als unrechtmäßig erworben, aus der „Forbes“-Liste der Superreichen dieser Welt wurde er gestrichen. Dennoch soll Thaksin noch fast eine Milliarde Vermögen im Rücken haben und nicht von ungefähr erhielt aus dieser Schatulle, wie in Bangkok von Aufständischen zu erfahren war, jeder Rothemdträger rund 700 Baht (17,40 Euro) pro Tag plus Verpflegung. Das liegt noch über dem Lohn eines Fabrikarbeiters.

Joachim Feyerabend



Und König Bhumibol schweigt: Der 83 Jahre alte Monarch kann und will sich nicht mehr einmischen. Bild: Reuters

Kraftloser Monarch

Thailands regierender Monarch, König Bhumibol Adulyadej, Rama IX., hat seit 1963 fast 20 Revolten abgewehrt und oft geschlichtet, bevor es zu blutigen Bürgerkriegen kam. Jetzt ist der 83-jährige Regent dem Vernehmen nach wegen seines Gesundheitszustandes zu einem solch versöhnlichen Kraftakt nicht mehr in der Lage.

Bhumibol darf als reichster Regent auf dem Globus gelten und erfreute sich in der europäischen Regenbogenpresse wegen seiner reizenden Gemahlin Sirikit großer Beliebtheit. „Land des Lächelns“ schwärmten die Gazetten. Die größte Herausforderung seiner Amtszeit war das Massaker vom 17. Mai 1992, als das Militär Hunderte von Demonstranten gegen die Regierungsführung von General Suchinda Kraprayoon erschoss. Der König, wie immer die Integrationsfigur der Nation, ließ spontan die Tore zu seinem Palast öffnen, sodass sich die bedrohten Demonstranten in Sicherheit bringen konnten. In der Uniform eines Oberbefehlshabers zwang er die Generäle dazu, den Konflikt friedlich beizulegen.

Er hat bereits Revolten verhindert

Dass er sich zum aktuellen Konflikt nicht geäußert hat, wird von vielen Thais als Einverständniserklärung für den harten Kurs der Militärs gewertet.

Allerdings tut der Monarch auch nichts gegen die Menschenrechtsverletzungen, die in seinem Land an der Tagesordnung sind: wie bei der Polizei, die foltert und Inhaftierte verschwinden lässt. Auch werden die Medien genötigt, eine Art „Selbstzensur“ zu üben, es gibt Einschränkungen der Rede-, Versammlungsfreiheit, Ausbeutung von illegal ins Land geschmuggelten Fremdarbeitern und Erpressungen, bei denen Touristen des Ladendiebstahls bezichtigt werden und sich bei der Polizei freikaufen müssen, allein 2009 in 150 registrierten Fällen.

Joachim Feyerabend

Siam, der sanfte, wilde Tiger

Thailand: Seit Jahrzehnten herrscht immer wieder Chaos

Thailands offizielle Geschichte beginnt 1238. König Sri Inthradithya vom Stamm der Thai eroberte damals das Land Subkhothai von den Khmer und beseitigt, endgültig und bis heute deren Vorherrschaft in der Region. Vom Stamm der Mon wurde der Theravada-Buddhismus übernommen. In Europa war das Reich nur unter dem Namen Siam ein Begriff und er lebt auch heute noch in den Wortschöpfungen „siamesische Zwillinge“ und „Siamkatze“ weiter.

Das Staatsgebiet umfasste im 19. Jahrhundert das heutige Thailand, das benachbarte Kambodscha und Laos sowie Teile von Malaysia, das sich Myanmar nennende Birma und Vietnam. Die heutigen Thais sind erst im 12. Jahrhundert vermutlich aus Südchina über die Flüsse Mekong und Irrawaddy eingewandert. Die ersten Europäer, die vom fernen Siam als dem Land des Lächelns schwärmten, waren Portugiesen nach ihrer Eroberung des später als Piratennest bekannt gewordenen Malakka im Jahr 1511. Erst 1939 setzte der Diktator Pibun Songkhram den offiziellen Namen Thailand durch, da Siam eine Bezeichnung sei, die fast nur von Kolonialmächten benutzt werde.

Das „Goldene Zeitalter“ nach 1688 brachte einen regen Handel mit China, Persien und Arabien. 1767 eroberte Burma die damalige Hauptstadt Ayutthaya, später gewann sie der chinesischstämmige General Taksin zurück, schaffte das Gottkönigtum ab und eroberte Laos, brachte von dort den Smaragd-Buddha mit, eines der größten Heiligtümer dieses Glaubens, und vergrößerte den Einfluss in Kambodscha. Unter Rama I. begann 1782 die Restauration des Königtums. Gleichzeitig wurde sein Sitz nach Rattanakosin verlagert, dem heutigen Bangkok. Rama IV. schließlich ging den Gebietsansprüchen der Europäer geschickt aus dem Weg und öffnete das Land westlichen Naturwissenschaften. Im sogenannten Bowring-Vertrag wurde England eine Meistbegünstigungsklausel in Handelsfragen eingeräumt, später wurden ähnliche Abkommen mit anderen Mächten geschlossen, so 1862 mit Graf Friedrich zu Eulenburg für Preußen.

Putsch, Unruhen und Militärdiktaturen prägten das Land

Die folgenden Jahre prägten erbitterte Auseinandersetzungen Frankreichs mit England um den Einfluss in Vietnam, Burma und Kambodscha. Siam verlor trotz der Gründung des „Korps der Wilden Tiger“ seine Ansprüche an Vietnam, Kambodscha und Burma, blieb jedoch unabhängig. Als der Erste Weltkrieg ausbrach, entschloss sich Siam zur Neutralität. Als Folge der Weltwirtschaftskrise kam es 1932 zu einem Staatsstreich und der König musste sich einer Verfassung unterwerfen.

Das war der Beginn der noch heute geltenden konstitutionellen Monarchie. Im Zweiten Weltkrieg musste das Land einen Bündnisvertrag mit Japan schließen, der zur Kriegserklärung gegen Großbritannien und die USA führte. Dennoch wurde Thailand nach dem Krieg in die Vereinten Nationen aufgenommen. 1946 übernahm der heutige König Bhumibol die Thronfolge. Seither jagt ein Putsch, ein Wechsel von Militärdiktatur zu parlamentarischer Demokratie den anderen, einem Tiger gleich, der nicht zur Ruhe kommt.

Joachim Feyerabend

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **3772**

Kleine Rebellion aus dem Süden

Landesfürsten der CDU/CSU aus Bayern, Hessen und Baden-Württemberg stänkern gegen Merkel-Linie

Nach der herben Wahlschlappe der CDU in NRW, dem Verlust der schwarz-gelben Bundesratsmehrheit und dem wenig überzeugenden Auftritt der Kanzlerin in Sachen Euro-Rettungsschirm formiert sich in der Union Widerstand gegen Angela Merkel. Der kommt vor allem aus dem Süden der Republik.

Eine neue schwarze Dreierbande aus dem Süden gibt derzeit die bösen Buben, die gegen „Mutti" stänkern: der bis Ende 2010 vollständig aus der Politik scheidende Roland Koch aus Hessen, der bis dato bundesweit noch unbekannte Stefan Mappus aus Baden-Württemberg und Horst Seehofer aus Bayern. Die Mittel, mit denen sie die Kanzlerin ärgern, sind variabel: Länderfinanzausgleich, Verlängerung der Kernkraftwerks-Laufzeiten oder Bildungsausgaben. Was eben gerade zur Hand ist.

Diese drei Südländer haben durchaus gleichgerichtete Interessen: Sie sind stark von der Kernkraft abhängig, sie sind in allen Bildungstests und Länderrankings weit vorn, sie sind die wirtschaftsstärksten Länder Deutschlands, im Länderfinanzausgleich 2009 sind sie die einzigen Geberländer. Wegen dieser hohen Dauerbelastung – und weil sich hochverschuldete Empfängerländer wie Berlin sozialen Luxus wie kostenlose Kindergartenplätze und kostenloses Studium leisten, den sie sich selbst versagen müssen – planen sie auch eine erneute gemeinsame Klage vor dem Bundesverfassungsgericht. Aber das ist derzeit nur ein Randaspekt.

Die neue Serie von Attacken gegen die Kanzlerin hat Baden-Württembergs schwergewichtiger Regierungschef Stefan Mappus eröffnet. Der ist ein völlig anderes Naturell als der eher brave Günther Oettinger, der sich oft von Merkel zurechtstutzen ließ. Mappus wird von seinen Freunden im Charakter gern als „neuer Franz Josef Strauß" bezeichnet und gilt als innerparteilicher Merkel-Dauerkritiker. Dazu kommt, dass Mappus im Frühjahr 2011 im „Ländle" Landtagswahlen zu bestehen hat. Immerhin hat sich ja in NRW gezeigt, dass die Merkel-Rüttgers-Strategie, darauf zu setzen, dass die Gegenseite mittels eigenen Nichtstuns stärker narkotisiert wird als die eigene, langfristig nichts bringt.



Widerspenstige: Roland Koch (l.) und Stefan Mappus haben ihre eigenen Interessen. Bild: action press

Viele Gründe also für Mappus, öffentlich zu demonstrieren, dass er sich von Berliner Weicheiern nicht auf der Nase herumtanzen lässt. Bundesumweltminister Norbert Röttgen war das geeignete Ziel, die Kernkraft das Thema. Während Röttgen eine begrenzte Laufzeitverlängerung um maximal acht auf 40 Jahre befürwortet, dringt der atomfreundliche Flügel der CDU auf eine Laufzeitverlängerung um 28 auf 60 Jahre. Die CSU will Kernkraft als „Brückentechnologie" bis die alternativen Energien berechenbar und günstig zur Verfügung stehen und 40 Prozent der Gesamtenergiemenge abdecken können. Das soll 2030 erreicht sein, aber die einzelnen Kraftwerke sollen höchstens bis zur technischen Maximallaufzeit laufen. Die „erste Voraussetzung" für die Laufzeit eines Kernkraftwerks sei dessen Sicherheit „und nichts anderes", sagt CSU-Chef Seehofer.

Während Kanzleramtsminister Ronald Pofalla derzeit an einem Gesetzesentwurf strickt, der die Verlängerung der Kernkraftwerks-Laufzeiten unter Umgehung des Bundesrates erlaubt, sagte Röttgen, eine Laufzeitverlängerung bedürfe „tendenziell der Zustimmung des Bundesrats". Zur Erinnerung: Die schwarz-gelbe Mehrheit in der Länderkammer ist passé. Eine Befassung des Bundesrates wäre das Ende jeder Laufzeitverlängerung.

Das war Mappus zu viel: „Ich bin nicht mehr bereit, die Eskapaden des Bundesumweltministers zu akzeptieren", zürnte er und fügte hinzu: „Politik ist ein Mannschaftsspiel, und wer Individualsport bevorzugt, der muss sich ein anderes Tätigkeitsfeld suchen." Die Kanzlerin müsse Führungsstärke zeigen und Röttgen zurückpfeifen, so Mappus.

In der Sache hat Mappus Recht: Atomrecht ist Bundesrecht, und der Atomausstieg 2002 wurde ebenfalls ohne Zustimmung des Bundesrats beschlossen. Doch es geht um das Signal: Mappus schlägt den Sack und meint den Esel – in diesem Fall die Kanzlerin. Die Süd-Kollegen Seehofer und Koch haben das mit Freude vernommen, denn auch ihre Länder sind stark vom Atomstrom abhängig. Und es drohen schnelle Reaktor-Abschaltungen: Nach geltendem Recht müssten Biblis A und Neckarwestheim 1 noch 2010, Isar 1 noch 2011 vom Netz.

Seehofer und Koch flankierten diese Attacke und eröffneten umgehend eine weitere Front, um ein weiteres Kabinettsmitglied zu beschädigen, das wie Röttgen zu Merkels engeren Freunden zählt: Bildungsministerin Annette Schavan. Deren Ressort wurde bisher immer als heilige Kuh von allen Einsparbemühungen ausgenommen. Zunächst eröffnete Roland Koch allein das Feuer. Er forderte, das Bildungsressort könne nicht ausgenommen werden, wenn alle Ministerien sparen müssten. Seehofer reagierte zwar erst einmal ablehnend, dann aber gingen beide Seit' an Seit' im Bundesrat in die Offensive: Dass der Ausschuss der Finanzminister mit elf gegen fünf Stimmen eine Bafög-Erhöhung ablehnte, die die Länder 173 Millionen Euro gekostet hätte, geht laut Beobachtern auf Seehofer und Koch zurück. Die Finanzminister verwiesen auf ihre leeren Kassen – ein unwiderlegbares Argument, mit dem man derzeit praktisch alle Projekte abbügeln kann.

Sicherlich ist dies auch ein typisches Bund-Länder-Tauziehen mit dem Ziel, dass der Bund einen größeren Anteil der Kosten übernimmt. Aber die politische Signalwirkung darf nicht unterschätzt werden: Dass die Bildungsministerin und Merkel-Freundin Schavan damit einen Dämpfer erhält, wird der neuen schwarzen Dreierbande aus dem Süden, Seehofer, Koch und Mappus, nur recht sein.

Anton Heinrich

MELDUNGEN

George Turner wurde 75

Berlin – Am Freitag dieser Woche feierte der Wissenschaftspolitiker und Professor George Turner seinen 75. Geburtstag. Der in Insterburg/Ostpreußen geborene Jurist und Experte für Bergrecht lehrte in Clausthal, Berlin und Stuttgart-Hohenheim. Im Alter von 35 Jahren avancierte er zum ersten Präsidenten der Universität Hohenheim, die er bis 1986 leitete. Von 1979 bis 1983 war er Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, 1986 berief Eberhard Diepgen den parteilosen Experten zum Senator für Wissenschaft und Forschung in Berlin. Turner ist Vater von drei erwachsenen Kindern sowie Autor von neun Büchern und mehreren Hundert anderen Beiträgen. *PAZ*

»Rheinischer Merkur« in Not

Bonn – Der Abschied des früheren sächsischen Justizministers Steffen Heitmann aus dem Herausgeberkreis des „Rheinischen Merkur" Ende April und die desolate Auflagenentwicklung haben zu Mutmaßungen über die Zukunft des Blattes geführt. Verstärkt wurden die Spekulationen, als am 20. Mai bekannt wurde, dass der Hauptstadtbürochef des Blattes, Robin Mishra, als Pressesprecher zu Bildungsministerin Annette Schavan wechselt, ohne dass ein Nachfolger für ihn feststeht. Der „Rheinische Merkur" wird von der Deutschen Bischofskonferenz und neun weiteren katholischen Diözesen herausgegeben und soll ein Defizit von sieben Millionen Euro jährlich aufweisen. Zwischen Anfang 2009 und 2010 brach die Abonnentenzahl um 25,5 Prozent ein. Die einst konservative Wochenzeitung ist unter dem seit 1994 amtierenden Chefredakteur Michael Rutz deutlich in die Mitte gerückt. Im Sommer entscheiden die Bischöfe über ein neues Mediengesamtkonzept. *PAZ*

»Andere Ratgeber«

Evangelische Allianz verlangt Konsequenzen aus Geburtenausfall

Wenig beeindruckt von den neuesten, katastrophal niedrigen Geburtenzahlen für das Jahr 2009 ist die deutsche Politik zur Tagesordnung übergegangen. Zu den wenigen Kräften, die Konsequenzen aus dieser Entwicklung verlangen, gehört die konservative „Evangelische Allianz". Ihr Generalsekretär Hartmut Steeb, selbst Vater von zehn Kindern, nahm deutlich Stellung: „Angesichts des dramatischen Einbruchs der Geburtenrate ist ‚Weiter so' tödliche Medizin." Was bereits absehbar gewesen sei, stehe nunmehr fest. „Die Geburtenrate ist weiter dramatisch eingebrochen. Dass wir 2009 die niedrigste Geburtenzahl seit Jahrzehnten einfuhren, muss die Alarmglocken läuten lassen." Im Gegensatz zu allen anderen uns mitunter aufschreckenden Katastrophenmeldungen habe man es hier wirklich „mit einem Super-GAU zu tun".

Steeb erinnert an die diversen Gipfel im Kanzleramt zu teilweise weit weniger wichtigen Themen und erklärt: „Ich träume davon, dass die Bundeskanzlerin jetzt zu einem Krisengipfel ins Kanzleramt einlädt. Denn alle Karten müssen jetzt auf den Tisch. Der Offenbarungseid ist zu offensichtlich, dass die Familienpolitik seit Jahrzehnten das natürliche Ziel verfehlt: Mut zum Kind, Mut zur Familie. Darum müssen jetzt auch endlich andere Ratgeber her, die sich in Sachen Familienpolitik nicht mehr von nur vordergründigen Interessen der Wirtschaftspolitik leiten lassen und erst recht nicht von den Interessen der Selbstverwirklichung der heute lebenden Generation." Stattdessen müssten die langfristigen Interessen nachhaltigen Interessen wieder in den Vordergrund gestellt werden.

„Unser Land braucht Kinder. Kinder brauchen Eltern. Eltern brauchen Zeit", betont Steeb. Wer sich vollzeitlich für Kinder der Zeit nehme, dürfe nicht mehr länger mitleidig begleitet, wirtschaftlich benachteiligt, als „Heimchen am Herd" verspottet und sozialrechtlich diskriminiert werden. „Eine alternative Familienpolitik ist möglich. Die Vorschläge liegen bereit. Worauf warten wir noch? Wenn wir unsere Hausaufgabe der Familienpolitik nicht endlich entschieden angehen, fehlen uns künftig die Menschen, die die Herausforderung der Zeit schultern können. Notwendig sei ein „rascher Abschied vom ideologischen Ballast unserer Gesellschaft und Konzentration auf das Wesentliche".

Man dürfe sich nicht wie Familienministerin Schröder damit vertrösten, dass die Geburtenrate von etwa 1,35 Kinder pro Frau nicht noch weiter abgenommen habe. Die Geburtenrate müsse vielmehr auf das die Bevölkerungszahl langfristig sichernde Niveau von mindestens 2,1 erhöht werden. „Darum brauchen wir jetzt den Krisengipfel für eine neue Familienpolitik!"



Hartmut Steeb

Kurz nach Steeb meldeten sich dann auch Unionspolitiker zu Wort. Der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Johannes Singhammer (CSU), plädierte für eine „Mütterquote" im Berufsleben; bisher diskutiert die Bundesregierung noch eine Frauenquote in Führungspositionen. Der Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birg unterstützte den Vorstoß umgehend. Hauptproblem sei, dass heute fast ein Drittel der Menschen kinderlos bliebe. Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU) plädierte analog für eine „Elternquote", um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. *K.B.*

Sparpläne werden konkret

Vor allem im Verteidigungsministerium und im Verkehrsministerium herrscht derzeit wenig Freude über den Sparbrief, den Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) letzte Woche verschicken ließ. 1,3 Milliarden Euro soll Minister Karl Theodor zu Guttenberg in den nächsten Jahren sparen. Da schon jetzt an der Ausstattung der im Auslandseinsatz befindlichen Einheiten gespart wird, muss der Rotstift an anderer Stelle angesetzt werden. Und so stehen das Raketenabwehrsystem „Meads", diverse Beschaffungspläne und die Entwicklung der unbemannten Drohne „Talarion" auf der Kippe.

Immerhin noch 620 Millionen Euro soll Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) bis 2013 sparen, obwohl Deutschlands Straßen bereits jetzt unter mangelnden Investitionen der letzten Jahre leiden. Zwölf Milliarden Euro seien nötig, um die Infrastruktur zu erhalten und zu erweitern, heißt es aus dem Hause Ramsauer. Geprüft werden nun Milliardenprojekte wie die Tieferlegung des Stuttgarter Bahnhofes oder der Bau der Autobahn 14 von Magdeburg an die Ostsee. Auch der Wiederaufbau des Stadtschlosses in Berlin für 377 Millionen Euro sowie die neue geplante Teststrecke für den Transrapid stehen intern zur Disposition. *Bel*

MELDUNGEN

Restriktionen lockern

Jerusalem – Wenige Stunden nach der Abreise von Deutschlands Außenminister Guido Westerwelle verkündete die israelische Regierung, sie wolle die Restriktionen für Palästinenser lockern. Wann und in welchem Umfang dies jedoch geschehen soll, ist noch offen. Beobachter sehen allerdings den Druck aus den USA sowie die nahenden Nahost-Friedensgespräche und nicht Westerwelles Verhandlungsgeschick als Grund für Israels Entgegenkommen. Fast zeitgleich mit der Ankündigung ließ die israelische Regierung 250 Tonnen Zement in den abgeriegelten Gaza-Streifen liefern. Er ist für ein Projekt der Uno, die dort 150 Wohnungen baut. *Bel*

Im Griff der Mafia

Pristina – Der jüngste „Europa Report 204" der „International Crisis Group" (ICG) befasst sich mit dem Kosovo und beschreibt dessen Sicherheitslage als verheerend. Dieses Votum ist unerwartet: Die 1995 gegründete ICG, die weltweit Konfliktherde untersucht und Lösungen vorschlägt, war bisher eine Fürsprecherin kosovarischer Unabhängigkeit. Doch nach zweijähriger Unabhängigkeit nehmen die Probleme in der früheren serbischen Provinz überhand. Das gesamte öffentliche Leben werde von einer gesetzlosen Politmafia manipuliert. Strafverfolger und Gerichte seien fast wirkungslos, die 7000 Mann starke Polizei ist ungenügend ausgebildet und wehrlos gegen organisiertes Verbrechen, Drogen-, Menschen- und Waffenhandel. Dieser rechtsfreie Raum schrecke ausländische Investoren ab, was die Armut wuchern lasse. EU und UN sind zwar im Kosovo präsent, haben aber im Grenzschutz und anderswo divergente Systeme installiert, die einander behindern. *Wolf Oschlies*

Die Deutschen sind der Feind

Brasilien kämpft gegen die Herrschaft von Drogenbaronen in den Armenvierteln – Bizarre Namensgebung

Brasilien versucht, Elend und Rechtlosigkeit in den Slums in den Griff zu bekommen. Tatsächlich hat die Bevölkerung der Favelas in den vergangenen zehn Jahren um 16 Prozent abgenommen. Trotzdem sind die Armenviertel immer noch weitgehend rechtsfreie Räume.

„Alemão" heißt auf Portugiesisch: deutsch oder Deutscher. Dieser Name hat in Brasilien zumeist einen guten Klang. Einer der besten brasilianischen Fussballspieler der 1980er Jahre, Ricardo Rogério de Brito, legte sich den Namen „Alemão" sogar als Künstlernamen zu. In den letzten Jahren hat „Alemão", zumindest in Rio de Janeiro in der Teenagersprache jedoch eine neue, negative Bedeutung bekommen: Es heißt jetzt so viel wie „Feind". Das hängt damit zusammen, dass die größte und berüchtigtste Favela Rios „Complexo do Alemão", übersetzt „Deutschenkomplex", heißt. Die Bewohner dieser Favela werden ebenfalls „Alemães" (Deutsche) genannt. 750 Favelas gibt es in der Stadt unterm Zuckerhut, die 2014 die Fußball-Weltmeisterschaft und 2016 die Olympischen Spiele ausrichten wird. Die Zahl dieser Elendsviertel wächst ständig weiter. Man schätzt, dass ein Viertel der acht Millionen Einwohner im Großraum Rio in Favelas lebt, die meisten Bewohner sind aus dem armen Nordosten Brasiliens in die Stadt gezogen.

Die Favela „Complexo do Alemão" war in den letzten Jahren durch Gewaltaktionen von Seiten der Drogenbarone, aber auch von Seiten der Polizei so oft in den brasilianischen Medien, dass die Bedeutung „Alemão" gleich Feind mittlerweile auch in den Rio benachbarten Bundesstaaten São Paulo und Espirito Santo in die Jugendsprache übergeschwappt ist. Die Favela „Complexo do Alemão" liegt im Norden Rios, um den Wallfahrtsort La Penha. Die Favela gehört zu einem Gebiet, das im Volksmund inzwischen wegen der Gesetzlosigkeit, die dort herrscht, „Gazastreifen" genannt wird, mehr als eine Million Menschen wohnen hier. Zwei Drittel aller Überfälle auf Autofahrer und fast die Hälfte aller Morddelikte Rios finden in der „Zona Norte" von Rio statt. In der Zona Norte gibt es ganze Viertel, in die sich die Polizei höchstens bei militärischen Einsätzen noch hinein traut. Viele Favelas, auch jene im „Complexo do Alemão", werden vom Drogenkartell „Comando Vermelho" (Rotes Kommando) beherrscht. Das „Comando Vermelho" entstand einst als eine Art Zusammenschluss von linken Oppositionellen und gewöhnlichen Gefangenen unter der Militärdiktatur (1964–1985). Das Motto der Organisation klingt heute wie Hohn: „Freiheit – Gerechtigkeit – Friede". Inzwischen übt der C.V. längst selbst eine Diktatur aus. Überall im Complexo weisen die auf Mauern gesprühten Initialen „C.V." darauf hin, wer hier die Macht besitzt. Der „Complexo do Alemão" befindet sich fest in den Händen des Drogengroßhändlers Fabiano Anastácio da Silva, besser bekannt als „Fabiano, der Geier". Der Favelakomplex, der auch von der Hauptverbindungsstraße vom Stadtzentrum zum internationalen Flughafen „Galeão" gut sichtbar ist, hat die niedrigste Infrastruktur aller Favelas von Rio, es gibt keine öffentliche Verwaltung, keine Versorgungseinrichtungen, in einigen Fällen haben sogar die Drogensyndikate die medizinische und soziale Versorgung der Bevölkerung selbst in die Hand genommen.

Ein Pole gab heutigem Slum den Namen

Woher der Name „Alemão" für diesen Favelakomplex exakt stammt, wusste im Viertel eigentlich niemand, bis 2007 das brasilianische Magazin „Globo" herausfand, dass die Namensgebung mit einem Einwanderer aus Polen, Leonard Kaczmarkiewicz, zusammenhing, der nach dem Ersten Weltkrieg, als das Gebiet noch außerhalb der Stadt lag, dort eine große Fazenda erworben hatte. Dessen „deutsches" Aussehen soll für die Namensgebung verantwortlich gewesen sein. Ab Mitte der 1950er Jahre, als Kaczmarkiewicz angefangen hatte, sein Land zur Besiedlung freizugeben, entstanden auf der Fazenda die ersten Favela-Baracken von Zuwanderern aus dem armen Nordosten Brasiliens, die dann unter dem großem demographischem Druck während der Zeit der Militärdiktatur anwuchsen, bis sie danach, unter der Amtszeit des sozialistischen Gouverneurs Leonel Brizola, ab 1985 toleriert wurden. In der Amtszeit der korrupten Gouverneure Garotinho und seiner Frau Rosinha Matheus, beides Anhänger neupfingstlerischer Sekten, zwischen 1998 bis 2006 wurde der Favelakomplex zu einem der Zentren der Drogenkriminalität ganz Brasiliens, verschiedene Drogenkartelle lieferten sich hier tagelange Kämpfe. Der neue Gouverneur Sergio Cabral wollte 2006 der Gesetzlosigkeit ein Ende bereiten und berief Einheiten der weniger korruptionsverdächtigen Militärpolizei in das Gebiet. Im Juni 2007 kam es im „Complexo do Alemão", nach der Ermordung zweier Militärpolizisten, zu einem Großeinsatz der Polizei mit 1300 Mann und einem Massaker, bei dem 19 Menschen starben, die meisten davon Unbeteiligte. Nach dem Massaker im Deutschenkomplex wurde diese Favela in das groß angelegte wirtschaftliche Sanierungsprogramm „Programm zur Beschleunigung des Wachstums" miteinbezogen, mit dem Staatspräsident Lula da Silva seit Beginn seiner zweiten Amtszeit 2007 die Armut bekämpfen und die Wirtschaft sanieren möchte. Das PAC hat insgesamt ein Volumen von 503,9 Milliarden Reais (zirka 200 Milliarden Euro).



Soldaten besetzen die Favelas: Militäreinheiten müssen immer wieder in den Slums für Ruhe sorgen Bild: imago

Der „Complexo do Alemão" soll von den PAC-Maßnahmen in großem Umfang profitieren, rund 260 Millionen Euro sollen dorthin fließen. Gebaut werden die größte Gesundheitsstation des Bundesstaates Rio de Janeiro, Wohneinheiten für Bedürftige und eine Drahtseilbahn mit sechs Drahtseilstationen, die die Bewohner des Viertels mit dem Stadtzentrum verbinden und so ihre Beweglichkeit erhöhen soll.

Im Dezember 2009 wurde auch bekannt, dass der Gouverneur Rios, Sergio Cabral, die Firma des ehemaligen New Yorker Bürgermeisters Rudi Guiliani „Giuliani Security & Safety" damit beauftragt hat, ein Sicherheitskonzept für die Fußball-WM 2014 und Olympia 2016 auszuarbeiten. Doch letztlich wird eine soziale Lösung benötigt, denn für viele Bewohner der Favelas ist der Drogenhandel oft die einzige Hoffnung auf einen Ausweg aus der Armut. *Bodo Bost*

»Führer verzehren«

Proteste gegen Sparkurs in Rumänien

Aus der Geschichte wissen wir, dass die Trennung vom Kommunismus in Rumänien zu einer blutigen Angelegenheit wurde. Auch deshalb sind Unruhen in dem Land immer brandgefährlich. Das gilt auch für die jetzigen Massenproteste.

Der Internationale Währungsfond (IWF) hatte der rumänischen Regierung Anfang 2009 zwar einen 20-Milliarden-Kredit gewährt, doch als sich abzeichnete, dass das Land sich nicht an die damit verbundene Umsetzung von Reformen machte, drängte der IWF Rumänien auf Sparkurs. Gegen dieses Sparprogramm protestierten nun auf dem Bukarester Sieges-Platz in einer der größten Aktionen seit 1989 die großen Gewerkschaften. Hinzu kamen noch Tausende Studenten, Rentner und Mütter.

Gewerkschaftsvertreter betonten, sie würden am 31. Mai in den Generalstreik treten, wieder auf dem Sieges-Platz zusammenkommen und diesen nicht verlassen, bis die Regierenden ihren Hut genommen hätten. Der Vorsitzende der Gewerkschaft „Cartel Alfa", Bogdan Hossu, erinnerte die Regierung daran, die Bürger seien berechtigt, „vor einem Hungertod die Führer zu verzehren". Die Regierung von Emil Boc hatte solche Töne erwartet und mehr als 2000 Polizisten und 700 Gendarmerie-Angehörige sowie Wasserwerfer in den Straßen stationiert.

2009 hatte alles anders ausgesehen. Die Renten waren um 30 Prozent erhöht, die Löhne angehoben und Wohltaten mit der Gießkanne verteilt worden. Die Regierung betrachtete den 20-Milliarden-Kredit vom IWF als Privatvermögen. Dennoch war die Finanzlage Rumäniens alles andere als rosig. Das hat, neben der Inkompetenz der Regierungen und des Präsidenten Traian Basescu, mehrere Ursachen. So gibt es zwar durchaus offene Arbeitsstellen, doch deren Besetzung erweist sich aufgrund schlechter Ausbildung vieler Rumänen als schwierig. Noch wichtiger ist, dass die Banken im Land zwar über Geld verfügen, jedoch wegen der Rezession wenig Kredite gewähren. Zudem gilt Rumänien als eines der korruptesten Länder der EU.

Regierung hat fremdes Geld verschenkt

„Der IWF hat nie eine Kürzung der Gehälter rumänischer Arbeitnehmer und Rentner verlangt. Es war eine Maßnahme der Regierung Boc", heißt es nun vom IWF. Derweil wird der Siebenbürgen-Deutsche Klaus Johannis als Nachfolger von Boc gehandelt. *Ernst Kulcsar*

Schluss der Schinderei gefordert

Russland braucht dringend mehr Rekruten, doch der Ruf seiner Armee ist katastrophal

In diesen Tagen brechen 270 600 Rekruten auf zum Militärdienst. Zu wenig für ein Millionenheer wie die Russische Armee. Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow schlug deshalb grundlegende Änderungen vor. Mindestens 800 000 neue Soldaten müssten jährlich gezogen werden, um den Bedarf zu decken. Doch woher soll man die jungen Leute nehmen in einem Land, dessen demographische Entwicklung seit Jahren rückläufig ist und dessen Armee in einem solch schlechten Ruf steht, dass viele sich auf jede erdenkliche Art vor ihrer Wehrpflicht zu drükken suchen?

Bisherige Maßnahmen wie die Herabsetzung der Dienstzeit von drei Jahren auf ein Jahr und die Modernisierung der Kasernen konnten die Unbeliebtheit der Armee nicht positiv beeinflussen. Der Hauptgrund hierfür ist die „Dedowschtschina", ein Disziplinierungsritual, mit dem sich ältere Soldaten die Neuankömmlinge gefügig machen.

Die jungen Männer werden geschlagen, erniedrigt, gefoltert, manchmal sogar getötet. Der Fall des 19-jährigen Rekruten Andrej Sytschew ging um die Welt, dem im Januar 2006 bei einem dieser Rituale die unteren Extremitäten abgequetscht wurden. Der damalige Präsident Wladimir Putin kümmerte sich persönlich um die Angelegenheit und versprach, die Misshandlungen in der Armee zu unterbinden. Wie es scheint, ohne Erfolg.

Die Dedowschtschina wurde in den sowjetischen Gulags praktiziert. In der russischen Armee kam sie erst in den 70er Jahren in Mode. Seitdem desertieren immer wieder Soldaten, die die Folter nicht aushalten. 40 Jahre lang haben Regierungen das Problem entweder nicht erkannt oder stillschweigend darüber hinweg gesehen.

Serdjukow fordert Maßnahmen, die Drückebergern alle Möglichkeiten nehmen sollen, die Wehrpflicht zu umgehen. Um die Zahl der Einberufungen zu erhöhen, will er das Höchstalter für Rekruten von 27 auf 30 erhöhen, Kriegsdienstverweigerung härter bestrafen. Auch Studenten sollen künftig nicht verschont bleiben. Bis zum vierten Semester können sie einberufen werden. Befreiungen werden nur noch für ein Studium an staatlichen Universitäten ausgestellt, die Fachkräfte für wichtige Staatsbetriebe ausbilden. Die Auswahl dieser Unis wird Premierminister Putin persönlich vornehmen.



Musterung: Rekruten in Schelesnodoroschny nahe Moskau Bild: pa

Dafür soll der Dienst in der Armee menschlicher werden. Die Soldaten werden nicht mehr quer durch die Republik geschickt, sondern dienen in der Nähe ihres Wohnorts. Sie haben eine Fünf-Tage-Woche mit zwei freien Tagen am Wochenende. Zur Zeit läuft im Tamansker Bataillon ein Pilotprojekt, das, sollte es als erfolgreich erachtet werden, aufs ganze Land angewendet werden soll. Dort müssen Soldaten nur noch militärisch relevante Arbeiten verrichten. Kochen, Putzen und sonstige Dienste erledigen Zivilisten.

Dennoch stieß gerade die Abberufung junger Männer von den Unis auf scharfe Kritik. 77 Prozent sprachen sich in einer Umfrage gegen eine Änderung aus. Traditionell beginnen in Russland junge Menschen ihr Studium mit 17 oder 18 und sie schließen die akademische Ausbildung früher ab als im Westen. Das bedeutet, sie stehen auch der Wirtschaft zeitig zur Verfügung und gründen in jungen Jahren Familien.

Beide Faktoren, gut ausgebildete Fachkräfte für die Wirtschaft und junge Familien, um der demographischen Entwicklung entgegenzuwirken, sind für Russland enorm wichtig. Präsident Dmitrij Medwedew äußerte beschwichtigend, die Einberufung sei keine „persönliche Katastrophe", sondern „die Erfüllung einer Gesetzespflicht unter normalen modernen Bedingungen." *Manuela Rosenthal-Kappi*

Deutschland wird auch weiter zahlen

Führende Köpfe in der EU arbeiten daran, Deutschlands Zahlungsbereitschaft zu optimieren

Noch will Berlin die Einführung einer Euro-Anleihe auf gar keinen Fall akzeptieren. Allerdings wollte es auch schon das Griechenlandhilfspaket und den Euro-Rettungsschirm nicht.

„Wir helfen unter der Bedingung, dass wir über jeden Einsatz der Mittel selbst entscheiden, soweit es um bilaterale Mittel der Staaten geht", warb Bundeskanzlerin Angela Merkel am 19. Mai im Bundestag für die Zustimmung zum 750-Milliarden-Euro-Rettungsschirm. Ausführlich vermittelte sie dem Parlament, dass der Rettungsschirm das kleinere Übel gewesen sei, von all dem, was in Brüssel diskutiert worden war. Zwar hatte die Kanzlerin gerade zwei Wochen zuvor den Abgeordneten bereits ihre Zustimmung zur Griechenlandhilfe unter dem Eindruck abgerungen, dass es das dann auch erst einmal gewesen sei, doch die aktuellen maximal 148 Milliarden Euro von deutscher Seite sollten es dann wirklich gewesen sein, weil sie alle anderen Alternativen damit abgewehrt habe.

„Es wurden Vorschläge diskutiert, die ich als deutsche Bundeskanzlerin und die Bundesregierung insgesamt nicht bereit waren mitzutragen", so Merkel. „Konkret drohte der Weg zu einer Transferunion, in der eine unmittelbare und verbindliche Haftung aller für selbstverantwortete Entscheidungen einzelner Mitgliedstaaten eingeführt worden wäre. Das galt es zu verhindern." Nun setze sie alle Hoffnungen auf die Gruppe der Finanzminister unter Vorsitz von Präsident Herman van Rompuy, die neue Euro-Stabilitätskriterien erarbeite. „Bundesminister Schäuble wird bereits am Freitag, bei der ersten Sitzung der Gruppe umfangreiche deutsche Vorschläge unterbreiten", betonte Merkel die gestaltende Funktion der Deutschen bei der Lösung der Euro-Krise.

Doch das Ergebnis der sogenannten „Van Rompuy Task Force" hat Merkels Hoffnung keineswegs erfüllt, sondern sogar den Grundstein dafür gelegt, dass die Kanzlerin wohl schon bald erneut im Bundestag für deutsche Zahlungen werben muss. Euro-Anleihe heißt das Konstrukt, mit dem der blasse Belgier den Deutschen weitere Zugeständnisse abringen will. Denn obwohl er genau weiß, dass vor allem Berlin die Zeche auch dieses Euro-Rettungsprojektes zahlen müsste, hatte er keine Hemmungen, die gemeinsame Staatsanleihe auch nur unter Einhaltung einer Schamfrist nach der Abstimmung im deutschen Parlament erneut ins Gespräch zu bringen. Die gemeinsame Anleihe würde es allen Euro-Ländern ermöglichen, zu einem einheitlichen Zinssatz neue Gelder aufzunehmen. Dieser einheitliche Zinssatz würde deutlich unter dem liegen, den derzeit die Südländer zahlen müssen, aber eben deutlich über dem, was Deutschland derzeit zahlen muss. Ein Prozentpunkt mehr Zinsen würden die jährliche Zinslast mit jeder deutschen Umschuldung oder weiteren Neuverschuldung schnell um Milliarden erhöhen. Die nahe Vergangenheit hat selbst van Rompuy gezeigt, dass aus einem deutschen Nein schnell ein

Selbst van Rompuy ignoriert die Wünsche aus Berlin

Vielleicht und bald ein Ja wird, denn die Zeit arbeitet für Vorschläge wie dem seinen. Schließlich wurde am vergangenen Wochenende bekannt, dass die spanische Sparkasse Caja Sur verstaatlicht wurde. Das mehrheitlich der katholischen Kirche gehörende südspanische Kreditinstitut war aufgrund notleidender Immobilienkredite in Zahlungsschwierigkeiten gekommen. Das verunsicherte wiederum Investoren weltweit, da sie nicht wissen, ob es in Spanien noch weitere solche Problemfälle gibt. Zeitgleich mit dieser Beinahe-Pleite wies auch noch der Internationale Währungsfonds (IWF) in einem Bericht darauf hin, dass Spanien harte Reformen durchsetzen müsse, da der Arbeitsmarkt und das Staatsdefizit in der jetzigen Form das Land in den Ruin treiben würden. Und so standen gleich mit Öffnung der Börsen spanische Finanzwerte ganz oben auf der Verkaufsliste. Prompt schwächelte auch der Euro.

Bei der so militant betitelten „Van Rompuy Task Force" traf der Vorstoß von Wolfgang Schäuble, ein geordnetes Insolvenzverfahren eines Euro-Landes zu vereinbaren, auf große Ablehnung. Auch sein Ansinnen, die zu vereinbarenden Sanktionen für Defizitsünder auch in die bestehenden EU-Verträge aufzunehmen, wurde abgewehrt. Deutschland stehe damit allein, so van Rompuy. „Wir versuchen uns auf das zu konzentrieren, was kurzfristig erreicht werden kann" ... wie eben die Euro-Anleihe. „Was wir brauchen, sind im Gegenteil klare Signale für solide Staatsfinanzen, um das Vertrauen in den Euro langfristig zu sichern und zukünftigen Krisen vorzubeugen", warnte Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) aus der Ferne, ohne gehört zu werden.

Und während der EU-Ratspräsident Schäuble und Brüderle abblitzen ließ, kritisierte EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" gleich alle deutschen Politiker samt der Kanzlerin. Deutschen Änderungswünschen am EU-Vertrag erteilte er eine Absage. „Wir haben gerade eine Vertragsreform hinter uns, die uns teilweise traumatische Erfahrungen beschert hat. Es wäre auch naiv zu glauben, dass man eine Vertragsreform nur in den Bereichen machen kann, die für die Deutschen wichtig sind." Auch kritisierte er, dass deutsche Politiker der Öffentlichkeit nicht vermitteln würden, dass „fast 86 Prozent von diesen 134 Milliarden [des deutschen Handelsüberschusses], nämlich 115 Milliarden, aus dem Handel in der EU stammen?" Zwar erwähnte Barroso nicht, dass die anderen EU-Staaten Deutschland das Geld ja nicht geschenkt haben, sondern Waren und Dienstleistungen dafür erhielten, doch das wurde bisher von keinem deutschen Politiker kritisiert. Stattdessen warf sich die deutsche Opposition auf seine Seite und kritisierte ebenfalls die deutsche Regierung, die als Sanktion für Defizitsünder einen Stimmrechtsentzug in der EU vorgeschlagen hatte. Dies sei „unerschüttertes, neoliberales Denken der schwarz-gelben Bundesregierung", klagte Carsten Sieling von der SPD. „Wir brauchen jetzt keine nationalen Alleingänge, sondern ein klares Bekenntnis zu Europa und Vorschläge für eine europäisch koordinierte Wirtschaftspolitik." Überzeugungen wie diese dürften es der Kanzlerin theoretisch einfach machen, bei ihrer nächsten Überzeugungsrede zur „Euro-Rettung III." im Bundestag zumindest bei der Opposition Zustimmung zu erhalten. *Rebecca Bellano*



Wollen mehr deutsches Geld: Herman van Rompuy (l.), Nicolas Sarkozy und José Manuel Barroso

Foto: AP

KURZ NOTIERT

Verwässerung des Verbraucherschutzes droht: Offenbar plant die Bundesregierung bei der Umsetzung des wichtigsten energiepolitischen Gesetzgebungsprojekts der vergangenen Jahre den Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) als Schlichtungsstelle einzusetzen. Der BDEW, in dem 1800 Unternehmen aus Energie- und Wasserwirtschaft vertreten sind, soll dann bei Problemen zwischen Kunden und Unternehmen vermitteln. Der Verband wird von Hildegard Müller geführt, die als Vertraute von Angela Merkel gilt. *Bel*

Optionskommunen weniger effizient? Zahlen des Arbeitsministeriums lassen an der Effizienz der eigentlich genau dafür gelobten Optionskommunen, die ein Zusammenschluss von Kommune und Arbeitsagentur sind, zweifeln. So liegt die Langzeitarbeitslosenquote bei den Optionskommunen, wo der Arbeitslose aus einer Hand seine Gesamtbetreuung erhält, mit 4,9 Prozent höher als bei den Jobcentern mit 4,5 Prozent. Auch liegen die Ausgaben der Optionskommunen mit 18,60 Euro höher als bei den Jobcentern, die nur 16,70 Euro pro Kopf der Wohnbevölkerung ausmacht. *Bel*

Noch keine Hilfen von Slowaken – „In Griechenland sind die Löhne dreimal, die Renten viermal höher als hier", erklärt der Ökonom Richard Sulik, warum das Hilfspaket für Griechenland bereits mehrfach im slowakischen Parlament gescheitert ist. Da am 12. Juni Parlamentswahlen sind, wird das Hilfspaket auch vorher nicht mehr zur Debatte gestellt. Keine Partei möchte sich mitten im Wahlkampf für die Griechen in die Bresche werfen. *Bel*

Besser als erhofft: Zwar habe die Zahl der offenen Stellen im ersten Quartal mit insgesamt 843 000 drei Prozent niedriger gelegen als im Vorjahreszeitraum, doch das sei kein Zeichen für eine negative Entwicklung. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung deutet die Zahlen stattdessen als Folge eines erfolgreichen Beschäftigungserhaltes in der Krise. *Bel*

Alles eine Frage der Adresse

Kampf ums Urheberrecht weckt Protest von Datenschützern

Spätestens seit der Verbreitung moderner Medien ist das Urheberrecht ein Thema, das jeden angeht. Die aktuelle deutsche Fassung trat nach massiven Umsatzverlusten der Musikindustrie und Kritik am veralteten Rechtskatalog 2008 in Kraft. Seither hat jeder besseren Schutz seines geistigen Eigentums, doch aktuelle Urteile und Entwicklungen zeigen, dass sich hinter dem sperrigen Begriff nicht nur viel Geld und Geschäftsmöglichkeiten verbergen, sondern auch die wirtschaftliche Zukunft ganzer Branchen daran hängen kann. Letzteres zeigen aktuelle Verhandlungen der EU mit Indien.

Eine aktuelle Studie der Firma Microsoft und des Bundesverbands Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien zeigt: Wer das Urheberrecht verletzt, ist vor allem jung und hat ein geringes Einkommen, aber auch mehr als jeder zehnte Befragte über 60 Jahren hat schon einmal eine Raubkopie auf dem Computer genutzt. Die Musikbranche, die über Jahre schrumpfende Umsätze auf Raubkopien zurückführt, hat den Trend zur Piratenjagd aufgebracht. Seither suchen Agenturen im Auftrag von Firmen zunehmend nach Daten von Raubkopierern und Internet-Tauschbörsen. Wenn geistiges Eigentum unentgeltlich verbreitet wird, sehen nicht nur Musiker ihre Existenz gefährdet. Auch Schriftsteller Henning Mankell stellte bereits Strafanzeige gegen die derartige Verbreitung seiner Bücher. Ein zentrales Einfallstor der Kämpfer

Große Streitfrage: Sind IP-Adressen persönliche Daten?

fürs Urheberrecht bilden die sogenannten IP-Adressen, Signaturen, die Computern beim Zugang ins Internet entweder fest oder dynamisch, also wechselnd, zugeordnet werden. Inwieweit die Informationen dem Datenschutz unterliegen, ist strittig. Dass die Nummern nur bedingt auf einen konkreten, haftbar zu machenden Menschen verweisen, wurde jetzt in Deutschland richterlich bestätigt. In Frankreich urteilte ein Berufungsgericht im Februar, die Adressen identifizierten keine Nutzer, seien somit keine persönlichen Daten. Datenschützer sehen das anders. Im Kampf ums geistige Eigentum erreichten Rechteinhaber vor deutschen Gerichten in der Vergangenheit oft, dass mutmaßliche Urheberrechtsverletzer allein anhand von IP-Adressen per Indizienbeweis verurteilt werden. Doch die Technik ist vor Manipulation nicht sicher. Was den Einzelnen zum Opfer eines Gerichtsprozesses machen kann, weil beispielsweise ein drahtloses Netzwerk von Unbekannten unerlaubt angezapft wurde, der bekannte Nutzer dann haftbar gemacht wird, wirft Probleme auf, die über den nationalen Rechtsrahmen hinausweisen. Nach neuester Rechtsprechung müssen solche Netzwerke von jedem Nutzer nun geschützt werden. Denn die Wege durch das digitale Datennetz sind angreifbar.

Die Bilanz zum kürzlich begangenen „Tag des geistigen Eigentums" zeigt die Schattenseite des vermeintlichen Kavaliersdelikts Diebstahl geistigen Eigentums: An den EU-Außengrenzen wurden 2008 gut 178 Millionen gefälschte Gegenstände abgefangen – digitale Fälschungen oder Kopien exklusive. Den jährlichen Schaden für die deutsche Wirtschaft schätzt das Bundesjustizministerium auf 25 Milliarden Euro. *SV*

Streit um Zeitarbeit

Ist der aktuelle Boom ein gutes oder schlechtes Zeichen?

Die Zeitarbeit nimmt wieder zu. Ob das ein Zeichen dafür ist, dass reguläre Arbeitsplätze deswegen abgebaut oder später ausgebaut werden, darüber besteht Uneinigkeit. Seriöse Zeitarbeitsfirmen fürchten nun mit dem Boom ihres Sektors neue gesetzliche Schranken. Berichte von schwarzen Schafen der Branche haben die Regierung aufgeschreckt und bieten ein willkommenes Feld der Profilierung. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) versprach jetzt demonstrativ auf dem DGB-Bundeskongress neue Gesetze gegen den Missbrauch von Leiharbeit. Den Austausch von Stammbelegschaften durch Leiharbeiter wolle sie „nicht mehr tolerieren", zudem plant sie einen verbindlichen Mindestlohn für die Branche. Die Wirtschaft hält mit statistischen Daten dagegen, will den Fortbestand sozialversicherungspflichtiger Vollzeit-Jobs trotz oder wegen Zeitarbeit beweisen.

Laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) zeigt der Anstieg von 650 000 im Dezember auf 710 000 Zeitarbeiter im Januar und nochmals auf 730 000 im Februar, dass der Sektor als Motor für reguläre Beschäftigung Fahrt aufnimmt. Dennoch: Das seit den Hartz-Reformen am Arbeitsmarkt ab 2002 nicht mehr zur Ruhe kommende (Un-)Wesen der Überlassung von Arbeitnehmern, die offiziell bei der Zeitarbeitsfirma angestellt, bei einem anderen Arbeitgeber eingesetzt werden und das zu meist schlechteren Bedingungen als dortige

Politik will durch neue Regeln Missbrauch in der Branche verhindern

Angestellte, schafft ständig Unmut. Da viele Zeitarbeiter staatliche Zusatzleistungen empfangen, mehr als in jeder anderen Branche, reizt das Feld die Politik zu neuen Gesetzen. Missbrauchsfälle wie bei der Drogeriekette Schlecker bieten den Anlass. Das bisherige Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG), das die Leiharbeit regelt, erweist sich in dem Punkt als zahnlos. Es stellt die Arbeitsform unter Vorbehalt, Leih-arbeit bedarf der Erlaubnis durch die Bundesagentur für Arbeit. Sie weitet sich inzwischen aber auf immer mehr Branchen aus. Gestern Drogerien, heute große Verlage, Krankenhäuser und sogar Wohlfahrtsverbände – sie alle gründen eigene Leihfirmen.

Kritiker sehen den Sektor aber als arbeitsmarktpolitisches Instrument. Selbst seriöse Leihfirmen würden demnach helfen, teure oder alte Stammbelegschaften auszugliedern und im globalen Wettbewerb Kosten zu sparen. Dem hält das DIW entgegen, 43 Prozent der ausgeschiedenen Zeitarbeitnehmer seien kürzer als drei Monate beschäftigt. Auch wären geringere Löhne im Vergleich zu Festangestellten durch deren höhere Produktivität gerechtfertigt. Zeitarbeit schaffe Flexibilität. Den Gleichstellungsgrundsatz, seit den Hartz-Reformen Gesetz, hat die Wirtschaft aber nie akzeptiert. Die Überlassenen werden nämlich nur selten, wie im Gesetz vorgesehen, gleich bezahlt, beurlaubt und mit gleich langen Arbeitszeiten eingeplant wie fest angestellte Kollegen, die gleiche Aufgaben verrichten. Ein weiterer Grund für neue Gesetze bildet die Marktöffnung für ausländische Zeitarbeitsfirmen ab 2011. Billig-Konkurrenz aus Osteuropa könnte das Gleichgewicht zwischen Leiharbeit und festen Vollzeit-Jobs dann noch weiter verschieben. *SV*

Neu nachdenken

Von Konrad Badenheuer

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft gehört zu denjenigen Kräften unter den Vertriebenen, die nach wie vor einen auch politischen Gestaltungsanspruch vertreten. Dieser Anspruch ist zutiefst versöhnlich und europa-konform, er verlangt nichts Unmögliches, aber er geht doch über die bloße Kulturarbeit deutlich hinaus.

Liest man die Reden des Sudetendeutschen Tages unter diesem Blickwinkel, dann ist eine gewisse Ratlosigkeit unverkennbar. Soll wirklich eine Reise des Bayerischen Ministerpräsidenten nach Prag in Begleitung von Repräsentanten der Sudetendeutschen einen Durchbruch bringen können? Ist vergessen, dass auch Edmund Stoiber unter diesen Bedingungen immer bereit war, nach Prag zu reisen, dass aber in seiner langen Amtszeit keine tschechische Regierung willens war, ihn unter diesen Umständen zu empfangen? Selbst wenn es diesmal anders kommen sollte (am 28./29. Mai ist dort Parlamentswahl) – was kann eine solche Reise bestenfalls bringen?

Wem so wenig reale Optionen bleiben wie der Spitze der Sudetendeutschen und wer dabei so sehr auf Europa setzt, wäre womöglich gut beraten, neu über einen Beitritt zur Europäischen Union der Flüchtlinge und Vertriebenen (EUFV) nachzudenken.

Zweites Vietnam

Von Richard G. Kerschhofer

Man musste keinen Generalstabskurs besucht haben, um schon von Anfang an zu wissen, dass der Afghanistan-Krieg angesichts des dortigen Geländes und der gegenüber Eindringlingen traditionell ungemein wehrhaften Bevölkerung nicht zu gewinnen ist, auch nicht durch massive Luftangriffe und modernste Elektronik. Selbst ein Vielfaches der derzeit eingesetzten Bodenkräfte könnte nur lokale und temporäre Erfolge erringen.

Das ursprüngliche Kriegsziel, die „Drahtzieher des 11. September zu bestrafen", wurde gründlich verfehlt, und wie sich seit dem jüngsten Washington-Aufenthalt von „Präsident" Hamid Karsai abzeichnet, werden nun selbst die angeblichen humanitären Ziele wie Demokratie, Menschenrechte und Bekämpfung des Drogenhandels aufgegeben: Man kehrt zu der auch anderswo in der Welt praktizierten Politik zurück, den eigenen Verbündeten all das nachzusehen, was man bei anderen als Kriegsverbrechen, Menschenrechtsverletzung und Korruption schärfstens verurteilt.

Egal ob nun mit den Taliban verhandelt oder nicht, es geht im Grunde nur mehr darum, das Scheitern weniger schmählich erscheinen zu lassen als einst das der Sowjets oder als das eigene in Vietnam. Einen fatalen Unterschied zu Vietnam gibt es aber: Während dort ein straff organisierter Gegner in kürzester Zeit wieder Ordnung – wenn auch nicht Recht – herstellen konnte und heute sogar gesellschaftsfähig ist, würden das in Afghanistan nicht einmal die Taliban schaffen.

Sparen an der Familie?

Von Hinrich E. Bues

Der hessische Ministerpräsident Roland Koch kam als erster aus der Deckung und benannte nach der für die CDU verlorenen NRW-Wahl konkrete Sparziele: Bildung und Familie. Doch Kürzungen bei Bildung und Familien klingen ähnlich unzumutbar für viele deutsche Ohren wie Einschnitte bei der Rente oder dem Militär. Doch hier gilt es zu fragen, was genau gemeint ist. Schon seit Jahren weisen etwa Familienverbände darauf hin, dass das teure Krippenprogramm der früheren Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) nicht finanzierbar und von einer Mehrheit der Betroffenen nicht gewünscht sei. Die Kommunalen oder freien Träger, die die immensen Folgekosten des Krippenprogramms tragen sollten, merken erst jetzt, welche Last ihnen aufgebürdet werden soll. Ihre klamme Finanzlage verstärkt sich nun noch durch die Folgen der Finanzkrise 2008 und der Eurokrise 2010. Ein Krippenplatz kostet rund 1000 Euro pro Monat, wovon die Eltern nur einen kleinen Teil tragen.

Ob der hessische Ministerpräsident mit seinem Vorstoß sich angesichts eines kränkelnden Finanzministers Wolfgang Schäuble nur als neuer Sparkommissar der Republik empfehlen wollte, oder ernstere, inhaltliche Ziele hat; Politik ist nun einmal die Kunst des Möglichen, wie ein Bonmot lautet. Und dazu gehören realistische Sparvorschläge, die dem Bürger sachlich auch vermittelt werden wollen. Staatliche Ausgabenprogramme gehören insgesamt auf den Prüfstand. Das laute Geschrei von Lobby- und Interessengruppen ersetzt keine realistischen Vorschläge. Und Ausnahmen darf es im Vorwege auch nicht geben.

Lobbyistengeschrei ersetzt realistische Vorschläge nicht

Erschwerend kommt hinzu, dass der Finanzminister bisher kaum mit Initiativen und Vorschlägen hervorgetreten ist. Im besten Fall wäre zu hoffen, dass Schäuble derzeit hinter verschlossenen Türen über eine Sparliste verhandelt, die dann als gemeinsames Papier der Koalitionäre an die Öffentlichkeit kommt.

Doch zurück zur Familie. Lässt sich an den Ausgaben für die Familienpolitik sinnvoll sparen? Die Vorschläge, die etwa das „Familiennetzwerk" seit längerem macht, klingen in diesem Zusammenhang durchaus vernünftig. Statt einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz für unter Dreijährige zu garantieren, wäre es allemal billiger und auch besser, auf die altbewährten Methoden zurückzugreifen. Der Hamburger Professor für Kinderpsychiatrie Michael Schulte-Markwort nennt hier einen klaren Weg. Nach Ausweis aller wissenschaftlichen Studien, so der Fachmann, gäbe es für Kinder unter drei Jahren nichts Besseres als das Aufwachsen in einer intakten Familie (möglichst mit mehreren Geschwistern). Hier hat die gescholtene schwarz-gelbe Koalition immerhin Schritte in die richtige Richtung gemacht, indem sie Kindergeld und Kinderfreibeträge erhöht hat.

Ungefähr zehn Prozent der Kinder gelten, so Schulte-Markwort, heute als behandlungsbedürftig. Sie neigen zu Gewalt, Verhaltensauffälligkeiten, Schulverweigerung und vielem mehr. Für diese Kinder aus oftmals nicht intakten Familien braucht man kein teures Krippenprogramm, sondern gezielte therapeutische Programme. Ob diese vom Staat bezahlt werden können, steht auf einem anderen Blatt.



Harte Einschnitte erwartet: Familienministerin Kristina Schröder (Mitte rechts) muss sparen. Bisher ist aber nur bekannt, dass die Verlängerung der Vätermonate dem Rotstift zum Opfer gefallen ist.

Bild: ddp

Gastbeitrag



Mordlüsterne Medien übersehen steigende Gewalt

Von Philip Baugut

Unbegreiflich, was in der Nacht zum 10. Juli 2006 in Cottbus geschieht: Der 19-jährige Steffen G. tritt einem Obdachlosen mit voller Wucht in den Rücken. Dieser stürzt eine Treppe herunter, liegt wehrlos am Boden, doch der Täter drischt weiter auf den Mann ein – bis er dessen Schädel zertrümmert hat. Ausführlich berichten die Medien über den bestialischen Mord. Schnell wird klar: Steffen handelte so wie wenige Stunden zuvor in seinem Killerspiel am Computer. „Ich war plötzlich ein anderer Mensch", sagte er zu seiner Tat.

Die öffentliche Diskussion über solche Fälle weist ein typisches Muster auf: Dem Entsetzen über die Tat, die in aller Brutalität geschildert wird, folgt die krampfhafte Suche nach schnellen Konsequenzen. So geraten Killerspiele unter Beschuss. Verboten sind sie bis heute nicht, auch weil das Medieninteresse an dem Thema so schnell abebbt wie es entsteht.

Eines ist allzu menschlich: Die Berichterstattung über Morde macht Angst. In München fiel der Geschäftsmann Dominik Brunner an einem S-Bahnhof seiner Zivilcourage zum Opfer. Danach wurde auch über andere Gewalttaten im öffentlichen Nahverkehr berichtet – und plötzlich schienen Fahrten mit Bus und Bahn riskant. Doch was emotional besonders bewegt, muss noch lange keine große Gefahr sein. Denn entgegen der weit verbreiteten Meinung ist laut Kriminalstatistik die Zahl schwerer Verbrechen (Mord, Raubmord, Sexualmord) in Deutschland seit den 1950er Jahren stetig zurückgegangen. So wurden 1987 noch 970 Morde im Jahr erfasst, 2009 waren es 703 Morde. Die relative Häufigkeit der Morde pro 100 000 Einwohner sank somit auf 0,9. Deutlich zugenommen hat hingegen die Gewalt ohne Todesfolge. Wurden 1987 noch rund 200 000 Fälle von Körperverletzung gezählt, waren es im Jahr 2008 gar 545 000. Auch die Zahl der Fälle, in denen die Fürsorge- oder Erziehungspflicht verletzt wurde, stieg 2009 dramatisch, von 662 auf 1810.

Bestimmte Formen der Gewalt sollten ohne Bilder vermeldet werden

Diese gegenläufigen Entwicklungen sind vor allem deshalb gefährlich, weil aufgrund der medialen Fixierung auf tödliche Verbrechen die zunehmende Gewaltbereitschaft unterhalb der Mordschwelle aus dem Blick gerät. „Wir konzentrieren uns zu sehr auf spektakuläre Einzelfälle und übersehen dabei die Zunahme der alltäglichen Gewalt", kritisiert der renommierte Mainzer Publizistikwissenschaftler Hans Mathias Kepplinger. Über die schwer zu ergründende Psyche eines Mörders wird in Medien gern ausladend philosophiert, während sich an Raubüberfällen auf Rentner keine öffentliche Diskussion entzündet.

Es ist verständlich, dass sich nicht nur Boulevardjournalisten wie Pawlowsche Hunde auf schockierende Fälle stürzen, die für einige Tage große Schlagzeilen versprechen. Auch die Sensationsgier des Publikums will befriedigt sein. Dennoch sollten sich die Häufigkeiten der unterschiedlichen Verbrechen in den Massenmedien einigermaßen widerspiegeln. Studien zeigen jedoch, dass diese über Morde weit überproportional berichten, während die Zunahme der übrigen Gewalt nicht abgebildet wird.

Wenn nur bei Morden über Gewalt diskutiert wird und Maßnahmen wie ein Verbot von Killerspielen als Allheilmittel erscheinen, dann werden die tieferen Ursachen von Gewalt ausgeblendet. Killerspiele sind wohl eher der Anlass als die Ursache von Morden, die denen in der virtuellen Computerwelt ähneln. Vielmehr müsste sich der Blick auf die Familie und andere Bezugsgruppen gefährlicher Jugendlicher richten, die sich nicht isolieren dürfen. Doch über den Werteverfall und andere Wurzeln von Gewalt lässt sich nicht so spektakulär debattieren wie über Horrorvideos und Killerspiele. Solche Ware ist über das Internet problemlos verfügbar, Verbote würden daran wenig ändern, so geboten sie auch erscheinen.

Verbrechen in den Medien werden meist nicht einfach nachgeahmt, so verbreitet diese Vorstellung auch ist. Wenn Medienkonsum zu Gewalt führt, dann am ehesten zu den vernachlässigten Verbrechen unterhalb der Mordschwelle. Als Anfang der 1990er Jahre über die fremdenfeindlichen Anschläge in Rostock, Hoyerswerda, Mölln und Solingen ausführlich berichtet wurde, kam es nur wenig später zu einer Flut fremdenfeindlicher Straftaten, die meisten davon aber weit weniger brutal. Offenbar hat die Berichterstattung gewaltbereite Personen ermutigt, ihrer Ausländerfeindlichkeit freien Lauf zu lassen.

Viele lechzen danach, es mit ihrer Tat in die Nachrichten zu schaffen. So war es auch bei Teilen der 68er-Bewegung und der RAF, die ihre Anschläge zeitlich so planten, dass sie noch in der Tagesschau vorkamen. Selbst im Bemühen um sachliche Information können Medien zum verlängerten Arm von Gewalttätern werden. Daher sind gerade Fernsehjournalisten in der Verantwortung, über Gewaltexzesse wie jene am 1. Mai möglichst nüchtern zu berichten. Bei solchen Fällen sollte eine Textmeldung genügen, mahnt Kepplinger. Denn kommunikationswissenschaftlich belegt ist die verheerende Wirkung von Bildern, welche die Folgen von Ausschreitungen zeigen und die Täter in ein mildes Licht tauchen, wie dies bei der Darstellung linksextremistischer Gewalt gelegentlich geschieht. Doch nicht einmal die öffentlich-rechtlichen Sender ARD und ZDF haben in ihren Hauptnachrichten am 1. Mai auf spektakuläre Bilder von brennenden Gegenständen verzichtet. Anders als die heute-Sendung ließ die Tagesschau gar unerwähnt, dass in Hamburg Linksradikale ihr Unwesen trieben. Der Spagat zwischen Informationspflicht und Verantwortung für die Folgen der Berichterstattung ist hier gründlich misslungen.

Über Raubüberfälle wird zu wenig berichtet, über Morde viel zu viel

Der Journalismus steckt freilich in einem Dilemma, an dem sein Publikum nicht unschuldig ist: Einerseits verspricht emotionale Berichterstattung mit schockierenden Bildern Aufmerksamkeit, die härteste Währung im Mediengeschäft. Andererseits handelt ein Journalist, der sich nicht um die Folgen seiner Arbeit schert, buchstäblich unverantwortlich. Aufgrund der Rundfunkgebühren ist von den Öffentlich-Rechtlichen ein Mindestmaß an Verantwortungsethik zu erwarten. Voraussetzung dafür ist ein größeres Interesse an den Befunden der Medienwirkungsforschung, die zugegeben nicht immer eindeutig sind. Dies rechtfertigt jedoch nicht deren Vernachlässigung, die dem Schielen auf Einschaltquoten geschuldet ist – bei RTL und Sat1 freilich viel stärker als bei ARD und ZDF.

Die Wirkung der Massenmedien zu hinterfragen bedeutet, auch die Kontrolleure zu kontrollieren – ein neuralgischer Punkt, weil schmerzliche Selbstkritik nicht zu erwarten ist und sich kritischer Medienjournalismus schnell den Vorwurf der Nestbeschmutzung einhandelt (der Autor ist den Machern dieser Zeitung daher dankbar für diesen Beitrag). Weil sich der als Unterhaltung getarnte Konsum virtueller Gewalt kaum einschränken lässt, sollte die journalistische Darstellung von Gewalt mehr Aufmerksamkeit erhalten. Es liegt an der Medienlogik, dass die Berichterstattung über die Größe von Gefahren gewaltig täuscht. Deshalb sollten Journalisten die Häufigkeit jener Verbrechen erwähnen, die sie so drastisch schildern. Weniger emotionale Bilder und mehr nüchtern verpackte Statistiken wären ein erster Schritt auf dem Weg zu einem realistischen Gefahrenbewusstsein. Gerade die zunehmende alltägliche Gewalt unterhalb der Schwelle von Mord und Totschlag erfordert mehr Aufmerksamkeit. Oder haben wir uns daran schon gewöhnt?

Blick zurück und nach vorn

Ausstellung zum 450-jährigen Bestehen der Dresdner Kunstsammlungen zeigt Spitzenwerke

Zur Feier ihres 450-jährigen Bestehens zeigen die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden, die zu den ältesten Museen Deutschlands gehören, bis zum 7. November die Jubiläumsausstellung „Zukunft seit 1560 – die Ausstellung“ im Dresdner Residenzschloss.



Louis de Silvestre: Allegorie auf den Abschied des Kurprinzen Friedrich August, des späteren Königs August III. von Polen, von seinem Vater König August II. 1715, im Vordergrund Kopien aus der Skulpturensammlung

Bild: David Brand

Fünf Themenbereiche der Jubiläumsschau zeigen sowohl Spitzenwerke als auch unbekanntere Objekte aus den eigenen Sammlungen, die durch nationale und internationale Leihgaben bereichert werden.

Am Anfang stand die Kunstkammer, die im Jahr 1560 durch Kurfürst August (1526-1586) gegründet wurde. Eine imposante und erfolgreiche Sammlungsgeschichte begann, gingen doch aus ihr nahe-

Kurfürst August soll den Silberdraht selbst gezogen haben

zu alle elf Museen der Staatlichen Kunstsammlungen hervor. Unter der Überschrift „Schöpfung“ wird diese frühe Sammlung dem Besucher anschaulich vor Augen geführt.

Bedenkt man, was hier alles zusammengetragen wurde, erstaunt es nicht, dass sie auch den Namen „Wunderkammer“ trug: Von Bildern über Bücher, Medaillen, Knochen bis hin zu wissenschaftlichen Instrumenten und Werkzeugen reichte die Spannweite. So ist eine über vier Meter lange Drahtziehbank zu sehen, die 1565 in Nürnberg gefertigt wurde und zum frühesten Inventar der Kunstkammer unter Kurfürst August gehörte. Das erstaunliche Instrument, an welchem der Kurfürst selbst Silberdraht gezogen haben soll, steht für die Beförderung und Weiterverarbeitung der heimischen Erze. Das weltweit einzigartige Objekt wurde von dem Musée de la Renaissance (Écouen, Frankreich) als Leihgabe zur Verfügung gestellt.

Unter August dem Starken (1670–1733) wurden die Sammlungen nach wissenschaftlichen Kriterien geordnet und stark erweitert, so dass sich allmählich Einzelsammlungen herausbildeten. Der Themenschwerpunkt „Wissbegierde“ zeigt, dass Wissenschaft und Technologie bereits im augusteischen Zeitalter einen wichtigen Raum einnahmen.

Die Abteilung „Verlangen“ trägt ihren Titel zu Recht, denn hier offenbart sich die Leidenschaft Augusts des Starken für das Schöne. Was er begehrte, ließ er anfertigen oder erwerben, ohne nach den Kosten zu fragen. Er zog bedeutende Künstler an den Dresdner Hof, die höchstem künstlerischen Anspruch genügten. Zu ihnen zählten der Architekt Matthäus Daniel Pöppelmann, der Orgelbauer Gottfried Silbermann und der Goldschmied Johann Melchior Dinglinger. Von Letztgenanntem ist ein bezaubernder, mit 390 Edelsteinen besetzter Blumenkorb zu sehen, dem man seine bewegte Vergangenheit nicht ansieht: Er wurde 1945 im Moritzburger Wald vergraben und erst 1996 von einem Hobbyschatzsucher wiederentdeckt. Dank der sorgfältigen Restaurierung erstrahlt das Schmuckstück in ursprünglicher Schönheit. Der Sohn Augusts des Starken, August III. (1696–1763), prägte die Sammlungen durch seine Liebe zu den Bildkünsten. Ihm gelangen kostbare Ankäufe aus ganz Europa, die heute zum Bestand der Gemäldegalerie Alte Meister zählen. Dresdens Ruhm breitete sich aus. Das sächsische „Elbflorenz“ wurde ein Anziehungspunkt für Künstler und Schriftsteller. Die hochaktuelle Frage, was in einem Museum gesammelt werden soll und darf, wird in dem Kapitel „Konfrontationen“ angesprochen. Über dem Alten auch das Neue nicht zu vergessen ist eine Kunst, welche Hans Posse, Direktor der Gemäldegalerie (1910–1942), beherrschte: Unter seiner Ägide erhielt die Gegenwartskunst in Dresden einen ganz neuen Stellenwert. Ihm sind viele bedeutende Ankäufe herausragender Werke zu verdanken, zu ihnen zählte auch das damalige Skandalbild „Bathseba“ von Lovis Corinth.

Umbrüche und Schicksalsschläge der Kunstsammlungen bleiben nicht unerwähnt. Den tiefsten Einschnitt markierte zweifelsohne der Zweite Weltkrieg mit der Zerstörung Dresdens. Dieser Akt der Barbarei hätte auch das Ende der Museen bedeuten können, zumal ein Großteil der Kunst ausgelagert, verbrannt oder verschleppt wurde. Dank der Rückführung von Kunstschätzen aus der Sowjetunion im Jahr 1955 wurden Zwinger und Schloss wieder aufgebaut.

Mit dem Neuanfang gab es auch wieder eine Zukunft. Am Ende der Präsentation wird unter dem Schlagwort „Ausstrahlung“ der Ausblick gewagt: Jeff Walls Bild „Der Denker“ (1986) symbolisiert den sinnenden, nachdenkenden Blick, der in die Zukunft gerichtet ist. Welche Wege gilt es einzuschlagen, um zukunftsfähig zu bleiben? Die bedeutende Vergangenheit wird als Verpflichtung für die Zukunft verstanden, weshalb es dem Generaldirektor Martin Roth wichtig ist, im Rahmen des Jubiläums den Blick

Sammlung als Verpflichtung für die Zukunft

„gleichermaßen zurück wie nach vorn“ zu richten. Mit Hilfe modernster Medien und zunehmender internationaler Zusammenarbeit werben die Kunstsammlungen für ihre Museen. Das Phänomen der Öffentlichkeit zeichnet sie aus, denn sie waren von Anbeginn unter bestimmten Bedingungen für Besucher zugänglich.

Im Juni liegt ein besonderes Ereignis für die Dresdner, aber auch die deutsche Museumslandschaft: die Wiedereröffnung des Albertinums, welches Werke von der Romantik bis zur Gegenwart zeigt. *CvK*

Öffnungszeiten der Dresdner Kunstsammlungen: täglich außer dienstags von 10 bis 18 Uhr. Eintritt: Residenzschloss, Sophienstraße oder Schloßstraße: 10 / 7,50 Euro (gilt für das gesamte Residenzschloss, ausgenommen Historisches Grünes Gewölbe).

In Kürze

Rhythmus der Großstadt



Bild: Kröhnke

Louise Rösler: Stadtlandschaft mit schwarzer Reklamewand

Arbeiten von Louise Rösler (1907–1993) sind zur Zeit im Museum Atelierhaus Rösler-Kröhnke in Kühlungsborn zu sehen. Anka Kröhnke hat unter dem Titel „Stadtlandschaften“ Arbeiten ihrer Mutter solchen von Otto Möhwald gegenübergestellt. Während der 1933 in Halle geborene Möhwald die Inspiration für sein malerisches Schaffen in der Suche nach einem Höchstmaß an Ruhe und Konzentration fand, zeichnen sich Röslers Arbeiten durch eine künstlerische Nervosität aus. Ihr gelang es, den pulsierenden Rhythmus der Großstadt einzufangen. Louise Rösler hatte die Bilder im Kopf, die sie dann nahezu identisch – immer beim Hören von Musik – zügig auf den Malgrund brachte. Ihre Bilder zeichnen sich durch eine besondere Strahlkraft der Farbe aus, sie vibrieren geradezu vor Nervosität. Voller Dynamik stürzen Formelemente durchs Bild. Klare Farben von ungebrochener Intensität bringen Bewegung in die abstrakt anmutenden Stadtlandschaften, in denen der Betrachter oft erst auf den zweiten Blick Altbekanntes – Häuser, Menschen, Straßen, Brücken – entdeckt. *os*

Die Ausstellung ist bis 15. August freitags bis sonntags von 11 bis 18 Uhr oder nach Vereinbarung, Telefon (038293) 15339, im Atelierhaus Rösler-Kröhnke, Schloßstraße 4, Kühlungsborn, zu sehen.

Malen als Abenteuer

Neo Rauchs surreale Bilderwelten verunsichern die Kritiker

Zur Kunst gehört der Kunstkritiker wie zur Literatur der Rezensent, der im Zweifelsfall glaubt, er sei der bessere Schriftsteller. 95 Prozent der Kunstkritiker sind unsicher, wie



Bild: Museum der bildenden Künste Leipzig

Neo Rauch: Ausschüttung (Öl, 2009; Frieder-Burda-Museum)

mit dem Œuvre von Neo Rauch, einem der bedeutendsten deutschen Maler der Gegenwart, umzugehen ist. Die Interpretationen reichen von Ernst-Jünger- und Heidi-Klum-Vergleichen bis hin zu Meinungen, die bei dem Vertreter der „Neuen Leipziger Schule“ sozialistischen Realismus gefunden haben wollen. Doch diese Ergüsse des Feuilletons sind die krampfhafte Suche nach einem Aufhänger, der jedoch immer am Werk von Rauch vorbeischliddert, da dieser keine Geschichten erzählt, sondern schlichtweg malt. Die Aura seiner Bilder kann man gegenwärtig in Leipzig und der Pinakothek der Moderne in München erleben. Dort sind anlässlich des 50. Geburtstags des Künstlers jeweils 60 zum überwiegenden Teil großformatige Arbeiten aus privaten und öffentlichen Sammlungen zu sehen, die ab 1993 entstanden sind. Auffällig sind insbesondere die vielen jungen Leute, die in die Museen kommen. Rauch ist populär und das liegt daran, dass er zugleich gegen den Trend und mit ihm arbeitet. Er lässt verstaubte Figuren wie zum Beispiel alte Arbeiter und Bauern mit Spitzhacke auftreten, die eine Zeit repräsentieren, die längst versunken ist. Doch er zieht sie aus der Vergangenheit heraus, indem er den historischen Staub mit den Stilmitteln der Pop Art wegwischt.

Sein malerisches Schaffen beschreibt Rauch als ein Abenteuer: „Ich arbeite nicht nach Entwürfen oder sonstigen Vorlagen, sondern meditiere vor der weißen Leinwand und fange dann an.“ Dabei entstehen surrealistische Bilderwelten, in denen Gegenständliches und Abstraktes ihren Platz finden. Seine Figuren und Landschaften stattet er mit unaussprechlichen Energien und Gefühlen aus, die nur als visuelle Kräfte beim Betrachter ankommen. Wer aufgrund der Figurenanordnungen Geschichten aus den Bildern herauslesen will, der scheitert, denn Neo Rauch geht es um eine intuitive Erahnung der komplexen Stimmungslage der Gegenwart. Er hat keine Botschaft, aber die seltene Gabe, mit der Malerei viele Menschen in seinen Bann zu ziehen. *Felix Menzel*

Die Doppelausstellung „Neo Rauch – Begleiter“ ist bis zum 15. August im Museum der bildenden Künste Leipzig und der Pinakothek der Moderne in München zu sehen.

Große Leidenschaft

Liebermann, Corinth und Slevogt als Landschafter in Köln

Max Liebermann, Lovis Corinth und Max Slevogt – diese drei Namen stehen stellvertretend für den deutschen Impressionismus. Eine große Leidenschaft verband die Maler miteinander: die Landschaftsmalerei. Diesem Thema widmet das Kölner Wallraf-Richartz-Museum derzeit eine Sonderausstellung. Unter dem Titel „Liebermann, Corinth, Slevogt – Die Landschaften“ werden mehr als 80 Werke der drei deutschen Impressionisten gezeigt. „Die Schau wird belegen, wie das ‚Dreigestirn des Deutschen Impressionismus‘, frei von Aufträgen und Zwängen aller Art, in der Landschaftsmalerei seine Kreativität am besten entfaltete“, so die Veranstalter. „Mit großer Hingabe und ohne Routine widmeten sich die Künstler dieser für sie untypischen Gattung. Die Landschaften gehören daher sicherlich auch zu den Höhepunkten ihrer Œuvres.“

Liebermann, Corinth und Slevogt malten ihre Landschaften auf Reisen oder im Feriendomizil. So fand Max Slevogt seine Motive in der Pfalz, auf Capri oder in Ägypten. Lovis Corinth griff in der Tiroler Sommerfrische zum Pinsel und später am Walchensee, wo er seit 1920 in Urfeld ein kleines Häuschen besaß. Der Ostpreuße malte aber auch in seiner Wahlheimat Berlin wie den See im Berliner Tiergarten, über dem bunten Fahnen wehen. Max Liebermann schließlich malte Landschaften zunächst am liebsten in seiner holländischen Sommerfrische und später im eigenen Garten am Wannsee in Berlin. Über 200



Bild: Wallraf-Richartz-Museum

Lovis Corinth: Der Neue See im Berliner Tiergarten (Öl, 1908)

Gemälde und Studien entstanden dort, ein Höhepunkt in Liebermanns Spätwerk. Aus immer neuen Perspektiven hielt Liebermann die Schönheit des Gartens fest.

„Der konzentrierte Blick der Ausstellung auf die Landschaftsbilder verdeutlicht die individuelle Entwicklung der drei Maler auf ihrem Weg zu großen Künstlern. Zudem ist die Bilderschau eine repräsentative Darstellung wesentlicher Positionen der deutschen Landschaftsmalerei vor und nach 1900.“ Die Ausstellung wurde in Kooperation mit dem Museum of Fine Arts, Houston, konzipiert, dort wird sie dann auch im Anschluss an die Kölner Station bis Dezember zu sehen sein. *os*

Die Ausstellung im Wallraff-Richartz-Museum Fondation Corboud, Obenmarspforten (am Kölner Rathaus), ist dienstags bis freitags von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 22 Uhr, am Wochenende von 11 bis 18 Uhr geöffnet. Eintritt 5,80/3,30 Euro.

Pionier der biologischen Psychiatrie

Ähnlich wie die Vogelgrippe ging vor wenigen Jahren auch das Thema Rinderwahn intensiv durch die Medien. Dabei interessierten die Menschen weniger erkrankte Kühe und Schafe als die Infektionsgefahr für sie selber. Im Falle von Bovine spongiforme Enzephalopathie (BSE), so die wissenschaftliche Bezeichnung des Rinderwahns, gilt mittlerweile als sicher, dass der Erreger beim Menschen die Creutzfeldt-Jakob-Krankheit (CJK) mit ihren vergleichbaren Symptomen auslösen kann. Allerdings besteht kein Automatismus. Nicht jeder der BSE-Fleisch isst, erkrankt an CJK, und nicht jeder der an CJK erkrankt, hat vorher BSE-Fleisch gegessen.

Auch sonst ist die bislang unheilbare Krankheit erst in Ansätzen verstanden. Erst im 20. Jahrhundert wurde sie von den beiden deutschen Neurologen Hans-Gerhard Creutzfeldt und Alfons Maria Jakob entdeckt. Zu Recht wird die spongiose Encephalopathie seit 1922 Creutzfeldt-Jakob- und nicht umgekehrt Jakob-Creutzfeldt-Krankheit genannt, denn der vor 125 Jahren, am 2. Juni 1885, im damals preußischen Harburg geborene Arztsohn war mit seinem Schritt an die Öffentlichkeit um ein Jahr schneller als sein hamburg-bayerischer Kollege.

Im Jahre 1920 beschrieb Creutzfeldt erstmals die Krankheit. Sieben Jahre zuvor hatte er als Mitarbeiter der von Alois Alzheimer geleiteten Breslauer Universitäts-Nervenklinik an einer dortigen Patientin das klinische Bild und die pathologischen Veränderungen im Gehirn durch die bis dahin unbekannte Krankheit erforscht.



Bild: pa

Creutzfeldt

Noch im Jahr der Veröffentlichung seiner Forschungserkenntnisse wechselte er als Assistenzarzt an die psychiatrisch-neurologische Klinik in Kiel, wo er sich habilitierte. 1924 wechselte er an die entsprechende Klinik der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität in der Charité, wo er als Oberassistenzarzt wirkte und das hirnanatomische Laboratorium leitete. 1938 schließlich kehrte er nach einem Ruf auf den psychiatrisch-neurologischen Lehrstuhl der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) und an die Spitze der dortigen Nervenklink in die Stadt an der Förde zurück.

Politisch wird der Marinesanitätsoffizier des Ersten Weltkriegs den Deutsch-Nationalen und Nationalkonservativen zugerechnet. Wie bei vielen Angehörigen dieses Personenkreises war sein Verhältnis zum Dritten Reich ambivalent und das zum anschließenden Besatzungsregime gespannt. Die britische Besatzungsmacht ließ es zwar zu, dass er der erste Nachkriegsrektor der CAU wurde, nahm ihm dieses Amt allerdings bereits ein halbes Jahr später mit der Begründung, dass er zu viele als belastet Eingestufte zu Dozenten und zu viele Ex-Wehrmachtsoffiziere zu Studenten gemacht habe.

Als Leiter der Nervenklinik konzentrierte sich Creutzfeldt in seinen letzten Amtsjahren darauf, wieder einen geregelten Betriebsablauf einzurichten und kriegszerstörte Bauten wiederherstellen zu lassen. Nach der Emeritierung 1953 zog er nach München um, wo er im Auftrag der Planck-Gesellschaft forschte und am 30. Dezember 1964 verstarb.

Manuel Ruoff

Was Luise an Caroline von Berg gefiel

Die Freundschaft der beiden Frauen war so innig, dass König Friedrich Wilhelm III. eifersüchtig wurde

Caroline von Berg (1760–1826) war die liebste Freundin Luises von Preußen (1776–1810). Sie war keine Hofdame, sondern eine Vertraute, von der jungen Königin im Jahre 1800 gewählt, trotz des Altersunterschiedes von immerhin 16 Jahren. Was versprach sich Luise von dieser Freundschaft?

Seit nunmehr sieben Jahren im nüchternen Berlin, fehlte Luise die musische Atmosphäre ihrer Darmstädter Jugendjahre, außerdem wusste sie sehr wohl, dass es mit ihrer Bildung nicht zum Besten stand. Die kluge und gebildete Caroline von Berg, eine geborene von Haeseler, eben von ihrem Mann getrennt, sollte da Abhilfe schaffen. „Bringen Sie ein Buch mit, etwas für Herz und Kopf“, schrieb die Königin, und Caroline führte ihre junge Freundin an Johann Gottfried Herder, Friedrich Schiller und Johann Wolfgang von Goethe heran. Dabei ging sie nicht belehrend vor, sondern war für Spaß und Spiel zu haben, es wurde musiziert, sie freundete sich mit den jüngeren Geschwistern Friederike und George an.

Ein Problem war die Eifersucht des Königs, der diese Verbindung nicht gerne sah. Unmusisch und am liebsten bei seinen Soldaten auf dem Exerzierplatz, fürchtete er den zunehmenden Einfluss der Freundin auf seine Frau, doch in dieser Sache blieb Luise fest. Die Sorgen Friedrich Wilhelms III. waren nicht unbegründet, denn Caroline zählte zu den sogenannten Patrioten. Seit ihrer Jugend mit dem Reichsfreiherrn Heinrich Friedrich Karl vom und zum Stein befreundet, teilte sie dessen politische Ansichten und setzte sich für den Kampf gegen Napoleon ein, während der König nach Möglichkeit den Frieden bewahren wollte. Carolines politische Parteinahme für die sogenannte Kriegspartei, der auch der Preußenprinz Louis Ferdinand, zeitweilig sogar die Brüder des Königs angehörten, beeinflusste Luise und ließ sie nach dem Oktober 1805, als die Franzosen widerrechtlich durch das preußische Ansbach und Bayreuth marschiert waren, selbst zur „Patriotin“ werden. Doch wandte sie sich nie offen gegen ihren Gemahl, denn Luise war sich ihrer Rolle als Königin bewusst – eine schwierige Situation, die sie im Grunde überforderte.



Bild: pa/akg

Caroline von Berg: Porträt von Johann Heinrich Schröder aus dem Jahre 1800

Caroline von Berg war von ihren Vorfahren her wohlhabend, unabhängig und führte im Berliner Tiergarten ein großes Haus. Zu ihren Freunden gehörten Herder und der Dichter Jean Paul; beide schätzten ihr anregendes Gespräch und ihre zupackende Tatkraft. Caroline war auch in finanziellen Engpässen hilfsbereit, ohne sich indes ausnutzen zu lassen. Wilhelm von Humboldt gehörte zu ihren Freunden, ebenso der schwierige Gelehrte Friedrich August Wolf.

Ihre Tochter Luise, seit 1800 mit August Ernst Graf von Voss verheiratet, einem Enkel der Oberhofmeisterin der Königin Luise, lebte auf dem Gut Groß Gievitz in Mecklenburg; dorthin lud Caroline ihre Freunde ein und zog sie damit in die Familie.

Als nach der Katastrophe von Jena und Auerstedt am 14. Oktober 1806 der Hof erst nach Königsberg und später nach Memel floh, blieb Caroline in Berlin. Einmal war sie auf ihre Unabhängigkeit bedacht, zum anderen wollte sie wohl den König nicht unnötig reizen. Für Luise war es nicht leicht, in den Jahren der Not die Freundin zu entbehren. In ihren Briefen an Caroline kommt zum Ausdruck, wie sie unter der infamen Propaganda Napoleons litt, der sie im „Neuen Telegraph“ als blutrünstige Amazone verleumden ließ, verbunden mit Anspielungen auf ihr heimliches Schwärmen für den Zaren Alexander I. Die Pressepolitik Bonapartes hatte zum Ziel, Luise beim Volk in Misskredit zu bringen, denn er fürchtete ihren Einfluss auf den König. Luise konnte tapfer sein, wenn es um das Ertragen körperlicher Strapazen ging, doch ihr reines, vom Streben nach Tugend bestimmtes Wesen war zynischem Verhalten wehrlos ausgeliefert. Im Jahr 1808 besuchte Caroline die Freundin zweimal in Königsberg. Luises Briefe nach Carolines Abreise zeugen von tiefer Verzweiflung und Resignation: „Ich glaube an keine Zukunft mehr, Gott weiß, wo ich begraben werde …“

Im Dezember 1809 kehrte der Hof nach Berlin zurück, noch einmal spielte Luise die Rolle der strahlenden Königin, obgleich sie todkrank war. Ein halbes Jahr später, am 19. Juli 1810, starb sie im

Die Freundin wurde zur Biographin

Haus ihres Vaters in Hohenzieritz in den Armen der Freundin.

Vier Jahre später, im Sommer 1814, veröffentlichte Caroline anonym eine „Denkschrift“, nach den Befreiungskriegen als Trost für die Witwen, Waisen und Veteranen gedacht: „Die Königin Luise – Der Preußischen Nation gewidmet“. Darin schildert Caroline ihre Freundin aus nächster Anschauung, andererseits vermittelt sie den Zeitgenossen das Bild einer idealisierten Königin. Wie sehr sie den Nerv der Zeit getroffen hatte, zeigen begeisterte Rezensionen aus der höfischen Umgebung und der gebildeten Welt – das Buch wurde zum Bestseller. *Urte v. Berg*

Die Verfasserin dieses Beitrags ist Autorin einer Biographie über ihre Verwandte mit dem Titel „Caroline Friederike von Berg – Freundin der Königin Luise von Preußen – Ein Porträt nach Briefen“.

Kleinod im Preußen-Museum

Das Samland-Museum bietet neben einer elektronisch erschlossenen Fotosammlung auch Dorfchroniken

Preußen-Interessierte sollten schon einmal vom Preußenmuseum Minden gehört haben. Schon weniger dürfte bekannt sein, dass sich sozusagen als Untermieter in der obersten Etage des Schinkelbaus auf 180 Quadratmetern Nutzfläche ein Samland-Museum befindet, dessen Geschichte bis in die Mitte der 1950er Jahre zurückreicht.

Schon kurz nach der Patenschaftsübernahme durch den Landkreis Minden-Lübbecke für den Landkreis Königsberg im Jahre 1955 gab es Anregungen von Seiten des Patenkreises, in der Jugendherberge auf dem Wiehengebirgskamm eine Heimatstube für den ehemaligen Landkreis Königsberg einzurichten. Den sich dort in zeitlichen Abständen versammelnden Jugendlichen aus dem Kreisgebiet sollte die räumliche Ausschmückung von der ostpreußischen Heimat künden.

Später bezog man bereits in die Planung der neuen Kreisverwaltung in der Portastraße einen Ausstellungs- und einen Aktenraum ein. Eine Kreisdatei wurde eingerichtet. Die Verwaltung dieser Datei oblag dem Kreisangestellten Siegfried Brandes. Dieser beantwortete auch die zahlreich eingehenden Suchanfragen zwecks Familienzusammenführung. Heimatliche Symbole sowie Motive mit heimatlichem Bezug wurden gesammelt, der Grundstock einer Bücherei mit heimatlichem Schriftgut angelegt. Erste Aufrufe im *Ostpreußenblatt* und in „Unser schönes Samland“ mit der Bitte um gerettete Erinnerungsstücke wurden an die ostpreußischen Landsleute im ganzen Bundesgebiet gerichtet. Im Jahre 1966 erschien das Kreisbuch „Der Kreis Samland“ von Paul Gusovius, dem ehemaligen Justitiar des Landkreises Königsberg. Dieses 732 Seiten umfassende Werk informiert die Leser über die Verhältnisse und Lebensumstände im Kreisgebiet. Alle diese Maßnahmen wurden in finanzieller Hinsicht großzügig vom Patenkreis gefördert.

Als ein Glücksfall erwies sich der Umzug in den Schinkelbau am Simeonsplatz in Minden

Im Laufe der Jahre wuchs der Bestand an Ausstellungsstücken an, so dass es zum Umzug in das alte Gebäude der Kreisverwaltung in der Tonhallenstraße kam. Ab 1985 standen dort der Kreisgemeinschaft zirka 100 Quadratmeter Fläche zur Verfügung.

Gegen Ende der 90er Jahre benötigte der Kreis für sein Kommunalarchiv mehr Raum. Der Umzug, der nun erfolgen musste, erwies sich als Glücksfall. Man konnte in einen Teil der obersten Etage des Preußen-Museums (Schinkelbau) am Simeonsplatz in Minden einziehen. Es war eine Verbesserung in jeder Beziehung, insbesondere hinsichtlich der vorhandenen Räume und deren Ausrüstung. Das Bauwerk selbst und sein Standort sind eine gute Adresse. Insgesamt stehen jetzt etwa 180 Quadratmeter an nutzbarer Fläche zur Verfügung. Zusätzliche, in Eigenleistung erbaute Stellwände erweitern die Schauflächen.

Zwei Fliegen mit einer Klappe: Besuch des Samland- und des Preußen-Museums

Die Anzahl der bislang in der Ausstellung behandelten Themen konnte um die Bereiche Flucht und Vertreibung, heimatliche Bodenschätze und Darstellungen über die Bedeutung der beiden Haffs erweitert werden. Zwei umfangreiche Fotosammlungen der beiden landwirtschaftlichen Gutsbetriebe, Overkamp in Trömpau und Sehmer Carmitten, aus den Kirchspielen Schaaken und Powunden vermitteln den Besuchern einen guten Einblick in die heimatliche Landwirtschaft. Die Fotos lassen erkennen, welche Bedeutung die große Zahl der Mitarbeiter für einen landwirtschaftlichen Betrieb hatte. Außerdem zeigen die Bilder die damals vorhandene enge soziale Bindung beider Gutsbesitzer zu ihren Mitarbeitern.

Wichtig sind ferner die in Minden aufbewahrten Dorfchroniken. Hier sei insbesondere auf die Gutschronik Trömpau hingewiesen, die mit Aufzeichnungen aus dem Jahr 1374 beginnt und bereits vor dem Ersten Weltkrieg in Königsberg verfasst wurde. Der Ostpreuße Walter Perkuhn aus Löwenhagen schrieb die Chronik „Das Kirchspiel Löwenhagen im Urstromtal des Pregels“. Weiterhin kann in Minden eine Lohnliste deutscher Kolchosearbeiter der Kolchose Perwissau von 1947 bis 1948 eingesehen werden. Schon mancher Besucher in Minden hat hier seine Unterschrift als Empfangsbestätigung des ausgezahlten Lohnes in Rubel während seiner Gefangenschaft in der Heimat wiedergefunden.

Die schon erwähnte Fotosammlung ist inzwischen ergänzt und aufgearbeitet. Alle vorhandenen Fotos sind gelistet, in der EDV gespeichert, gedruckt und für Beschauer in 35 Fotoalben (im Format DIN A4), die nach Kirchspielen geordnet sind, abgelegt. Entsprechende Datenspeicher in Form von CDs für die einzelnen Kirchspiele können in Minden bestellt werden.

Mit der Ausstellung will die Heimatkreisgemeinschaft auch bei der jüngeren Generation das Interesse an der ostpreußischen Kultur und Geschichte wecken und zur Mitarbeit in der Kreisgemeinschaft anregen. Die Landsmannschaften der Vertriebenen und alle Freunde Ostpreußens sind herzlich eingeladen, ins Samland-Museum zu kommen. Bei dieser Gelegenheit können sie dann auch das Preußen-Museum Minden besichtigen und dort einen Teil preußischer Geschichte und bundesdeutscher Geschichtsvermittlung erleben. *PAZ*

Das Museum ist hinsichtlich der Öffnungszeiten an die Besuchszeiten des Preußen-Museums gebunden. Öffnungszeiten: dienstags bis donnerstags und sonnabends wie sonntags von 11 bis 17 Uhr. Telefonische Anmeldung ist in jedem Falle unter der Nr. (0571) 46297 zwischen 19 und 21 Uhr erforderlich. Bahnreisende können bis zum ZOB Minden fahren. Das Preußen-Museum liegt im Fußgängerbereich zum ZOB.

Höhepunkt der »wilden Vertreibungen«

Vor 65 Jahren begann der Brünner Todesmarsch – Schlimmstes Nachkriegsverbrechen bis »Srebrenica«

Der Brünner Todesmarsch, der am 31. Mai 1945 begann, gilt als das schlimmste Verbrechen in Europa zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Massaker von Srebrenica 1995. Rund 27 000 Deutsche aus der mährischen Hauptstadt wurden in einem Gewaltmarsch nach Niederösterreich ausgetrieben, rund 5200 starben.

„Kurz vor neun Uhr abends marschierten junge Revolutionäre der tschechischen Nationalgarde durch die Straßen und riefen alle deutschen Bürger auf, um neun vor ihren Häusern zu stehen, ein Gepäckstück in jeder Hand, bereit, die Stadt auf immer zu verlassen. Den Frauen blieben zehn Minuten, die Kinder zu wecken, sie anzuziehen, ein paar Habseligkeiten zusammenzupacken und sich auf die Straße zu stellen. Hier mussten sie allen Schmuck, Uhren, Pelze und Geld den Nationalgardisten ausliefern, bis auf den Ehering; dann wurden sie mit vorgehaltenen Gewehren in Marsch gesetzt, der österreichischen Grenze entgegen.

Es war stockfinster, als sie die Grenze erreichten; die Kinder weinten, die Frauen stolperten vorwärts. Die tschechischen Grenzwachen drängten sie über die Grenze den österreichischen Grenzwachen entgegen. Da kam es zu neuer Verwirrung. Die Österreicher weigerten sich, die Leute aufzunehmen, die Tschechen, sie wieder ins Land zu lassen. Sie wurden für die Nacht auf ein offenes Feld getrieben. Am nächsten Morgen erschienen ein paar Rumänen als Wache. Sie sind immer noch auf diesem Feld, das zum Konzentrationslager geworden ist. Sie haben nur zu essen, was ihnen die Wachen gelegentlich bringen. Rationen erhalten sie nicht ... Jetzt wütet eine Typhusepidemie unter ihnen, und es heißt, dass täglich 100 sterben. 25 000 Männer, Frauen und Kinder haben diesen Gewaltmarsch aus Brünn mitgemacht, darunter eine Engländerin, die mit einem Nazi verheiratet ist, eine Österreicherin von 70 Jahren, eine 86-jährige Italienerin.“

Mit diesem Bericht informierte die britische Journalistin Rhona Churchill bereits in der „Daily Mail“ vom 6. August 1945 die Öffentlichkeit der Siegermächte. Was in dem Bericht noch fehlt, ist das Ende der Aktion: Nach längerem Zögern wurde im Juni 1945 die Grenze zum damals sowjetisch besetzten Niederösterreich dann doch noch geöffnet. Viele starben allerdings noch auf dem weiteren Weg bis nach Wien an Krankheiten. Nachdem jahrzehntelang die Zahl der Teilnehmer und Opfer des Todesmarsches unklar war, erlauben neuere Forschungen ziemlich präzise Angaben: 27 000 Menschen mussten den Marsch antreten, rund 5200 überlebten ihn nicht. Die seit dem hohen Mittelalter bis 1918 mehrheitlich deutsche Stadt Brünn verlor ihre deutsche Prägung.

Der Brünner Todesmarsch stellt einen Höhepunkt der sogenannten wilden Vertreibungen vor der Potsdamer Konferenz der alliierten Siegermächte Ende Juli 1945 dar. Der Begriff „wilde Vertreibungen“ ist etwas problematisch, weil er auch so verstanden werden kann, dass diese Aktionen unkoordiniert gewesen seien – ein Missverständnis, dem tschechoslowakische und tschechische Regierungen spätestens seit dem Jahre 1948 nur zu gerne Vorschub geleistet haben. Tatsächlich waren auch diese Aktionen fast ausnahmslos bestens organisiert und von der Staatsspitze in Prag, wenn nicht direkt angeordnet, so doch gerne unterstützt. Zahlreiche Aufrufe der damaligen Verantwortlichen in aller Öffentlichkeit sprechen eine eindeutige Sprache. Kein anderer als Staatspräsident Edvard Benesch forderte am 16. Mai 1945 auf dem Altstädter Ring in Prag die kompromisslose „Liquidierung der Deutschen“.

Ohne Wissen und Wollen hoher Regierungsstellen und der anwesenden sowjetischen Besatzungsmacht wären die „wilden Vertreibungen“ ohnehin nicht möglich gewesen. Dies zeigt auch die Lage im von US-Truppen eroberten Westböhmen, wo es keine einzige dieser Aktionen gab.

Im Falle des Brünner Todesmarsches lässt sich die maßgebliche Verstrickung der Staatsspitze besonders gut belegen. Das vorwiegend von tschechischen Arbeitern der „Brünner Waffenwerke“ durchgeführte Verbrechen wurde maßgeblich von einem tschechischen Hauptmann („Stabskapitän“) namens Bedřich Pokorný organisiert. Der Geheimdienstoffizier der Zwischenkriegstschechoslowakei, der in der Protektoratszeit als Gestapo-Spitzel tätig gewesen sein soll, hat nach der Wiederherstellung der ČSR seine Tätigkeit fortgesetzt. Nach dem Sieg der Roten Armee wurde er in die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (KSČ) und zudem in das „Korps der nationalen Sicherheit“ (Sbor národní bezpecnosti, SNB) aufgenommen.

Nicht einmal zwei Wochen vor dem Brünner Todesmarsch, am 18. Mai 1945, erhielt er das Kommando des SNB in Mähren und war als solcher unmittelbar für die Vertreibung der Brünner Deutschen verantwortlich. Einen Monat nach der Tat, am 2. Juli 1945, wurde er auf persönliche Weisung des kommunistischen Innenministers Václav Nosek in die Spitze von dessen Inlandsgeheimdienst „Obranné zpravodajství“ (OBZ) gerufen. Nachdem Pokorný zuvor nur faktisch den Dienst geleitet hatte, übernahm der vormalige Stellvertreter am 15. Januar 1946 auch offiziell die Leitung des OBZ, welcher bei der kommunistischen Gleichschaltung der ČSR eine unrühmliche Bedeutung gewinnen sollte.

Zuvor organisierte er im Juli 1945 aus dem Prager Innenministerium heraus das Massaker von Aussig am 31. Juli. Dieses Verbrechen forderte zwar weit weniger Tote, war aber in der Durchführung besonders grausam: Teilweise wurden Kinderwagen von einer Aussiger Elbbrücke gestoßen und anschließend mit MG beschossen.

Das Massaker von Aussig nimmt auch deswegen eine Sonderstellung ein, weil die tschechoslowakische Regierung am 16. Juli, dem Vortag des Beginns der Potsdamer Konferenz, zunächst die öffentlichen Massaker aussetzte. „Aussig“ war insofern auch vom Termin her eine Ausnahme. Wegen des Tatablaufs war schon seit jeher klar, dass das dortige Massaker staatlich organisiert war, doch erst seit den 1990er Jahren weiß man, dass ein und der selbe Mann – eben Bedřich Pokorný – bei beiden Verbrechen die Fäden zog. Infolge interner Flügelkämpfe und Intrigen verbrachte er trotz seiner „Verdienste“ bei der Vertreibung der Sudetendeutschen die Jahre 1953 bis 1958 in tschechoslowakischer Haft, doch später wurde er mit Entschädigung und neuen Ämtern rehabilitiert. Am 31. März 1968, auf dem Höhepunkt des Prager Frühlings, wurde der inzwischen 64-Jährige bei Brünn erhängt aufgefunden – ob er von eigener Hand starb oder ermordet wurde, ist unklar. *M.R./K.B.*



Todesmarsch von Brünn: Das Gros der Opfer waren Frauen, Kinder und Alte. Bild: Archiv

Wie Chemnitz seinen Namen zurückbekam

Genommen wurde Chemnitz sein Name im Jahre 1953. Vor 57 Jahren beschloss die DDR-Regierung die Bezirkshauptstadt nach Karl Marx zu benennen. Unabhängig von der Frage, wie man zu Karl Marx und seiner Lehre steht, war die Umbenennung schon insofern willkürlich, als es überhaupt keinen besonderen Bezug zwischen dem Mann und der Stadt, die nun seinen Namen tragen sollte, gab. Das wird auch bei der Begründung deutlich, die der damalige Ministerpräsident der DDR Otto Grotewohl beim Festakt gab: "Die Menschen, die hier wohnen, schauen nicht rückwärts, sondern sie schauen vorwärts auf eine neue und bessere Zukunft. Sie schauen auf den Sozialismus. Sie schauen mit Liebe und Verehrung auf den Begründer der sozialistischen Lehre, auf den größten Sohn des deutschen Volkes, auf Karl Marx. Ich erfülle darum hiermit den Beschluss der Regierung. Ich vollziehe den feierlichen Akt der Umbenennung dieser Stadt und erkläre: Von nun an trägt diese Stadt den stolzen und verpflichtenden Namen ‚Karl-Marx-Stadt‘.“

Die erste bekannt gewordene und dokumentierte Rückbenennungsforderung erfolgte am 25. Oktober 1989 auf einer Tagung der Stadtverordnetenversammlung durch den Verordneten der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD) Klaus Herrmann. Noch war unklar, wie die Staatsmacht reagieren würde. Erst als am 9. November 1989 die Mauer fiel, wurde der künftige Weg sichtbar und damit wurden viele Menschen mutiger.

Am 25. November 1989 gründeten die Friseurmeisterin Kerstin Morgenstern mit dem Maler und Grafiker Frank Werner Heine den Verein „Für Chemnitz“, dem sich bald der Türmer der Schlosskirche Stefan Weber, der Schriftsetzer Olaf Höfler, der Lehrer Günter Klaus, der Ingenieur Heiner Matthes und der Fernmeldemechaniker Claus Modaleck anschlossen. Sie verteilten mit anderen Sympathisanten 150 000 Flugblätter und erhielten daraufhin 43 000 zustimmende Zuschriften. Am 10. Dezember berichtete die bis dahin von der SED gelenkte Presse erstmals von der Initiative. Drei Tage später gab der Bürgermeister vor der Stadtverordnetenversammlung bekannt, dass sich 900 Einwohner mit dem Umbenennungswunsch an ihn gewandt hatten. Am 1. Januar 1990 schloss sich die Chemnitzer Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP), die sich später mit der SPD vereinte, der Rückbenennungsforderung von „Für Chemnitz“ an.

76 Prozent wollten den alten Namen

Nach der Volkskammerwahl am 18. März 1990 bereitete die Stadt eine Volksabstimmung über die Umbenennung vor. Am 23. April fand sie statt. Ausgezählt wurde ausgerechnet in einem Stasi-Anwesen, genauer: im Speisesaal von deren Bezirksverwaltung. Am Nachmittag wurde das Ergebnis bekanntgegeben: Von den 191 139 Bürgern, die sich an der Abstimmung beteiligt hatten, votierten 145 527 für den Namen „Chemnitz“, das sind 76,1 Prozent.

Trotz eines Schreibens der Stadtverordnetenversammlung vom 2. Mai 1990 an Ministerpräsident Lothar de Maizière mit der Aufforderung, die Umbenennung nun zu vollziehen, geschah von dieser Seite nichts, so dass die Stadtverordnetenversammlung am 1. Juni 1990 den Volkswillen selbst umsetzte und Chemnitz seinen Namen zurückgab. *Hans Lody*

Früher Bruderkrieg

Konfrontation im Elsass im Jahre 610

Die meisten Bücher lassen die Geschichte der Deutschen erst mit der Teilung des Frankenreiches im Jahre 843 durch den Vertrag von Verdun beginnen. Der östliche Teil unter König Ludwig dem Deutschen gilt dann meist als Beginn der deutschen Geschichte.

Dass dieses Anfangsdatum nicht gerade zwingend ist, hat bereits die 2000-Jahr-Feier der Schlacht im Teutoburger Wald eindringlich in Erinnerung gerufen. Auch die Tatsache, dass das Frankenreich bereits nach dem Tode König Chlodwigs am 27. November des Jahres 511, ähnlich wie 332 Jahre später, aufgeteilt wurde, gibt deutliche Ansatzpunkte, den Beginn der deutschen Geschichte lange vor Karl dem Großen anzusetzen. Das östliche Teilreich regierten in den Jahren 511 bis 555 nacheinander die merowingischen Könige Theuderich I., Theudebert I. und Theudebald. Nach kurzer und fragiler Einigung des Reiches unter Chlotar I. in den Jahren 558 bis 561 bildete sich erneut ein eigener Ostteil heraus. Er wurde nun Austrasien („Ostreich“) genannt und existierte bis zum Jahre 751, unterbrochen nur von kurzen Phasen eines geeinten Frankenreiches.

Faktisch war Austrasien der Vorläufer des Reiches Ludwig des Deutschen, auch wenn ihm Thüringen und Bayern zunächst – und Sachsen bis zuletzt – nicht angehörten. Dies war gewiss einer der Gründe, warum der Ostteil des merowingischen Frankenreiches nicht als Vorläuferstaat der Deutschen gilt. Ein anderer ist, dass in der Regierungszeit Karls des Großen die übernationale Reichsidee eine strahlende Renaissance erlebte, was eine entsprechende Traditionsbildung erschwerte.

Unterbrochene Traditionslinie

In der Folge erscheint jedoch nicht nur die deutsche Geschichte kürzer, als sie tatsächlich ist. Auch sind nicht unbedeutende Ereignisse der deutschen Frühgeschichte völlig aus dem Blickfeld der an sich interessierten Öffentlichkeit verschwunden, beispielsweise der 52 Jahre andauernde Merowingische Bruderkrieg der Jahre 561 bis 613. Vor nunmehr genau 1400 Jahren steuerte er mit dem Treffen der Könige Theudebert II. (Ostreich) und Theuderich II. (Burgund) im elsässischen Seltz auf seinen dramatischen und blutigen Höhepunkt zu. Obwohl die Akteure ein frühes Fränkisch, also eine direkte Vorform des Deutschen sprachen, betrachtet heute nur noch Frankreich diese Ereignisse als Teil seiner nationalen Geschichte. *K.B.*

Geehrt, verfemt und isoliert

Am 30. Mai jährt sich Boris Pasternaks Todestag zum 50. Mal

Ich erwarte von Ihnen keine Gerechtigkeit. Sie können mich erschießen, verbannen, alles tun, was Sie wollen, und ich verzeihe Ihnen im Voraus. Doch übereilen Sie nichts ... Und denken Sie daran, dass Sie mich nach einigen Jahren rehabilitieren müssen ...“ Mit diesen Worten reagierte Boris Pasternak 1958 auf seinen Ausschluss aus dem Schriftstellerverband. Obwohl er sich dem politischen Druck der Partei gebeugt und den ihm verliehenen Nobelpreis für Literatur abgelehnt hatte, blieb es bei dem Ausschluss. Pasternak war bis zu seinem Tod, der sich am 30. Mai zum 50. Mal jährt, verfemt und isoliert.

Das Nobelpreiskomitee hatte den Dichter für seinen einzigen vollendeten Roman „Doktor Schiwago“ ausgezeichnet. Der Roman schildert das Leben des Arztes und Dichters Jurij Andrejewitsch Schiwago von 1904 bis zu seinem Tod im Jahre 1929 und seine Liebe zu Larissa Antipowa, genannt Lara. Es ist die Begegnung zweier Liebender, die gleichsam von der Vorsehung herbeigeführt wurde. Gegen die Kraft ihrer Liebe haben beider Ehen keinen Bestand. Doch der Roman geht über eine Liebesgeschichte – eine der schönsten der Weltliteratur – hinaus. Die historischen Ereignisse wirken in die geschilderten Einzelschicksale hinein, sie schufen die Bedingungen, innerhalb derer sich die Helden zurechtfinden mussten. Dennoch wurden die historischen und politischen Ereignisse nie zum eigentlichen Gegenstand des Romans. Pasternak zeichnet ein breites Gesellschaftsbild und bietet Einblicke in die Gefühlswelt der geschilderten Zeit, in der ein Intellektueller mit seinen geistigen und religiösen Überzeugungen in Konflikt mit der revolutionären Bewegung und der sozialistischen Realität gerät.



Boris Pasternak Bild: pa

Boris Pasternak wurde am 29. Januar 1890 als Sohn einer angesehenen jüdischen Familie in Moskau geboren. Sein Vater Leonid war ein bekannter Maler und Illustrator Tolstojs, seine Mutter die Pianistin Rosa Kaufmann. Er wuchs in einem intellektuellen und künstlerischen Milieu auf. Neben Dichtern wie Rilke zählten auch Musiker zu den Gästen des Hauses. Der Komponist Alexander Skrjabin beeindruckte den jungen Pasternak so sehr, dass er beschloss, Musik zu studieren. Doch nach dem Abschluss des deutschen Gymnasiums 1908 studierte er Philosophie. Nach einem Auslandssemester 1912 an der Philipps-Universität in Marburg und Reisen in die Schweiz und nach Italien beschloss er Dichter zu werden. Waren die ersten Gedichte noch vom Symbolismus und Futurismus geprägt, bekamen sie bald einen philosophischen Ansatz. Pasternak war ein begnadeter Übersetzer. Da seine Gedichte sich nicht verkauften, verdiente er seinen Lebensunterhalt mit der Übertragung literarischer Werke ins Russische. Er übersetzte aus acht Sprachen. Zu seinen großen Verdiensten gehört die Übersetzung Shakespeares. Pasternaks besondere Verbindung zur deutschen Literatur fand in einer wundervoll poetischen Übertragung von Goethes „Faust“ Ausdruck.

Pasternak wurde 1989 rehabilitiert. Sein Sohn nahm posthum den von Pasternak abgelehnten Nobelpreis für seinen Vater entgegen. *Manuela Rosenthal-Kappi*

EU: Aus Verbundenheit wurde Angst und Zweifel

Zu: „EZB begeht Todsünde“ (Nr. 19)

Haben Sie vielen Dank für Ihren ausgezeichneten Beitrag. Mit einer Arroganz ohnegleichen haben die Regierenden Europas innerhalb weniger Tage zwei Rettungspakete von ungeheurer Dimension beschlossen, die zusammen 860 Milliarden Euro ausmachen und die Völker – allen voran Deutschland – auf viele Jahrzehnte hinaus verschulden werden. Es müssen Wahnsinnige gewesen sein, die sich erdreistet haben, unter Missachtung der EU-Regeln eine derartige Entscheidung zu treffen.

Der Geist, der Europa zu einer einzigen großen Familie vereinigen sollte, ist mit diesen von gewissenlosen Politikern beschlossenen Euro- und Griechenland-Rettungspaketen nunmehr endgültig ins Grab gesunken.

Das Gefühl der Sicherheit und Geborgenheit ist den Menschen in den EU-Mitgliedsländern abhanden gekommen. Die Atmosphäre des Friedens und der Verbundenheit ist einer solchen der Unsicherheit und Angst gewichen. An die Stelle des festen Glaubens von einst sind Zweifel getreten – Zweifel an der Fähigkeit der Regierenden und Zweifel am Bestand des Euro und der EU. Mit anderen Worten ausgedrückt: Die Menschen in Europa fühlen sich von ihren „Eliten“ verraten und verkauft. Armes Deutschland, armes Europa.

Uwe Motzkuhn, Bad Bodenteich

Gesundheit: Die Probleme nehmen überhand

Zu: Ungereimtheiten

Ohnmächtig sehen wir dem maßlosen Treiben im Gesundheitssystem zu und die Politiker behaupten seit Jahren, nichts tun zu können. Während die Pharma-Mafia zum Beispiel für 50 Gramm Gel (Solaraze) im Wert von wenigen Cent unvorstellbare 68,37 Euro kassiert, durfte ich für eine Übernachtung (Ruhe zum Abbau eines Kontrastmittels) im Ochsenfurter Krankenhaus 843,27 Euro zahlen. Ob meiner Entrüstung werde ich belehrt, dass es sich um eine Fallpauschale (S360) nach DRG-System zusammen mit Krankenhausnebenkosten handele. Gleichzeitig steht der Aufwand von Landärzten häufig in keinem Verhältnis mehr zu ihrem Einkommen.

Leider lässt sich die Reihe der nichtbewältigten Probleme beliebig fortsetzen, wie die voraussehbare Bankenkrise. Oder die angebliche Klimakatastrophe, an der zurzeit ausgesprochen viel verdient wird (Windparks, Solarförderung). Aber hört man noch von dem gefährlichen Ozonloch? Oder die Endzeitstimmung in den Kommunen, aber erinnern wir uns noch an die verantwortungslose Verschwendung auf allen Ebenen in den letzten Jahrzehnten?

In Bayern heißt's: „Herr, schmeiß Hirn runter!“ oder aber braucht man heute noch den sogenannten gesunden Menschenverstand?

Christian von der Groeben, Großrinderfeld

Alles auf Pump

Zu: „Unser Geld“ (Nr. 19)

„Das ist eine Versündigung an den Interessen der zukünftigen Generation, das ist die Wahrheit“, so kommentierte Angela Merkel noch im Jahr 2005 als Oppositionsführerin im Bundestag die Neuverschuldungspläne der damaligen rot-grünen Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder. Wachstum auf Pump, das sei doch nicht die Antwort, so ihre damalige Überzeugung.

Doch diese Aussagen sind, heute wie damals, nichts mehr wert. Wir, die Bürger (das Volk), werden dafür bitter bezahlen müssen.

Wo sind jene politischen Gruppierungen, die Deutschland retten?

Heinz-Walter Hoetter, Fürstenfeldbruck

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



EZB-Präsident „beerdigt“ den Euro: Bei der Grundsteinlegung des EZB-Neubaus legt Jean-Claude Trichet Euro-Banknoten in eine Kassette, die in das Fundament eingemauert wird. Bild: pa

Betrügerische Politiker bestrafen

Zu: „Deutschland verliert“ (Nr. 20)

Wenn heute Politikern und diversen anderen VIPs Verstöße gegen Moral, Recht und Gesetz vorgeworfen werden und sie ihre Verantwortung dafür nicht mehr leugnen können, geben sie in der Regel entschuldigend zu, einen „Fehler“ gemacht zu haben.

Fehler beruhen durchweg auf emotionaler Überspitzung oder falscher Einschätzung der jeweiligen Situation. Sie erfolgen nie vorsätzlich und sind daher meistens verzeihbar.

Vorsätzlicher Betrug – wie von griechischen Politikern verübt – ist jedoch kein Fehler, sondern ein Verbrechen, das ganz Europa in den Abgrund ziehen kann und für das alle Bürger korrekter Staaten ihr erspartes Vermögen verlieren.

Nirgends hört man von Europas Politikern oder in den Medien, dass die hierfür leicht zu ermittelnden verantwortlichen Politiker benannt oder vor Gericht gestellt würden. Sie beziehen weiter ungestört ihre hohen Gehälter und Pensionen, die wir mit unserer Griechenlandhilfe mitfinanzieren.

An der Pleite Griechenlands – und der ihr nachfolgenden Ländern – tragen unsere und diverse andere Europaabgeordnete eine massive Mitschuld, indem sie – wider besseres Wissen der Aufnahme von maroden Staaten in die EU und den Währungsverbund zustimmten.

Bundeskanzlerin Merkel hat im Zusammenhang mit der Griechenlandhilfe Straf- und Haftungsmaßnahmen gegen betrügerische Staaten verlangt. Das ist ein totaler Schlag ins Wasser. Von einem Pleitegeierstaat ist in diesem Jahrhundert nichts mehr zu holen.

Die einzige Möglichkeit, derartige Missetaten in Zukunft auszuschließen, ist, betrügerische Politiker – wie jeden anderen Bürger – gerichtlich zu belangen, ihn persönlich mit seinem Privatvermögen sowie seinen Pensionen haften zu lassen und ihn zu bestrafen. Aber ich fürchte, dazu fehlt den Politikern Europas die Moral und der Mut.

Dr. Richard Schute, Gersfeld

Der mutige Andreas Pfalzgraf hat überlebt

Zu: „Ohne Angst vor dem Gauleiter“ (Nr. 7)

Dr. Andreas Pfalzgraf ist nicht „im Dunkeln des Kriegsendes verloren gegangen“. Im Herbst 1943 gehörte er zu meinen Lehrern an der Oberschule in Insterburg und mit einem seiner Söhne war ich zusammen Luftwaffenhelfer. Ein jüngerer Sohn Martin lebt heute noch in Bad Hersfeld.

PF, wie wir ihn an der Schule nannten, stammte aus Oberaula, machte an der Alten Klosterschule in Hersfeld Abitur und landete nach der Flucht als Lehrer wieder an ihr – heute heißt sie Konrad-Duden-Schule. Er müsste 1954 gestorben sein. Bestimmt gibt Ihnen Martin Pfalzgraf gern weitere Auskünfte falls erforderlich.

Eine Episode aus der damaligen Zeit: PF erschien eines Tages zum Unterricht, zog aus der Hosentasche ein Büchlein und begann daraus vorzulesen: Es war das Kommunistische Manifest. Was er vorlas, ist mir nicht mehr in Erinnerung, jedenfalls gab es Unruhe in der Klasse. PF unterbrach, schaute in die Runde und sagte: „Ihr wollt doch alle gute Nationalsozialisten sein. Dann müsst Ihr wissen, was Eure Gegner sagen“ ... und las weiter. Welch ein Mut! Schon damals hatte er Bekanntschaft mit der Gestapo gemacht.

Diese Begebenheit habe ich in den letzten Jahren manchem Freund erzählt, mit dem Nachsatz: Kannst Du Dir den Orkan vorstellen, der heute durch den Blätterwald unserer Presse gehen würde, wenn ein Lehrer ein Zitat bringen würde aus uns Adolfs „Mein Kampf“?

Gerhard Dalheimer, Niederaula

PAZ für Politiker am Flughafen erworben

Zu: *PAZ* Nr. 19

Die Beiträge von Hans Heckel, Rebecca Bellano, H.-J. Mahlitz, Richard Kerschhofer, Wilhelm v. Gottberg, Manuel Ruoff., H.-J. von Leesen, Manuela Rosenthal – ich hoffe, ich habe fast alle genannt! – in der Ausgabe sind für mich so elektrisierend, aber auch aufrührend, weil man in der Nürnberger Zeitungs-„Landschaft“ solche Fakten über Euro(pa) und unsere Geldpolitik in dieser Klarheit und Deutlichkeit/Konsequenz nicht zu lesen bekommt.

Ich habe daraufhin spontan bei der *PAZ* angerufen, an welchem Kiosk in Nürnberg ich sie kaufen könne. Von Herrn Badenheuer erfuhr ich „Flughafen und Hauptbahnhof“. Am mir näher gelegenen Flughafen konnte ich nur noch ein Exemplar bekommen. Eine sehr freundliche Verkäuferin veranlasste, dass dieses letzte Exemplar extra für mich aus dem Abfertigungsbereich geholt wurde, wo man ohne Flugschein keinen Zutritt hat. Dieses Exemplar habe ich sofort dem Fraktionsvorsitzenden meiner Partei (CSU) persönlich zugestellt. Er ist Steuerberater. Ich hoffe, er kann von den vielen hochqualifizierten Beiträgen, Kommentaren und Informationen, die man in Nürnberg so nicht zu lesen bekommt, politisch Gebrauch machen.

Die *PAZ* ist eine großartige Wochenzeitung! Ich möchte sie nicht mehr missen. Beide Nürnberger Hauptzeitungen stehen leider unter „roter Diktatur“, wie 90 Prozent aller Printmedien in Deutschland. Leider!

Otto Dill, Nürnberg

Erste Buchstaben

Zu: „Zur Sprengfalle mutiert“ (Nr. 17)

Ein gelungener Beitrag, der von Sachkenntnis zeugt. Eigentlich bin ich sehr kritisch, aber um das noch ein wenig zu erweitern: Auch bei SPD und FDP stimmen die ersten Buchstaben nicht mehr ...

Udo Rostalski, Bernburg

Ein wunderbares Wochenende mit Ruth Geede

Zu: Kulturreferentenseminar

Im April fand im Ostheim in Bad Pyrmont ein Kulturseminar statt. Gezeigt wurden alte Filme, die vor 1945 in Ostpreußen gedreht worden sind. Ich möchte mich bei den Initiatoren für dieses wunderbare Wochenende bedanken.

Dr. Husen und unsere Ruth Geede führten geschickt durch das Programm. Gezeigt wurden folgende Filme: „Jungens“ (ein Propagandafilm für den deutschen Jungen) und „Johannisfeuer“ (eine komplizierte Liebesgeschichte). Dann „Stepputat & Co.“ (eine reizende Komödie). Köstlich die alte echte ostpreußische Sprache, wie sie wirklich auf dem Lande gesprochen wurde – und natürlich den Spielfilm „Die Reise nach Tilsit“ nach dem Roman von Hermann Sudermann. Schade, dass man an diese Filme nur noch über das Bundesfilmarchiv herankommt.

Ganz besonders habe ich mich gefreut, dass unsere Ruth Geede mit 94 Jahren noch immer dabei ist und eine Bereicherung für unsere Veranstaltungen ist. Ihr Wissen und ihre Ausstrahlung geben uns wirklich eine heimatliche Atmosphäre. Möge sie uns noch lange erhalten bleiben – denn was wäre das *Ostpreußenblatt* ohne ihr Wissen und ihre Berichte in der Kolumne „Die ostpreußische Familie“?

Roswitha Kulikowski, Hemmingen

Verrecken lassen

Zu: „Opfergang“ (Nr. 18)

Trotz des geäußerten Respekts vor deutschen Soldaten hat hat Eisenhower sie auf den Rheinwiesen verrecken lassen – und die Deutschen schweigen (fast) alle dazu. Und bald sind alle Zeitzeugen verstummt.

Adalbert Ullrich, Stuttgart

Wahre Befreier morden und vergewaltigen nicht

Zu: „Aus den Fugen geraten“ (Nr. 19)

Die deutsche Bundeskanzlerin reist zur großen Siegesfeier nach Moskau. Sie demonstriert Versöhnung mit dem russischen Ministerpräsidenten Putin. Gesten der Versöhnung sollte man immer unterstützen. Zwei schreckliche Kriege hat Europa – hat ein großer Teil der Welt – im 20. Jahrhundert erlebt. Wir sind dankbar, dass wir die zweite Hälfte des letzten Jahrhunderts in Frieden erleben durften und hoffen und wünschen, dass es so bleibt und Konflikte durch Verhandlungen gelöst werden.

Dauerhafte Versöhnung setzt aber als Bedingung die Wahrheit voraus. Da frage ich mich, wie geht eine Kanzlerin mit der Wahrheit um, wenn sie öffentlich erklärt, dass die Menschen in Deutschland durch die Siegermächte „befreit“ worden seien.

Sicher gibt es immer einige Gruppierungen, die einen Sieg über ihr Vaterland in diesem Sinne sehen können. Aber wenn ich an die 16 Millionen Deutschen denke, denen man ihre Heimat genommen hat, und dass weite Teile von jahrhundertealtem, deutschem Kulturland abgetreten werden mussten, kann ich darin keine „Befreiung“ sehen.

„Befreier“ waren und sind für die entsprechende Bevölkerung willkommene Menschen und nicht solche, die Frauen, Kinder und Greisinnen vergewaltigten, die Einheimische aus ihren Häusern, von ihren Bauernhöfen vertrieben haben oder auch diese, falls sie vor Kriegshandlungen geflüchtet waren, ihr Eigentum nicht mehr bewohnen ließen. Zirka zweieinhalb Millionen Menschen sind allein bei Flucht und Vertreibung ums Leben gekommen. Auch das darf man nicht vergessen.

Nicht nur die Menschen im Osten mussten Schreckliches erleben. Auch im übrigen Reich (wie Deutschland damals genannt wurde) herrschte nach dem Ende der Kriegshandlungen infolge von willkürlichen Lebensmittelbeschränkungen in weiten Gebieten eine große Hungersnot. Das war doch wahrlich keine „Befreiung“ für den größten Teil der Bevölkerung!

Ist all dies, was hier nur angedeutet werden kann, der deutschen Bundeskanzlerin nicht bekannt? Hat sie nicht die Verpflichtung, für alle Deutschen zu sprechen, auch wenn sie sich auf die Vergangenheit bezieht? Oder blendet sie diese Tatsachen einfach aus?

Wie kann eine Bundeskanzlerin dem Ausland gegenüber Deutschland vertreten, wenn sie es mit der Wahrheit nicht so genau nimmt? Kann man ihr dann noch Glauben und Vertrauen schenken?

Wahrheit ist die Grundlage der Versöhnung, auch wenn oder gerade weil die Ereignisse so weit zurückliegen, und die damalige Erwachsenengeneration nicht mehr lebt oder ein sehr hohes Alter erreicht hat. Daher sind die damaligen Kinder aufgerufen, die Wahrheit, die geschichtliche Wahrheit, zu vertreten. Es ist traurig, wenn diese Menschen als „ewig Gestrige“ in der Öffentlichkeit und von gewissen Medien diffamiert werden.

Ich erwarte von einer Führungsschicht nicht mehr und nicht weniger als eine objektive Wahrheit. Wie kann ein Volk sonst in schweren Wirtschaftskrisen seiner Elite Glauben schenken und ihr vertrauen?

Inge Keller-Dommasch, Jonen, Schweiz

Vater erschossen

Zu: „Nicht nur ‚Kollateralschaden‘“ (Nr. 19)

Obwohl wir polnische Staatsbürger waren, deutscher Nationalität und uns nichts zu Schulden hatten kommen lassen, bekamen wir am 1. August 1939 einen Ausweisungsbefehl und mussten innerhalb von sieben Tagen die Heimat verlassen. Meine Mutter ging mit uns fünf Kindern nach Danzig und mein Vater nach Bromberg, was nicht in der Grenzzone lag, um von dort das landwirtschaftliche Gut weiter zu betreuen. Dort wurde er am 3. September 1939 aus seiner Pension geholt und, wie unendlich viele andere unschuldige Zivilisten, auf offener Straße erschossen.

Marie-L. von Weitzel, Neukeferloh

Das Ostpreußenblatt

Nr. 21 – 29. Mai 2010

MELDUNGEN

450-Jahr-Feier in Treuburg

Treuburg – Im Juli feiert Treuburg sein 450-jähriges Bestehen und zahlreiche ehemalige Bewohner Treuburgs werden mitfeiern. Sigrid Offermann von der Kreisgemeinschaft hat eine zehntägige Busreise organisiert, die bereits ausgebucht ist. Fünf Autobusse werden mit rund 250 Heimatfreunden vom 20. bis 29. Juli nach Treuburg fahren. Sicher werden darüber hinaus noch etliche Treuburger individuell anreisen, so dass wohl rund 400 Treuburger im Juli in Treuburg sein werden. Als Geschenk an die Stadt wollte die Kreisgemeinschaft eine Gedenkplatte übergeben. Kreisvertreterin Irmgard Klink: „Auf einer 80 mal 80 Zentimeter großen Steinplatte soll an die Stadtgründung vor 450 Jahren erinnert und die drei Namen der Stadt (Marggrabowa, Treuburg, Olecko) genannt werden. Der Oberbürgermeister unserer Patenstadt Leverkusen hat bereits signalisiert, dass die Stadt sich – trotz ‚Ebbe im Stadtsäckel' – an diesem Geschenk beteiligen wolle. Wir Treuburger freuen uns schon auf das Jubiläum im Juli." Die von Seiten der Kreisgemeinschaft vorgeschlagene Gedenkplatte hat allerdings nicht die Zustimmung der polnischen Stadtverwaltung Treuburgs gefunden. Vor 450 Jahren, am 1. Januar 1560, gründete Herzog Albrecht von Preußen die Stadt Marggrabowa am Großen Oletzkoer See. Marggrabowa wurde 1928 in Treuburg umbenannt – wegen des beinahe einstimmigen Votums für Deutschland/Ostpreußen bei der Volksabstimmung von 1920. Seit 1945 heißt Treuburg Olecko. 1956 übernahm die westdeutsche Kreisstadt Opladen die Patenschaft über die ostpreußische Kreisstadt Treuburg. In der Patenstadt ist auch das Heimatarchiv der Kreisgemeinschaft Treuburg untergebracht. Seit 1975 ist Opladen Stadtteil von Leverkusen und Leverkusen übernahm die Patenschaft für Treuburg.

Siegfried Schmidtke



Bild: privat

Entwurf für die Gedenkplatte

Von Privaten finanziert

Zimmerbude – In Zimmerbude ist eine neue Zoll- und Grenzabfertigungsstelle für Erdölprodukte eröffnet worden. Die Kapazität beträgt etwa 1,8 Millionen Tonnen Rohöl jährlich. Finanziert wurde die vom Staat betriebene Einrichtung von Erdölexportunternehmen, die an einem reibungslosen Grenzwechsel interessiert sind.

PAZ

Weitreichende Ansprüche

Orthodoxe Kirche verlangt die »Rückgabe« aller Kirchen und sogar der Ordensschlösser

Im vergangenen Jahr hat die Ankündigung, dass die Russisch-Orthodoxe Kirche Eigentumsansprüche auf alle religiösen Einrichtungen im Königsberger Gebiet erhebt, für einige Aufregung gesorgt, ging es doch vor allem um die ostpreußischen Kirchen. Nun hat die Übergabe geistlicher Einrichtungen an die Orthodoxe Kirche begonnen.



Die Christuskirche in Königsberg: Auch auf sie erhebt die Russisch-Orthodoxe Kirche Anspruch. Bild: Tschernyschew

Die Königsberger Diözese der Russisch-Orthodoxen Kirche hatte gefordert, ihr die Rechte am Königsberger Dom auf dem Kneiphof zu übertragen, an der Königin-Luise-Kirche (heute ein Puppentheater), an der Kirche zur Heiligen Familie (heute als Philharmonie genutzt), außerdem an dem Kulturgebäude der Waggonfabrik und dem Gebäude des Symphonieorchesters an der Stallupöner Straße (Bakinskaja), obwohl die beiden Letztgenannten nie Zentren geistlichen Lebens waren. Vielleicht gelang es der Orchesterleitung deshalb, wenn auch mit Mühe, die Übernahme abzuwehren. Viele Monate war gar nichts mehr über die Angelegenheit zu hören. Doch vor kurzem hat nun die Eigentumsübertragung begonnen.

An der Von-Brandt-Allee 12 (Stanotschnaja) befindet sich die 1936/37 erbaute Christuskirche, die gegen Ende des Krieges schwer beschädigt wurde. Das Gebäude wurde später notdürftig repariert und das Kulturhaus der Waggonfabrik dort untergebracht. 1978 wurden in ihm die erste Diskothek des Gebiets und der Klub „Wagonka" eingerichtet. Der Ort wurde in der Stadt sehr bekannt und ist bis heute populär.

Vor kurzem entschied der Kreisrat, bestehend aus Königsberger Abgeordneten für Haushalt und Finanzen, Steuern und Wirtschaftspolitik, das Gebäude der Königsberger Diözese der Russisch-Orthodoxen Kirche zur kostenlosen Nutzung zu übertragen. Im Kreisrat ist man der Ansicht, dass die rechtlichen Voraussetzungen für diese Entscheidung erfüllt seien, auch wenn das eigentliche Motiv für die Forderung der Orthodoxen Kirche darin besteht, den Einfluss anderer Konfessionen zu minimieren. Dafür erscheint es ihr wichtig, die Kontrolle über alle geistlichen Einrichtungen zu übernehmen, auf die möglicherweise auch andere Gemeinden ein Auge haben könnten.

Die Klubleitung war mit der Übernahme des Gebäudes durch die Kirche einverstanden, weil sie damit rechnet, ihre Arbeit ungestört fortsetzen zu können, wobei die Kirche sogar zum Erhalt des Gebäudes beitragen würde. Vertreter der Kirchendiözese versicherten, dass der Klub „Wagonka" vorerst mietfrei bleiben dürfe, dies jedoch nur, solange keine größeren Reparaturen anfallen. Ab diesem Moment würde in dem Gebäude ein orthodoxes Gotteshaus eingerichtet.

Die Übergabe hat schon begonnen

Zurzeit werden in vielen Regionen Russlands zahlreiche Immobilien, die vor der Machtergreifung der Bolschewiki der Kirche gehörten, zurückgegeben. In den meisten Fällen ist dies auch korrekt und historisch folgerichtig. Doch das Königsberger Gebiet hat eine völlig andere Geschichte. Bis zum Zweiten Weltkrieg und auch in der Zeit danach besaß die Russisch-Orthodoxe Kirche auf dem Territorium der Königsberger Exklave praktisch überhaupt kein Eigentum, sodass auch von einem rechtmäßigen Anspruch hier keine Rede sein kann. Außerdem erhebt die Orthodoxe Kirche auch noch Anspruch auf die erhaltenen Reste der Ordensschlösser. Sie begründet das damit, dass jedes dieser Gebäude auch eine Kirche oder Kapelle hatte, weil dies im Mittelalter so üblich gewesen sei.

Jurij Tschernyschew

Neue Autobrücke über den Pregel

Die Betonierungsarbeiten für die Pfeiler laufen – Bis 2011 sollen die Bauarbeiten beendet sein

Am 19. April haben die Gießarbeiten für die Betonpfeiler einer neuen Brücke für den Straßenverkehr über den alten und neuen Pregel begonnen. Wie der russische Verkehrsminister Igor Lewitin erklärte, erhält Königsberg aus dem Staatshaushalt 2010 einen Kredit in Höhe von zwei Milliarden Rubel (rund 53 Millionen Euro) für den Bau der zweiten modernen Pregelbrücke. Bis 2011 sollen die Bauarbeiten beendet sein.

Die Geschichte dieser Hochbrücke begann schon vor 25 Jahren, doch wegen fehlender Mittel wurden 1993 alle Arbeiten vorläufig eingestellt. Es wird erwartet, dass die Brücke, die dem Verlauf der einstigen Wiesenwallstraße folgt, bei Fertigstellung zwei neue Anschlussstellen erhält mit zwei zusätzlichen Ausfahrten auf die Bürgerwiesen. Dies ist kein Zufall, denn das Komitee zur Vorbereitung der Fußballweltmeisterschaft „Russland 2018/2020" plant den Bau eines Fußballstadions im Ortsteil Sackheim. Bei den ersten Entwürfen für die Brückenauf- und -abfahrten war der Bau eines Stadions noch nicht vorgesehen. Die Brücke soll 1,9 Kilometer lang werden und sechsspurig angelegt sein. Die Höchstgeschwindigkeit wird voraussichtlich 100 Stundenkilometer betragen.

Die Hauptaufgabe der zweiten Pregelüberführung ist natürlich die Entlastung der innerstädtischen Straßen Königsbergs. Die erste und bisher einzige Brücke für den Durchgangsverkehr ist ein Teil der Kneiphöfschen Langgasse (Leningrader Prospekt), der die beiden Pregelarme und den Kneiphof überquert. Diese gut ein Kilometer lange Überführung wurde 1972 anstelle von zwei der sieben bekannten Königsberger Brücken, der Krämerbrücke und der Grünen Brücke, gebaut. Zurzeit ist es sehr beschwerlich, vom südlichen in den nördlichen Teil der Stadt zu gelangen, da alle Wege stark überlastet sind. Die zweite große Pregelüberquerung soll dieses Problem lösen. *J. T.*



Bild: Tschernyschew

Betonpfeiler im Pregel: Der Beginn eines Zwei-Milliarden-Rubel-Projekts

Historische Rede

Minister Blaga bei Siebenbürgern

Die aufgrund einer „unmenschlichen Diktatur“ geschehene Aussiedlung der Siebenbürger Sachsen sei ein empfindlicher Verlust für Rumänien. Diese Feststellung traf der rumänische Innenminister Vasile Blaga in seiner Rede auf dem 60. Heimattag der Siebenbürger Sachsen im mittelfränkischen Dinkesbühl. Der selber aus Siebenbürgen stammende rumänische Politiker lobte die Siebenbürger Sachsen als „die besten Brückenbauer zwischen Rumänien und Deutschland“ und bekräftigte das Bemühen seines Landes, das während der kommunistischen Zeit von Rumänien an ihnen begangene Unrecht korrigieren zu wollen. Der Minister verwies auf gesetzgeberische Schritte zur Rückerstattung enteigneten Eigentums hin. Diesbezüglich bestehe ein kontinuierlicher Dialog mit der Leitung des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland. Heute bestünden gute Voraussetzungen, damit die ausgesiedelten Siebenbürger Sachsen „erneut kulturelle, soziale, wirtschaftliche oder politische Beziehungen in Rumänien knüpfen können“.

Rumänien gibt Eigentum zurück

Über 18000 Heimattagsbesucher haben am 60. Pfingsttreffen der Siebenbürger Sachsen vom 21. bis 24. Mai in Dinkelsbühl teilgenommen. Das viertägige Treffen stand unter dem Motto „Gemeinsam unterwegs“ und im Zeichen des Jubiläums 25 Jahre Partnerschaft zwischen Dinkelsbühl und dem Verband der Siebenbürger Sachsen in Deutschland. An dem traditionsreichen Festumzug durch die Altstadt wirkten am Pfingstsonntag über 2000 Trachtenträger mit. *M.R.*

Gerufene, nicht Eroberer

Karpatendeutsche bildeten einst die Führungsschicht der slowakischen Städte

Zu den kleineren unter den deutschen Landsmannschaften zählt die karpatendeutsche. 5405 Deutsche bilden 2001 gerade einmal noch 0,1 Prozent der Gesamtbevölkerung der Slowakischen Republik. Wie in so vielen Vertreibungsgebieten war die deutsche Volksgruppe einst viel stärker. So bildeten 1880 rund 225000 Deutsche über neun Prozent der Bevölkerung des heutigen Staatsgebietes.

Die Karpatendeutschen kamen nicht als Invasoren in die Slowakei, sondern wurden ob ihrer Fähigkeiten von den dortigen Herrschern gerufen. Seit dem ersten König Ungarns, dem Heiligen Stephan (1000–1038), wurden Deutsche als Fachleute in das Land gerufen. Bergleute, Handwerker und Kaufleute gehörten dazu, aber auch Ritter und Geistliche. Ein erhöhter Bedarf ergab sich nach dem Mongoleneinfall von 1241. Ihren Höhepunkt erreichte die Besiedlung dann im 14. Jahrhundert. Die Zahl der Deutschen in der mittelalterlichen Slowakei wird auf etwa 250000 geschätzt. Bei einer angenommenen Gesamtbevölkerung von um die eine Million wäre das ein Viertel. Dabei war die gesellschaftliche Bedeutung noch größer, bestand doch bis zum Ende des Mittelalters die Führungsschicht aller slowakischen Städte ganz überwiegend aus Deutschen.

An der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit war der Höhepunkt jedoch bereits überschritten. In der Zeit der Hussiten- und Türkenkriege und später durch die Magyarisierung wurde die Zahl der Deutschen stark vermindert. Vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis 1945 lebten auf dem Gebiet der Slowakei „nur“ noch etwa 150000 Deutsche. Die meisten von ihnen wohnten in den drei Siedlungsgebieten Großraum Preßburg, Hauerland und Zips.

Die Diskriminierung begann bereits zur k.u.k. Zeit

Bereits im Habsburgerreich waren die Karpatendeutschen Diskriminierungen ausgesetzt, und zwar durch die Ungarn, deren Stellung in der Donaumonarchie durch den „Ausgleich“ von 1867 auf Kosten der Österreicher gestärkt wurde. So wurde an allen deutschen Schulen die deutsche Unterrichtssprache abgeschafft.

Der Ausgang des Ersten Weltkrieges hatte zur Folge, dass die Karpatendeutschen es nun statt mit den Ungarn mit den Slowaken als dominierendem Staatsvolk zu tun hatten. Das war für die Karpatendeutschen nicht unbedingt ein schlechter Tausch. So wurde den nationalen Minderheiten das Recht auf eigene Schulen, Vereine und Presse gewährt. Noch besser wurde das Los der Karpatendeutschen, als sich die Slowakei 1939 von der Tschechei löste und ein Verbündeter des Deutschen Reiches wurde.

Wie die anderen Deutschen in Ostmitteleuropa wurden auch die Karpatendeutschen nach der Eroberung durch die Rote Armee mehrheitlich aus ihrer angestammten Heimat vertrieben. In Deutschland gründeten sie dann den Hilfsbund karpatendeutscher Katholiken und das Hilfskomitee für die evangelisch-lutherischen Slowakeideutschen. Diese initiierten dann 1949 die Gründung der Karpatendeutschen Landsmannschaft mit Sitz in Stuttgart. Ihr steht mittlerweile in der Heimat ein Karpatendeutscher Verein mit 4800 Heimatverbliebenen gegenüber. *Manuel Ruoff*

**Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde**

„ab und an, wenn ich in die Stadt komme, kaufe ich mir die *Preußische Allgemeine Zeitung* und lese besonders gern das *Ostpreußenblatt*“, schreibt Frau **Johanna Kühner** aus Heuchelheim. So begrüße ich herzlich unsere neue Leserin und hoffe, dass sie uns auch weiter treu bleibt. Wir bieten ihr ja mit unserer Ostpreußischen Familie jede Woche ein Stück Heimat, denn Frau Kühner stammt aus Ostpreußen. Sie wurde 1935 in Hohenstein geboren und hat dort mit ihrer Familie bis zur Flucht gewohnt. Mit dem Abschied von der Heimat verbindet sie eine Frage, deren Beantwortung für sie sehr wichtig ist, denn sie benötigt sie für ihre Lebensgeschichte. Am 19. Januar 1945 musste Johanna Kühner mit Mutter und Geschwistern ihren Wohnort verlassen. Es war der erste Flüchtlingstransport aus Hohenstein, und er kam anscheinend auch ohne gravierende Zwischenfälle bis Berlin durch. Zwar hat Frau Kühner noch Erinnerungen an die Flucht, denn sie war ja fast zehn Jahre alt, aber sie weiß nicht, wie lange sie unterwegs waren. Sie hofft nun, in unserer Familie Zeitzeugen zu finden, die ebenfalls mit diesem ersten Transport aus Hohenstein flüchteten und etwas älter als sie sind, so dass sie sich an die Dauer der Fahrt erinnern können. Ich glaube, dass Frau Kühner auf klärende Antworten hoffen kann, da mit den ersten Transporten vor allem Mütter mit Kindern in Sicherheit gebracht werden sollten, es also noch Zeitzeugen geben dürfte. (Johanna Kühner, Breite Straße 13 in 67259 Heuchelheim, Telefon 06238/690.)

Aus Königsberg stammt auch Frau **Rosmarie Zantow** aus Fassberg – dort wurde sie 1942 geboren und hat mit ihrer Familie bis zur Flucht auf dem Tragheim 24 gewohnt –, und obgleich sie als Dreijährige ihre Geburtsstadt verlassen musste, beschäftigt sie sich sehr mit ihrer Heimat und damit auch mit der Fliegerei in Ostpreußen. Da Frau Zantow auch Segelfliegerin ist, interessiert sie besonders das Segelfliegerparadies Rossitten und das nun auch aus dokumentarischen Gründen. Die Fluglehrerin arbeitet für die Gesellschaft zur Bewahrung von Stätten deutscher Luftfahrtgeschichte (GBSL) e. V. die Geschichte von „Anfang und Ende des Segelfluges auf der Kurischen Nehrung“ auf und benötigt dafür sichere Informationen. Es geht vor allem um die Frage: Wann waren auf der Vogelwiese in Rossitten die ersten Hüpfer mit Gleitern? Frau Zantow meint, dass es diese wahrscheinlich erstmals zwischen 1908 und 1914 gegeben hat und dass dort in jenen Jahren sogar mit ersten motorgetriebenen Flugzeugen geflogen wurde. Sie schreibt: „Aus alten Briefen geht hervor, dass sogar eine asphaltierte Landebahn von 800 Metern Länge und 15 Metern Breite vorhanden war. Vor dem Ersten Weltkrieg soll es dort ein militärisches Barackenlager der Reichsluftwaffe gegeben haben. Leider gibt es keine sicheren Informationen darüber, sondern nur Berichte von Zeitzeugen, die jedoch keine genauen Angaben beinhalten und die auch nicht mehr befragt werden können, weil sie nicht mehr leben. Sicher ist, dass der Segelflug dort 1922 begonnen hat und im Januar 1945 beim Vormarsch der Roten Armee sein Ende fand.“


Ute Eichler Bild: privat

Die führende Persönlichkeit in der Entwicklung und dem Aufbau des Segelflugs in Rossitten war **Ferdinand Schulz**. Der „fliegende Lehrer aus Ostpreußen“ – er stammte auch aus einer Lehrerfamilie, wurde 1892 als ältestes von zwölf Kindern eines Volksschullehrers in Waldensee, Kreis Rößel geboren – erzielte seinen ersten großen Weltrekord im Dauerflug am 11. Mai 1924 auf der Kurischen Nehrung. Acht Stunden und 42 Minuten blieb Schulz mit seiner berühmten „Besenstielkiste“ in der Luft, die ihren Namen zu Recht trug, denn es handelte sich um einen verspannten Hochdecker, bei dem die Steuerknüppel tatsächlich Besenstiele waren. Von da an reihte sich Erfolg an Erfolg. 1926 wurde Schulz für den Dienst als Segelfluglehrer in Rossitten beurlaubt. Als der Motorflug für Deutschland wieder freigegeben wurde, war Schulz als einer der ersten dabei. 1928 als Volksschullehrer nach Marienburg versetzt, wurde er „Chefpilot“ des dortigen Westpreußischen Vereins für Luftfahrt e. V. Und „Marienburg“ hieß auch der Hochdecker, mit dem der erst 36-Jährige nur ein Jahr später in Stuhm tödlich verunglückte. Hier schließt eine zweite Frage von Frau Zantow an. Parallel zu dem erwähnten Westpreußischen Verein gab es den „Ostpreußischen Verein für Luftfahrt zu Königsberg e. V.“ Über diesen besitzt Frau Zantow keinerlei Unterlagen und nun hofft sie, über dessen Gründung aus unserem Leserkreis Informationen zu erhalten. Wir freuen uns natürlich, dass wir zu dieser kulturhistorischen Arbeit beitragen können, in der die Bedeutung Ostpreußens auf diesem Gebiet der Fliegerei dokumentiert wird. (Rosmarie Zantow, Pappelallee 48 in 29328 Faßberg.)

Auch im nächsten Fall könnten unsere kulturell interessierten Leserinnen und Leser weiterhelfen, obgleich er sehr speziell ist. Die Anfrage kommt von Herrn **Hagen Rittel** aus Spremberg. Seit Jahren recherchiert er über den möglichen Hintergrund der Bücher „Hundenächte“ und „Das Brandmal“ von **Karl Plönges**, allerdings mit mäßigem Erfolg, wie er zugeben muss. Herr Rittel steht bereits in Kontakt mit einigen Städten und Verlagen, zu denen Karl Plönges in irgendeiner Weise Bezug hatte. Es geht ihm aber in der Frage, die er an uns richtet, um die Beziehung zu Ostpreußen in diesen Werken. Wer die Bücher gelesen hat und glaubt, Herrn Rittel auf diesem literarischen Gebiet weiterhelfen zu können, wende sich bitte an den Fragesteller. (Hagen Rittel, Eichenallee 37 in 03130 Spremberg OT Haidemühl, Telefon 03563/348147, Fax 03563/348148.)

Noch immer habe ich ein Foto von Frau Ute Eichler aus Hamburg in meiner Bildermappe, das ich längst bringen wollte, aber dann hatten andere Aufnahmen den Vorzug, weil sie zu dem jeweiligen Textbeitrag passten – nun kann ich mein Vorhaben endlich verwirklichen, denn sie hat sich erneut mit verschiedenen Fragen an mich gewandt. Zuerst einmal zu dem Foto, das Frau Eichler in ihrem Ostpreußenkleid zeigt. Vor einem Jahr erfüllte sich für sie damit ein Traum, wie sie damals schrieb. Sie, die „Ostpreußin aus Liebe“, wie die Hamburgerin sich selbst bezeichnet, baute Archiv und Heimatsammlung der Kreisgemeinschaft Lötzen in der Patenstadt Neumünster mit auf und erweitert die Dokumentation ständig. Als Ute Eichler im vergangenen Frühling an einem Lötzener Schülertreffen teilnahm, lernte sie Frau **Edith Huwe** kennen. Sie erzählte der Vogtländerin, die mit einem Ostpreußen verheiratet ist, von ihrem Wunschtraum, einmal die Besucher der Heimatsammlung in einem ostpreußischen Trachtenkleid begrüßen zu können. Was Frau Eichler nicht wusste: Frau Huwe ist Schneidermeisterin und hat lange Jahre die Trachtennäherei, vor allem das Zuschneiden, in den Werkwochen geleitet. Sie sah die überraschte Frau Eichler an und sagte kurz: „Das wird was!“ Und es wurde was, nämlich das schöne, meisterlich gearbeitete grüne Ostpreußenkleid mit den Bernsteinknöpfen, das Ute Eichler nun voller Stolz trägt. Sie schrieb dazu überglücklich: „Erzählen wir unsere Wunschträume: Manchmal geschehen dann Wunder, und sie werden wahr.“

Um Wunschträume geht es in dem aktuellen Schreiben von Frau Eichler nicht, auch nicht um Wunder, aber wenn die – nicht einfachen – Fragen erfüllt würden, wäre das für die Lötzener Heimatsammlung schon sehr wichtig. Frau Eichler schreibt: „In unseren Archivalien befinden sich zwei von Pfarrer **Gerhard Modersitzki** aus Groß Stürlack, Kreis Lötzen verfasste Rundbriefe. Sie sind durch die große Zahl der darin genannten Namen und Schicksale heute von besonderer Bedeutung. Der Rundbrief Nr. 2 wurde im Juli 1946 von Hamburg aus verschickt. Rundbrief Nr. 3 folgte im Dezember 1946. Die Frage an die Ostpreußische Familie lautet: Ist noch jemand im Besitz des Rundbriefes Nr. 1 und kann eine Kopie zur Verfügung stellen? Gab es einen Rundbrief Nr. 4, eventuell sogar weitere dieser wichtigen Schreiben? – Licht in das Dunkel der Vergangenheit zu bringen, ist auch mein Anliegen, das ich mit einer weiteren Frage vorlege. Es geht um **Franz Ewald Wilhelm Tiesler**, *22. März 1874. Landesfinanzpräsident zu Königsberg in Preußen. Zu seinem Lebensweg finden sich detaillierte Angaben im Deutschen Geschlechterbuch, Band 68. Aber: wann ist Franz Tiesler gestorben? Er führte eine kinderlose Ehe mit **Elsa van Hoorn** aus Leer. Die Ehefrau verstarb vermutlich 1934 in Königsberg, ihr Mann hat 1927 noch gelebt. Über diesen Zeitpunkt hinaus reichende Informationen sind nicht bekannt. Wer weiß etwas?“ Das sind die neuen Fragen von Frau Eichler, zu denen auch noch eine dritte gehört. Aber hier versuche ich selber zu recherchieren, da das darin angeschnittene Thema für unsere gesamte Familienarbeit von Bedeutung ist (Ute Eichler, Bilenbarg 69 in 22397 Hamburg, Telefon 040/6083003, Fax 040/60890478, E-Mail: Avus.Eichler@freenet.de)

Auf dem kürzlich stattgefundenen Bärwalde/Samland-Treffen berichtete ein Teilnehmer über seine bisher erfolglose Suche nach seinen drei Schwestern, von denen er seit der Kindheit nie wieder etwas gehört hat. Die Angelegenheit konnte natürlich nicht geklärt werden, es gab anscheinend auch keine Hinweise, die weiterhelfen konnten. Bis auf einen: unsere Ostpreußische Familie! Das war wohl der Vorschlag von Herrn **Dietmar Wrage**, dem langjährigen Freund und Mitdenker unserer Familie. Er übersandte uns die Bitte von Herrn **Heinz Kowski** aus Oberhausen, und wir wollen sie gerne an unseren Leserkreis weiterleiten in der Hoffnung, dass sich vielleicht doch einige brauchbare Hinweise ergeben. Heinz Kowski stammt aus schwierigen Familienverhältnissen, die Ehe seiner Eltern **Otto** und **Charlotte** Kowski scheiterte trotz mehrfacher Bemühungen immer wieder, so dass die Kinder in Heime oder zu Pflegeeltern gegeben wurden. Der Wohnsitz der Familie Kowski war in Königsberg, Schweizer Grund 12. Väterlicherseits stammte die Familie aus Palmnicken. Der Vater Otto Kowski, am 12. Februar 1902 dort geboren, hatte zwei Brüder und eine Schwester. Diese, eine verheiratete **Pfeifer**, wohnte Nasser Garten 12 in Königsberg. Mutter Charlotte, geborene **Buttgereit**, hatte sechs Brüder und drei Schwestern. Namentlich bekannt sind zwei von ihnen: **Martha Lau** und **Gertrud Hüge**. Die Familie Hüge betrieb auf dem Alten Garten in Königsberg einen Kohlenhandel. Sohn **Harry**, *1926, arbeitete dort auch.

Die ostpreußische Familie


Ruth Geede Foto: Pawlik

Die Kinder des Ehepaares Kowski dürften kaum Beziehung zu diesen Verwandten gehabt haben, da sie nicht in Königsberg blieben. Heinz Kowski, als ältestes Kind am 3. Februar 1926 in Königsberg geboren, kam als Pflegesohn zum Landwirt **Kreutzberger** nach Bärwalde. Seine Schwester **Ellen**, *10. August 1927 in Königsberg, lebte seit 1942 in einem Kinderheim in Johannisburg, war also schon älter, als sie in das Heim kam. Die jüngeren Schwestern **Eva**, *24. Juni 1930, und **Helga**, *7. Dezember 1931, kamen zu Pflegeltern in Glommen, Kreis Preußisch Eylau, Helga zur Familie **Ferber**. Eigenartig ist, dass die vier Kinder am 24. Dezember 1932 gemeinsam in der Königsberger Lutherkirche getauft wurden. Heinz Kowski hat nie etwas von seinen Geschwistern und Verwandten gehört. Er selber hat nicht geheiratet, wohnt bei der Familie **Duesing** in Oberhausen. Die Ungewissheit über das Schicksal seiner Angehörigen hat den heute 84-Jährigen wohl ein Leben lang nicht zur Ruhe kommen lassen. Vielleicht gibt es jetzt etwas Aufklärung über das Leben und Schicksal seiner Schwestern und das der hier genannten Verwandten. Es ist ja auch möglich, dass ehemalige Königsberger, die im Schweizer Grund gewohnt haben, sich an die Familie Kowski/Buttgereit erinnern, zumal die Großeltern von Heinz Kowski dort auch in Nr. 8 wohnten. Dieser in sich geschlossene, weitläufige Platz auf dem Oberhaberberg war von Schweizern besiedelt worden, die ihre Häuser in der heimischen Bauweise errichtet hatten. Sie boten einen für Königsberg ungewöhnlichen Anblick. Dies als kleiner Weiser für den Weg in die Vergangenheit, der helfen könnte, sich an die ehemaligen Bewohner zu erinnern. Wir hoffen mit Herrn Kowski und Herrn Wrage, dass sich irgendwelche Hinweise ergeben. (Heinz Kowski, Oskarstraße 38 in 46149 Oberhausen, Telefon 0208/643435.)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Wir gratulieren ...

ZUM 99. GEBURTSTAG

Burkatzki, Martha, geb. **Skischalli**, aus Neidenburg, jetzt Beethovenstraße 47, 42655 Solingen, am 5. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Ahrens, Dora, geb. **Kudszus**, aus Sensburg, jetzt Hermannstraße 14, 45479 Mülheim an der Ruhr, am 6. Juni

Kaukel, Martha, geb. **Jedamzik**, aus Lyck, General-Busse-Straße 1, jetzt Friedrich-Löffler-Straße 34, 17489 Greifswald, am 6. Juni

Prostka, Adolf, aus Borschimmen, Kreis Lyck, jetzt Ochsenkoppel 3, 24796 Bovenau, am 4. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Fortak, Ottilie, geb. **Latza**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, jetzt Hoferstraße 42, 08606 Oelsnitz, am 1. Juni

Seidel, Heinz, aus Lyck, jetzt Clemens-Cassel-Straße 2, 29223 Celle, am 6. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Birkner, Edith, geb. **Lorenz**, aus Mengensguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Van Delden Straße 12, 48683 Ahaus, am 2. Juni

Mischorr, Heinz, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Elsterweg 6, 75382 Althengstett, am 1. Juni

Mrotzek, Gertrud, geb. **Przytulla**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Wiesestraße 35, 32052 Herford, am 6. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Nowitzki, Helmut, aus Dippelsee, Kreis Lyck, jetzt Möllner Landstraße 119c, 22117 Hamburg, am 3. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Dadzio, Helene, geb. **Ostrowski**, aus Bartendorf, Kreis Lyck, jetzt Langenstraße 6, 27383 Scheeßel, Ortsteil Wittkopsbostel, am 31. Mai

Fehlhaber, Frieda, geb. **Soboll**, aus Eichensee, Kreis Lyck, jetzt Kramerstraße 2, 31547 Rehburg-Loccum, am 2. Juni

Johann, Hildegard, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Mittelfeld 25, 21339 Lüneburg, am 6. Juni

Karasch, Fritz, aus Babeck, Kreis Treuburg, und Rumeyken, Kreis Lyck, jetzt Kirchweg 8, 39638 Weteritz, am 1. Juni

Mootz, Else, geb. **Salamon**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt In der Römerstadt 181 E/2, 60439 Frankfurt, am 4. Juni

Rimsa, Irene, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Tulpenweg 2, 56587 Straßenhaus, am 4. Juni

Rosenfeld, Johannes, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, jetzt Dorfstraße 11, 16835 Rüthnick, am 6. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Baginski, Gisela, geb. **Jedamski**, aus Neidenburg, jetzt Segebergstraße 27, 23617 Stockelsdorf, am 2. Juni

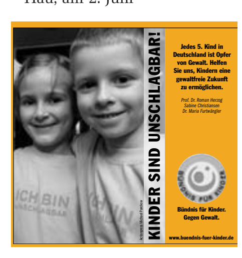
Dolenga, Kurt, aus Bobern, Kreis Lyck, jetzt Glockenbergstraße 151, 38350 Helmstedt, am 5. Juni

Fechner, Helga, aus Ortelsburg, jetzt Oldauer Heuweg 17, 29313 Hambühren, am 1. Juni

Heidrich, Elfriede, geb. **Dudda**, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, jetzt Happurger Straße 2b, 91224 Pommersbrunn, am 6. Juni

Heinrich, Helene, geb. **Christochowitz**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Samadona 42, E 07183 Costa de la Calma/Mallorca, Spanien, am 6. Juni

Karow, Käthe, geb. **Kowalewski**, aus Kutzen, Kreis Lyck, jetzt Ginsterweg 1, 47551 Bedburg-Hau, am 2. Juni



Koyro, Marie, aus Gorlau, Kreis Lyck, jetzt Christian-Schauerte-Straße 53, 41462 Neuss, am 4. Juni

Kuhn, Hedwig, geb. **Kuhn**, aus Hasselberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Wohnpark am Jordanbad 9, Appartment 37, 88400 Biberach / Riß, am 3. Juni

Naguschewski, Fritz, aus Ortelsburg, jetzt Sauerlandstraße 18, 45889 Gelsenkirchen, am 1. Juni

Schirmacher, Magdalene, geb. **Lehwald**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, jetzt Fritjofstraße 2, 28755 Bremen, am 2. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bieberneit, Bruno, aus Königsruh, Kreis Treuburg, jetzt Emkental 16, 33189 Schlangen 1, am 3. Juni

Borries, Kurt, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, jetzt Mindener Straße 183, 49084 Osnabrück, am 4. Juni

Breitenbach, Erna, geb. **Skorzenski**, aus Lissau, Kreis Lyck, jetzt Winfriedstraße 6, Appartment C 271, 14169 Berlin, am 31. Mai

Giebisch, Erika, geb. **Kullick**, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, jetzt Sudetenring 16, 89423 Gundelfingen, am 1. Juni

Griesbach, Gundrun Inge, geb. **Dommisch**, aus Arys, Kreis Johannisburg, Lyckerstraße 19, jetzt Sonnenweg 34, 32361 Preußisch Oldendorf, am 5. Juni

Klosinska, Hildegard, geb. **Entz**, aus Saalfeld, Kreis Mohrungen, jetzt Kwiatowna 24, Pl 14-320 Zalewo, am 3. Juni

Krause, Amalie, geb. **Gawrisch**, aus Saberau, Kreis Neidenburg, jetzt Pöhler Straße 9, 08543 Jocketa, am 4. Juni

Kyek, Bruno, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, jetzt Messingstraße 29, 58239 Schwerte, am 2. Juni

Linden, Gertrud **van den**, geb. **Schmidt**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, jetzt Liesegangstraße 46, 47533 Kleve, am 31. Mai

Przygodda, Fritz, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Weidenbruchweg 43-45, 47809 Krefeld, am 2. Juni

Reimus, Ursula, aus Neidenburg, jetzt Allee der Kosmonauten 151g, 12685 Berlin, am 31. Mai

Sawitzki, Lydia, aus Neidenburg, jetzt Mozartstraße 25, 79539 Lörrach, am 4. Juni

Schmidt, Hedwig, geb. **Worf**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, jetzt Johannisstraße 23, 25548 Kellinghusen, am 1. Juni

Sengutta, Ingeborg, geb. **Neumann**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Stallbergweg 48, 46569 Hünxe, am 4. Juni

Sigsfeld, Gisela, geb. **Schwanke**, aus Groß Schläfken, Kreis Neidenburg, jetzt Wilhelmshöhe 27/141, 23701 Eutin, am 5. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Albrecht, Waltraud, geb. **Grönert**, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, jetzt An der Steinkuhle 11, 32278 Kirchlengern, am 31. Mai

Barmbold, Erna, geb. **Penk**, aus Glittehnen, bei Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Rüstingen 18, 49406 Drentwede, am 28. Mai

Baranowski, Karl, aus Altenkirch, Kreis Ortelsburg, jetzt Nordring 22, 45894 Gelsenkirchen, am 6. Juni

Dziuk, Eva, geb. **Makuth**, aus Rauschen, Kreis Samland, jetzt An den kurzen Enden 40, 39288 Burg, am 31. Mai

Fierke, Irmgard, geb. **Zeranski**, aus Hardichhausen, Kreis Neidenburg, jetzt Helenenstraße 12, 53225 Bonn-Beuel, am 4. Juni

Friedrich, Heinz, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, jetzt Clara-Zetkin-Ring 9, 01591 Riesa, am 31. Mai

Fritz, Hildegard, geb. **Kuhfeld**, aus Pobethen, Kreis Samland, jetzt Birnbaumstraße 10, 78465 Dettingen, am 31. Mai

Godau, Walter, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Am Lichtenberg 2, 88682 Salem/Baden, am 1. Juni

Hansen, Jens, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Hellmannring 62C, 13627 Berlin, am 6. Juni

Hoffmann, Gerda, geb. **Bolowski**, aus Metgethen-Königsberg, jetzt Vogt-Körner-Straße 2, 22880 Wedel, am 2. Juni

Koslowski, Willi, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, jetzt Gartenweg 32, 18236 Kröpelin, am 3. Juni

Krause, Egbert Pfarrer, aus Ortelsburg, jetzt Tönninger Straße 52, 22607 Hamburg, am 21. Mai

Mettmann, Irene, geb. **Schreiber**, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, jetzt Bismer 3, Terpstich 62, 25980 Sylt-Ost, am 4. Juni

Nielsen, Irmgard, geb. **Kerlies**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, jetzt Bilschauweg 7, 24988 Oeversee, am 2. Juni

Witulski, Johanna, geb. **Totzek**, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Marienburgweg 21, 82538 Geretsried, am 3. Juni

Zielinski, Elfriede, geb. **Symanski**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Speicherstraße 23, 76307 Karlsbad, am 1. Juni



Nelz, Erich, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, und Frau Marianne, geb. **Frenzel**, aus Schlesien, jetzt Alter Berg 17, 02627 Weißenberg / Gröditz, am 26. Mai



Lang, Manfred, aus Schirwindt / Pillkallen, und Frau Edeltraud, geb. **Biallas**, aus Essen, jetzt Gehrberg 39, 45138 Essen, am 27. Mai

Sommerfreizeit für Senioren

Bad Pyrmont – Vom 1. bis 15. Juli 2010 bietet das Ostheim wieder die Sommerfreizeit für Senioren an. Freizeiten im Ostheim, das sind abwechslungsreiche und erholsame Urlaubstage in Bad Pyrmont. Die Angebote reichen vom morgendlichen Singen, der Seniorengymnastik, Dia- und Videoabenden, Lesungen aus Werken ostpreußischer Dichter und Schriftsteller, Spaziergängen, Museumsbesuchen und einem Halbtagesausflug bis zur heimatlichen Speisekarte am Mittag und Abend. Der unlängst als „Schönster Kurpark Deutschlands" ausgezeichnete Kurpark lädt zu Kurkonzerten, einem Bummel durch den größten Palmengarten nördlich der Alpen oder zum Ausprobieren des Wassertretbeckens und des Barfuß-Pfades ein. In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in verschiedenen Saunen schwitzen oder das Wasser in verschiedenen Formen auf den Körper wirken lassen, auch ambulantes Kuren ist möglich. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés und Kulturangeboten zum Bummeln und Genießen ein. Die Stadt Bad Pyrmont und das Staatsbad bieten in dieser Zeit folgende Kulturangebote an: 11. Juli Shantychor im Kurpark und am 14. Juli „Zimmer frei", eine Lesung mit dem Schauspieler Jörg Schade im Kurtheater. Als kulturelles Schmankerl können Sie vom 2. bis 4. Juli 2010 den Historischen Fürstentreff, eine Reminiszenz an das geschichtlich belegte „Wundergeläuf", hautnah miterleben. So flanieren zum Beispiel Königin Luise, Königin Emma, Zar Peter und der „Alte Fritz" über die Hauptallee. Höhepunkt ist der große historische Umzug am Sonntag, dem 4. Juli 2010. Am letzten Abend feiert man gemeinsam Abschied, bei dem jeder nach seinen Möglichkeiten besinnliche und lustige Beiträge beisteuern kann. Sie sind in einer Gemeinschaft mit ostpreußischen und ostdeutschen Landsleuten, in einer großen Familie. Diese 14-tägige Freizeit kostet im Einzelzimmer 658 Euro und im Doppelzimmer pro Person 567 Euro. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension, die Gästebetreuung und eine Halbtagesfahrt. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben.

Anfragen und Anmeldungen (Anmeldeschluss ist der 21. Juni 2010), diese bitte nur schriftlich, richten Sie an: Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 93610, Fax (05281) 936111, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

Ortsänderung

Hamburg – Das Deutsche Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen am 26. Juni findet in diesem Jahr in Hohenstein und nicht wie irrtümlich gemeldet, in Allenstein statt. Nähere Informationen bei Christiane Rinser, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Fax (040) 41400826 E-Mail: rinser@ostpreussen.de

Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – Noch bis 13. Juni 2010 läuft die Wechselausstellung: „Intime Einblicke – Hugo Friedrich Hartmann (1870–1960)". Diese Doppelausstellung, unter der Schirmherrschaft von Minister Lutz Stratmann, präsentieren das Ostpreußische Landesmuseum, die Hansestadt Lüneburg und der Flecken Bardowick diese Doppelausstellung als große Werkschau anlässlich des 50. Todestages des Impressionisten Hugo Friedrich Hartmanns und einer rund 100 Jahre zurückliegenden Entstehungszeit seiner Ansichten von Bardowick und Lüneburg. Seine Schilderungen von Land und Leuten und einem Lüneburg von vor 100 Jahren werden auch verglichen mit zeitgleichen Werken ostpreußischer Maler. Die Ausstellungs-Orte sind: 1. Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Öffnungszeiten: Di bis So, 10-18 Uhr, Eintritt 4,00 / 3,00 Euro; 2. Samtgemeinde Bardowick, Verwaltung, Schulstraße 12, 21357 Bardowick, Öffnungszeiten: Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag 8 bis 12 Uhr / Donnerstag 15 bis 18.30 Uhr / Sonntag 11 bis 16 Uhr, Eintritt frei.

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2010

26. Juni: Deutsches Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen in Hohenstein

24.–26. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

11.–17. Oktober: 56. Werkwoche in Bad Pyrmont

29.–31. Oktober: Seminar über Agnes Miegel in Bad Pyrmont

6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

8.–12. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Tel. (040) 4140080. Auf einzelne Veranstaltungen wird hingewiesen. Änderungen vorbehalten.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Freitag, 28. Mai, 20.15 Uhr, 3sat: Die letzte Fahrt der Columbus – Die Odyssee (2/2).

Sonnabend, 29. Mai, 20.15 Uhr, Vox: D-Day – Tag der Entscheidung. Das Protokoll einer Invasion.

Sonnabend, 29. Mai, 20.15 Uhr, Phoenix: Das Gold der SS-Republik.

Sonntag, 30. Mai, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Montag, 31. Mai, 20.15 Uhr, ZDF: Mord unter Zeugen.

Montag, 31. Mai, 22.30 Uhr, SWR: Helden 2010 – Idole gesucht.

Montag, 31. Mai, 23.15 Uhr, WDR: Mein Germany – US-Soldaten im Trümmerland.

Dienstag, 1. Juni, 20.15 Uhr, ZDF: Die Kennedys – Der Fluch der Macht.

Mittwoch, 2. Juni, 20.15 Uhr, Arte: Schweres Wasser – Hitlers Traum von der Bombe.

Mittwoch, 2. Juni, 21.05 Uhr, Arte: Gesucht wird ... der arabische Schindler.

Freitag, 4. Juni, 20,15 Uhr, 3sat: Krupp – Mythos und Wahrheit.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 983883100.

Angerburger Kulturpreis 2011 – Im Jahre 2011 wird der vom Patenkreis Rotenburg (Wümme) 1955 gestiftete „Angerburger Kulturpreis“ vergeben. Der Preis wird ausgeschrieben für literarische und andere künstlerische und wissenschaftliche Arbeiten Angerburger Künstler beziehungsweise Autoren oder den Kreis Angerburg betreffende deutschsprachige Arbeiten, in denen insbesondere seine Landschaft, menschliche Atmosphäre, Kultur, Wirtschaft und Geschichte, die Völkerverständigung oder eines dieser Gebiete künstlerisch oder wissenschaftlich behandelt werden. Als solche Arbeiten zählen auch Audio- und Videoarbeiten. Es werden nur unveröffentlichte oder nach dem 21. Januar 1955 erstmalig veröffentlichte Arbeiten berücksichtigt. Die Arbeiten sind bis zum 28, Februar 2011 an den Landkreis Rotenburg (Wümme), Amt 10, Hopfengarten 2, 27356 Rotenburg (Wümme), unter dem Kennwort „Angerburger Kulturkreis“ ohne Absenderangabe einzureichen. Name, Anschrift des Verfassers und die unterschriebene Erklärung, dass der Einsender sich den Bedingungen des Wettbewerbs unterwirft, sind in einem gesonderten, gleichfalls verschlossenen Umschlag beizufügen. Über die Einsendungen entscheidet ein Preisgericht. Um rege Beteiligung bittet der Landkreis Rotenburg (Wümme).



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, Telefon (04101) 22037 (Di. und Mi., 9 bis 12 Uhr, Do. 14 bis 17 Uhr), Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de

Seestadt Pillau – Das diesjährige Pillauer Heimattreffen findet von Sonnabend, 31. Juli bis Montag, 2. August in Eckernförde (Stadthallenrestaurant) statt. Am 2. August gibt es wieder eine Fahrt auf See.

Seestadt Pillau – Während des diesjährigen Treffens findet am 31. Juli und 1. August wieder die Wahl der Gemeinschaftsvertreter der Heimatgemeinschaft statt. Wahlende ist am 1. August um 18 Uhr. Wahlberechtigt sind alle mindestens 18 Jahre alten Pillauer und deren Nachkommen. Für die Wahl schlägt der Vorstand die folgenden 21 Kandidaten vor: Kirsten Barz (geboren 1965); Bruno Dilba (1928); Gerhard Draasch (1937); Manfred Dudde (1943); Siegfried Fischer (1936); Rudhard G, Frank (1936); Hans-Peter Glashoff (1931); Karin Glissmann, geb. Samaritter (1946); Siegfried Görke (1938); Hanna Hafener, geb. Kosemund (1926); Erika Kruse, geb. Hermann (1940); Erich Lau (1929); Regina Laurien (1957); Ingrid Petersen, geb. Schoeler (1949); Ernst Petscheleit (1932); Alfred Pokern (1934); Elfriede Schaedler (1926), Rosemarie Schmidt, geb. Groppler (1936); Günter Wiese (1934); Dr. Bernd Wöbke (1943); Gisela Zakrotzky, geb. August (1934). Jeder Wähler hat bis zu 24 Stimmen. Zusätzliche Vorschläge während der Wahl sind möglich. Die Gemeinschaftsvertretung hat 24. Mitglieder.



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Dr. Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel, Telefon (04451) 4581, Fax (04451) 9189298, E-Mail: solenski@kreis-johannisburg.de. Schriftführerin: Ingelore Friedrich, Hitzackerweg 1, 30625 Hannover, Telefon (0511) 578649, E-Mail: friedrich@kreis-johannisburg.de, Internet: www.kreis-johannisburg.de

Max Maseizik † – Die Kreisgemeinschaft trauert um ihren geschätzten, verdienstvollen, treuen Max Maseizik, geboren in Rostken – verstorben am 1. Mai 2010 in Erwitte / Bad Westernkotten. Nach seiner Schulzeit macht er als 16-Jähriger vier Jahre lang eine Ausbildung im Landratsamt Johannisburg. Während seines Wehrdienstes wurde er 1942 an der Ostfront verwundet und kam später in englische Gefangenschaft. Trotz angegriffener Gesundheit fand er 1946 Beschäftigung bei den Schwerbeschädigten-Betrieben in Dortmund. Im September desselben Jahres begann seine Laufbahn bei der Stadt, zuerst beim sogenannten Ernährungsamt, später beim Vertriebenenamt bis zum Ruhestand 1981. In dieser Stadt hat er alle Phasen im Werden und Bestehen der Kreisgemeinschaft Johannisburg miterlebt, ja viele selbst gestaltet. Das 14. Heimattreffen fand auf seine Initiative und unter seiner Leitung für die Stadt- und Kreis-Johannisburger zum ersten Mal 1971 in Dortmund statt, wo damals an die 300 aus Johannisburg stammende Familien wohnten. Die Reinoldi-Gaststätte bot für über 1000 Personen Platz, 1985 wurden sogar an die 1500 Besucher gezählt. 1971 wurde er auch schon in den erweiterten Vorstand berufen und für seine umfang- und erfolgreiche Tätigkeit 1981 mit dem Silbernen Ehrenzeichen geehrt. Seit der Wahl zu einem neuen Kreistag saß Max Maseizik seit 1988 (bis 2002) für Adlig-Kessel als Kirchspielvertreter in diesem Gremium. Berndt Warda wurde sein Nachfolger. Weggefährte Gerhard Bosk schrieb anlässlich des 60. Geburtstages: Trotz angeschlagener Gesundheit wurde Max nie müde, für uns und viele Menschen zu arbeiten. Schon damals ehrte ihn die Stadt Dortmund für seine Arbeit für die Vertriebenen mit hohen Auszeichnungen. Eine wichtige Reise zum Deutschen Verein Rosch (damalige Leiterin Mira Kreska) führte ihn 1992 mit mehreren Kreistagsmitgliedern nach Johannisburg, wo gemeinsam gegangener Wege gedacht wurde, und diese Veranstaltung zu der bedeutendsten für die in der Heimat verbliebenen Landsleute wurde. Im September 1997 wurde er Ehrenmitglied der Kreisgemeinschaft Johannisburg, am Schauplatz so vieler von ihm organisierten und geleiteten Treffen, dem Goldsaal der Westfalenhalle. Hier fand auch die Verleihung des Goldenen Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen statt. 2002 erhielten Max Maseizik und seine Ehefrau Irmgard die Ehrenspange der Kreisgemeinschaft Johannisburg. Der damalige Kreisvertreter Gerhard Wippich bezeichnete in seinem Rückblick 2003 die Treffen als Eckpunkte unseres Zusammenhalts. Im September 2008 war der – auch mit dem Bundesverdienstkreuz Ausgezeichnete – das letzte Mal bei einem Treffen. Wir danken Max Maseizik für seine über 40 Jahre währende Treue und Arbeit, für die er aus seiner Liebe zur Heimat die Kraft schöpfte. Wir werden diesem ehrenwerten, Harmonie stiftenden Heimatfreund ein ehrendes Andenken bewahren. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie.



LÖTZEN

kom. Kreisvertreter: Siegfried Koyro, Hachmeisterstraße 20, 31139 Hildesheim, Telefon / Fax: (05121) 924096, Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: avus.eichler@freenet.de

Geschäftsstelle nicht besetzt – Von Montag, dem 17. Mai 2010, bis zum Montag, dem 31. Mai 2010, ist die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Lötzen in Hamburg nicht besetzt. Auch das Band des Anrufbeantworters wird in dieser Zeit nicht abgehört.

Sommerakademie Sticken

Bad Pyrmont – Das Ostheim führt auch dieses Jahr wieder die Sommerakademie Sticken durch. Für alle Interessierten werden die Techniken Hardanger-, Hohlsaum-, Ajour-, Weiß- und Schwarzsticken einschließlich Nadelspitzen von einer ausgebildeten Seminarleiterin zum Erlernen oder Vertiefen angeboten. Das Seminar (fünf Tage) beginnt am Montag, dem 19. Juli, 15 Uhr mit der Einführung und endet am Sonnabend, 24. Juli 2010 nach dem Mittagessen. Der Komplettpreis für dieses Seminar beträgt 295 Euro im Doppelzimmer, 325 Euro im Einzelzimmer und beinhaltet Vollpension, die Seminargebühr (ohne Material) und die Tagungskurkarte für fünf Tage. Notwendige Materialien können zu dem Seminar bei der Seminarleiterin vor Ort erworben werden. Die Jugendbildungs- und Tagungsstätte Ostheim liegt direkt in der Kurzone von Bad Pyrmont, wenige Minuten vom Kurpark und dem Schloß mit seinen wiedererrichteten Wehranlagen entfernt. Direkt gegenüber dem Haus befinden sich das Hallenwellen- und Freibad und ein öffentlicher, kostenloser Parkplatz. Die Zimmer haben fließend Wasser warm/kalt, teilweise Balkon. Die modernen Sanitäreinrichtungen befinden sich auf den Etagenfluren.

Die Anmeldeunterlagen fordern Sie bitte an bei: Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 93610, Fax (05281) 936111, Internet: www.ostheim-pyrmont.de, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, E-Mail: d.chilla@kreis-ortelsburg.de. Geschäftsführer: Hans Napierski, Telefon (0209) 357391, E-Mail: h.napierski@kreis-ortelsburg.de. Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Kobulten-Passenheimer-Kirchspieltreffen – Am 24. April diesen Jahres fand das erste gemeinsame Kirchspieltreffen der Kobultener und Passenheimer Landsleute im Saal Crange des Kulturzentrum in Herne statt. Es war ein besonderes Treffen, denn nach längerer Pause waren zu diesem Treffen zum ersten Mal auch alle Passenheimer Landsleute eingeladen. Um 10 Uhr wurde der Saal geöffnet und um 10.30 Uhr waren schon die ersten Tische belegt. Von der Organisation hatte man eine räumliche Aufteilung vorgesehen, die durch große Tischschilder mit der Aufschrift Amtsbezirk Kobulten und Stadt Passenheim kenntlich gemacht wurde. Bis zum Beginn der Feierstunde um 12.30 Uhr hatten sich 38 Personen eingefunden. Leider blieb der für Passenheim vorgesehene Bereich fast leer. In seiner Begrüßungsrede wies der Kreisvertreter des Landbezirkes Kobulten und gleichzeitiger stellvertretender Vorsitzender der Kreisgemeinschaft, Herbert John, darauf hin, dass dieses Treffen nicht nur ein besonderes Treffen wegen der Zusammenführung von Kobulten und Passenheim sei, sondern es zeichne sich auch durch die Anwesenheit des kompletten Vorstandes der Kreisgemeinschaft aus. Er begrüßte alle Anwesenden und erläuterte den vorgesehenen Tagesablauf. Dabei wies er darauf hin, dass im Tagesverlauf ein Spendenkörbchen herumgereicht würde. Diese Spende sei für die Reparaturen am Dach des Kirchturms und an der Begrenzungsmauer der Ev. Kirche in Kobulten gedacht und würde für diesen Zweck dringend benötigt. Nach seiner Begrüßung erteilte er Hans Napierski das Wort, den Kreistagsvertreter der Stadt Passenheim und Geschäftsführer der Kreisgemeinschaft, der sich zuerst dafür bedankte, dass die Kobultener Landsleute die (wenigen) Passenheimer drei Personen) so herzlich aufgenommen hatten. Dann nannte er als Vorabinformation, dass im nächsten Jahr, im August 2011 die Passenheimer Kirche ihr 620jähriges Jubiläum feiert. Zu diesem Jubiläum sind alle Landsleute des Kreises Ortelsburg, besonders aber die Passenheimer ganz herzlich eingeladen. Die Kreisgemeinschaft plant im August des nächsten Jahres eine organisierte Busreise in den Kreis Ortelsburg, so dass alle Mitreisenden an dem feierlichen Festakt in Passenheim teilnehmen können. Nach der Totenehrung sprach der Kreisvorsitzende, Dieter Chilla, zu den Anwesenden. Er hob besonders die Einweihung des Gedenkkreuzes auf dem ehemaligen ev. Friedhof in Ortelsburg hervor, die am 21. Juli dieses Jahr stattfinden wird. Nach mehreren vergeblichen Versuchen einen Ort der Trauer oder des Gedenkens, einen Gedenkstein oder ähnliches in Ortelsburg zu errichten, liegt nun die schriftliche Genehmigung für die Errichtung eines Gedenkkreuzes vor. Die Einweihung wird am 21. Juli in einem feierlichen Rahmen erfolgen, zu der Zeit, in der sich die Teilnehmer einer Studienfahrt der Kreisgemeinschaft in Ortelsburg aufhalten. Mit dem Singen des Ostpreußenliedes fand die Feierstunde ihren Abschluss. In diesem Jahr auch eine Besonderheit, mit Akkordeonbegleitung. Nach dem Mittagessen und Gruppenfoto wurde es dann noch einmal richtig spannend. Es wurden 2 Kurzfilme dargeboten. Der erste Film zeigte einen Zusammenschnitt der Ostpreußenreisen der Familie John aus den Jahren 2006 und 2008, bei denen sie die alte Heimat, besonders aber Moithienen, Kobulten, Sorquitten und Heinrichshöfen aufgesucht hatten. Es herrschte eine ehrwürdige Stille, in der alle die Bilder der herrlichen Landschaft in sich aufnahmen und in Gedanken noch einmal die alten Wege beschritten. Der zweite Film zeigte einen Rundgang durch die Passenheimer Kirche, ein Rundgang, den Pfarrer Twardzik moderierte. Ein Vorgeschmack auf die Jubiläumsfeier im nächsten Jahr. So schöne Tage gehen leider immer viel zu schnell zu Ende. Nach 16 Uhr hieß es schon wieder Abschied nehmen. Alle traten an diesem sonnigen Frühlingstag glücklich und zufrieden ihre Heimreise an, mit dem Vorhaben, im nächsten Jahr, am 30. April, wieder dabei zu sein. Ach ja, das Ergebnis der Spendensammlung sei noch erwähnt, es kamen 325 Euro zusammen.



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Liebe Schloßberger Landsleute – Sicher ist inzwischen unsere Einladung zum Schloßberger Schüler- und Hauptkreistreffen vom 11. bis 13. Juni 2010 in der Stadthalle Winsen (Luhe)und natürlich in unserer Heimatstube, bei Ihnen eingegangen. Wir hoffen, dass wir Sie mit unserem Heimatbrief 48 „Sonderausgabe“ etwas überraschen konnten, Sie Freude daran haben und bereits ein wenig darin schmökern konnten. Diese Sonderausgabe Heimatbrief, in der unser Hauptanliegen unsere „Einladung zum Hauptkreistreffen“ an Sie ist, soll Ihnen aber auch deutlich machen, dass uns keine Anstrengungen zu viel sind, Sie zum Besuch unseres Hauptkreistreffens zu animieren. Über einen wieder zahlreicheren Besuch unseres Hauptkreistreffens würden wir uns, die Mitglieder des Vorstands, des Kreisausschusses, des Kreistages und der Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Schloßberg, sehr freuen! Sie honorieren damit in hohem Maße auch unsere Arbeit innerhalb der Kreisgemeinschaft und insbesondere auch der Geschäftsstelle mit unserer nimmermüden Frau Renate Wiese, auf der die Hauptlast der anfallenden Arbeit ruht. Es ist immer wieder zu bewundern, was unsere Geschäftsführerin leistet – zu besonderen Anlässen oft auch mit der Unterstützung Ihres Mannes Wolfgang. Daneben wartet sie mit neuen Ideen auf oder hat sie zum Wohle der Kreisgemeinschaft bereits in die Tat umgesetzt. An dieser Stelle sagen wir dem Ehepaar Wiese ein ganz dickes „Danke!“ Es ist wohl bereits überall durchgedrungen (siehe auch in den Heimatbriefen Nr. 47 und 48), dass wir mit Martin Kunst für die Erstellung der Schloßberger Chroniken einen Nachfolger für unseren verstorbenen Chronisten Herbert Sebeikat, gefunden haben. Er ist stetig bemüht, für seine Chronik-Erstellung bei den weit verstreuten

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

Schloßberger Landleuten rund um den Erdball, Material und Informationen einzuholen, aber dafür auch kompetente Mitarbeiter zu werben. Martin Kunst, Ganderkesee, wird nun als ständiger Mitarbeiter in der Kreisgemeinschaft geführt und auch zu den Kreistagssitzungen mit hinzugezogen. Das gleiche gilt für einen weiteren „Neuen“ in der Kreisgemeinschaft Schlossberg! Mit Dr. Karsten Uffhausen, 21335 Lüneburg, Eichenhain18, konnten wir einen für in der Kreisgemeinschaft immer wieder auftauchende und zu klärende Rechtsfragen kompetenten Rechtsexperten gewinnen. Er übernimmt den Aufgabenbereich, den unser im November 2009 verstorbenes Kreisausschussmitglied Manfred Neumann innehatte. Übrigens: Dr. Uffhausen ist langjähriges Mitglied im Verein der „Freunde des Ostpreußischen Landes- und Jagdmuseums“, im „Förderkreis Ostpreußisches Jagdmuseum – Hans-Ludwig-Loeffke Gedächtnisvereinigung e. V.“ Mitglied des Vorstandes und seit 2005 Mitglied im Verein „Ostpreußisches Jagd- und Landesmuseum“! Wollen Sie auch Mitglied werden? Herr Dr. Uffhausen gibt Ihnen über die obige Anschrift gerne notwendige Hilfestellungen! Zum guten Schluss nochmals zwei große Bitten an Sie: 1. Füllen Sie bitte unsere Meinungsumfrage nach bestem Wissen und Gewissen aus. Die Postkarte finden Sie in der Heimatbrief-Sonderausgabe. Senden sie diese mit 45 Cent frankiert bis spätestens 31. Mai 2010 ab, damit bis zum Hauptkreistreffen die Auswertung bekannt gegeben werden kann. 2. Nochmals ergeht an Sie unser Appell: Kommen Sie zum Hauptkreistreffen! Wir freuen uns auf Sie!



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Ulrich Depkat, Gartenstraße 21, 26180 Rastede, Tel.: (04402) 695727, Geschäftsstelle: Tel.: (0431) 77723 Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: tilsit.stadt@web.de

67. Schultreffen – Zum Schultreffen im Erfurter Intercity-Hotel waren 42 Teilnehmer zusammengekommen. Schulsprecher Hans Dzieran dankte allen für ihr Kommen, besonders aber den Ehepaaren Taudien und Dargelies für ihre weite Anreise aus Kanada. Mit einer Minute stiller Einkehr wurde der 16 Kameraden gedacht, die seit dem vorigen Treffen in Wittenberg für immer von der Schulgemeinschaft gegangen sind. Hans Dzieran erinnerte daran, dass inzwischen mehr als die Hälfte der anwesenden Schulkameraden das Alter von 80 Jahren überschritten haben. Dennoch – die Stimmung war getragen von Optimismus und guter Laune. Eindringlich appellierte Hans Dzieran daran, die Erinnerung an Ostpreußen wach zu halten und die Wahrheit über das Unrecht der Vertreibung weiterzugeben. Nach dem Revisionsbericht der Kassenprüfer wurde dem Vorschlag auf Entlastung des Vorstands einstimmig stattgegeben. In offener Abstimmung erhielten Hans Dzieran, Gernot Grübler und Klaus-Jürgen Rausch das Vertrauen für die nächsten zwei Jahre als Vorsitzender, Stellv. Vorsitzender und Beirat ausgesprochen Gerhard Pfiel wurde zum Revisor gewählt. Eine Überraschung war für Hans Dzieran die Würdigung seiner 15-jährigen Tätigkeit an der Spitze der Schulgemeinschaft. Manfred Urbschat, Beirat im Vorstand der Stadtgemeinschaft Tilsit, überbrachte ein Grußwort des Stadtvertreters und gab in seiner Eigenschaft als Archivar und Webmaster interessante Einblicke in die Arbeit der Stadtgemeinschaft zur Bewahrung des heimatlichen Erbes. Der Abend sah alle Teilnehmer beim festlichen Buffet vereint und bot ausgiebig Gelegenheit zum Plachandern. Am Sonntagvormittag startete man zu einem altersgerechten Bummel durch die historische Altstadt. Anger, Krämerbrücke, Fischmarkt und Domplatz waren sehenswert und hinterließen bleibende Eindrücke. Am Nachmittag wurden im Hotel Videofilme von den letzten Schultreffen und eine Dia-Schau präsentiert. Der Tag klang aus mit einem geselligen Beisammensein. Albrecht Dyck sorgte mit Vorträgen in ostpreußischer Mundart und Darbietungen auf der Mundharmonika für Stimmung. Der letzte und dritte Tag stand im Zeichen des Abschiednehmens. Was bleibt sind schöne Erinnerungen und die Hoffnung auf ein gesundes Wiedersehen im nächsten Jahr.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Reutlingen – Sonnabend, 29. Mai, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6a, Reutlingen. Zum Maifest sind zwei hervorragende Musiker engagiert. Lassen Sie sich mit „Peter und Peter“ überraschen. Dazu sind alle Landsleute, Freunde und alle die sich der Heimat verbunden fühlen – herzlich eingeladen. Außerdem wird der Jahresausflug (letzte Anmeldungen) nach Schwäbisch Hall / Langenburg besprochen.

Stuttgart – Mittwoch, 9. Juni, 10 Uhr, Halbtagsausflug der Gruppe nach Oberrot. Dort Besichtigung der unter Denkmalschutz stehenden Sägemühle mit Heimatmuseum. Anschließend gemütlicher Spaziergang durch das Pflanzenparadies Deininger, mit der Möglichkeit zum Mittagessen beziehungsweise Kaffeetrinken. Die Kosten für die Fahrt betragen 22 Euro (20 Teilnehmer) oder 17 Euro (30 Teilnehmer). Anmeldungen bei Helmut Urbat, Klaus-Peter Okun, Telefon (0711) 4898879 oder Uta Lüttich.

Ulm / Neu-Ulm – Donnerstag, 10. Juni, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe an der Endhaltestelle der Straßenbahn in Söflingen, Einkehr im Gasthaus Löwen, im Klosterhof.

Weinheim – Mittwoch, 9. Juni, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Wolf.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Hof – Sonnabend, 12. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant am Kuhbogen. Christian Joachim gibt einen Bericht von der Ostpreußenreise. – Die Muttertagsfeier stand unter der vielschichtigen Ausgestaltung der Tanzgruppe und der Leitung von Jutta Starosta. Der Erste Vorsitzende Christian Joachim konnte eine stattliche Anzahl von Mitgliedern, Gästen und Vortragenden begrüßen. Nach einem gemeinsam gesungenen Lied erinnerte Hildegard Drogomir ausführlich an die Schriftstellerin Johanna Schopenhauer (9. Juli 1766 in Danzig geboren – am 16. April 1838 in Jena verstorben). Die Mutter des Philosophen Arthur Schopenhauer, war eine der markantesten und beliebtesten sowie meist gelesenen Schriftstellerinnen des 19. Jahrhunderts, die zudem ihrer Heimatstadt Danzig ein bleibendes Denkmal setzte. Mit Flötenliedern zum Frühling, Gedichten und Geschichten zum Muttertag, sowie mit heiteren Tänzen bot die Tanzgruppe ein reichhaltiges Programm, welches mit viel Beifall belohnt wurde. Der Erste Vorsitzende nahm den diesjährigen Muttertag – 65 Jahre nach Kriegsende – zum Anlass und erinnerte an die Leistung der Mütter bei Flucht und Vertreibung. Deshalb gelte das diesjährige Gedenken den Frauen und Müttern, die oft unter vielen Entbehrungen in harten, arbeitsreichen Jahren, die damalige Kindergeneration zu dem werden ließen, was sie heute sind. In dieses Gedenken wurde auch die Heimat eingeschlossen. Als Aufmerksamkeit erhielt jeder Anwesende ein Königsberger-Marzipan-Herz – hergestellt nach überlieferter Schwermer-Rezeptur – überreicht.

Landshut – Dienstag, 1. Juni, mit der Bahn nach Regensburg mit Besichtigung der Ostdeutschen Galerie.

Weiden – Sonntag, 6. Juni, 14.30 Uhr, Heimatnachmittag der Gruppe im "Heimgarten". – Der Erste Vorsitzende Hans Poweleit konnte in der Gaststätte Heimgarten zur Muttertagsfeier viele Landsleute und Gäste begrüßen.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Zimmer 440, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-blv.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 13 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Lyck – Sonnabend, 5. Juni, 15 Uhr, Ratsstuben JFK, Am Rathaus 9, 10825 Berlin. Anfragen: Peter Dziengel, Telefon (030) 8245479.



Tilsit-Stadt – Sonnabend, 5. Juni, 15 Uhr, Ratskeller, Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102. Anfragen: Heinz-Günther Meyer, Telefon (030) 2751825.



Tilsit-Ragnit – Sonnabend, 5. Juni, 15 Uhr, Ratskeller, Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102. Anfragen: Herrmann Trilus, Telefon (03303) 403881.



Wehlau – Sonntag, 6. Juni, 15 Uhr, Bräustübl, Bessemerstraße 84, 12103 Berlin. Anfragen: Lothar Hamann, Telefon (030) 6633245.



Frauengruppe der LO – Mittwoch, 9. Juni, Ausflug mit der LO. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 771235.



Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Donnerstag, 10. Juni, 14 Uhr, Grillnachmittag in der Kladower Schmiede, Gutsstraße 1-3, 14089 Berlin. Eingang vom Ritterfelddamm. Verkehrsverbindung: Bus 135 ab Rathaus Spandau, Fähre: Wannsee-Kladow und Bus 135 bis Haltestelle Gutstraße. Anfrage Gumbinnen: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681. Anfragen Johannisburg und Sensburg: Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917. Anfragen Lötzen: Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremen – Dienstag, 8. Juni, 14 Uhr, Treffen der Wandergruppe beim Roten Turm auf der Domsheide. Nähere Auskünfte gibt Frau Kunz, Telefon 471874. – Die Gruppe bietet zusammen mit JWD-Reisen eine Zwei-Tages-Busfahrt an. Termin: 7. bis 8. August 2010, Reiseverlauf: 7. August: 8.30 Uhr Abfahrt vom ZOB Bremen, 10.30 Uhr bis zirka 12.30 Uhr Besichtigung der Ausstellung „Luise – Mythos und Leben" im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg, 12.30 bis 14 Uhr Mittagspause (Restaurant Krone, Mittagessen ist nicht im Reisepreis enthalten!), Weiterfahrt nach Potsdam, zirka 17.30 Uhr Ankunft in Potsdam im zentral gelegenen Art'otel in Potsdam, Zeppelinstraße 136 – der Abend steht zur freien Verfügung. 8. August: Frühstück im Art'otel, 10 Uhr Abfahrt nach Paretz, 10.40 Uhr bis 11.40 Führung durch die Ausstellung „Luise. Die Kleider der Königin", anschließend individuelle Besichtigung des Parks im Schloss Paretz, Mittagspause bis 14 Uhr, anschließend Rückfahrt nach Bremen, zirka 20 Uhr Ankunft in Bremen, ZOB. Leistungen: Hin- und Rückfahrt im modernen Reisebus, eine Übernachtung mit Frühstück im Vier-Sterne-Art'otel in Potsdam, Eintritt und Führungen Mindestteilnehmerzahl: 25 Personen – Anmeldeschluss: 18. Juni 2010, Preis pro Person: im DZ 99 Euro, im EZ 115 Euro. Nähere Informationen ab sofort in der Geschäftsstelle der Gruppe in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718.

Bremerhaven – Freitag, 28. Mai, 14.30 Uhr, Kulturnachmittag im Barlach-Haus. Luise Wolfram hat ihr Erscheinen zugesagt. Sie wird einen Vortrag über ihr Leben als Pastorengattin in der evangelischen Gemeinde Königsberg halten. Titel: „Störche kennen keine Grenzen". Anmeldungen bitte umgehend bei Marita Jachens-Paul, Telefon (0471) 86176. – Für den Zeitraum vom 6. bis 13. August ist eine Reise nach Nikolaiken und Elbing geplant. Besucht werden Stargard, Deutsch-Krone, Schneidemühl (1x Übernachtung), Bromberg, Thorn, Sensburg (3x Übernachtungen), Nikolaiken, Kruttinnen, Eckertsdorf, Lötzen, Steinort, Rastenburg, Bartenstein, Frauenburg, Cadinen, Elbing (2x Übernachtungen), Oberländischer Kanal, Buchwalde, Marienburg, Tiegenhof, Danzig, Karthaus, Stolp, Köslin (1x Übernachtung), Naugard, Stettin und Kolbitzer (Grenze). Die Reise kostet pro Person 799 Euro / DZ beziehungsweise 985 Euro / EZ. Anmeldungen ab sofort bei Klaus Eichholz, Telefon (04744) 5063, oder Bernhard Tessarzik, Telefon (04703) 1612.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

HEIMATKREISGRUPPEN



Elchniederung – Mittwoch, 16. Juni, 15 Uhr, Sommerfest der Gruppe mit Wiederholung der Wahl, ETV Stuben, Bundesstraße 96, Ecke Hohe Weide, Nähe U-Bahnstation Christuskirche. Nach dem Kaffee wird in gemütlicher Runde mit Vorträgen und frohen Liedern der Sommer empfangen werden. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen. Der Eintritt beträgt 2 Euro.



Heiligenbeil – Sonnabend, 26. Juni, 14 Uhr, Sommerfest der Gruppe im Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7, Hamburg. Hierzu sind alle Mitglieder und Freunde der Gruppe herzlichst eingeladen. Bei Kaffee und Kuchen, in geselliger Runde sollen zusammen einige fröhliche Stunden verbracht werden. Der Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen beträgt 5 Euro. Es wird der Videofilm „Romantisches Masuren – Land der 1000 Seen" gezeigt. Sie erreichen den Seniorentreff mit der Buslinie 116, ab den U-Bahnstation Hammer Kirche, Billstedt oder Wandsbek Markt. Anmeldung bei Konrad Wien, Telefon (040) 30067092, bis zum 25. Juni.



Insterburg – Mittwoch, 2. Juni, 13 Uhr, Treffen im „Zeppelin". Kulturelles Programm und kleiner Dia-, Videovortrag von der Tagesreise. Informationen sind bei Manfred Samel, Telefon und Fax (040) 587585, zu bekommen.



Königsberg – Freitag, 28. Mai, 8.30 Uhr, Treffen zum Jahresausflug zum Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg, Mittagessen und anschließender Dampferfahrt auf der Ilmenau (Schwarzenbek–Launburg), Kaffeetrinken auf dem Schiff. Rückkehr in Hamburg ist gegen 18.30 Uhr vorgesehen. Abfahrt, 8.30 Uhr, Tankstelle Dammtor. Je nach Beteiligung liegen die Kosten für die Fahrt bei rund 30 Euro, Mittagessen zahlt jeder für sich.



Osterode – Sonnabend, 19. Juni, 12.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Spanferkelessen im Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 552, Hamburg-Ohlsdorf. Der Preis pro Person beträgt 15 Euro. Anmeldungen und Überweisung des Geldbetrages bis zum 5. Juni nehmen Marlies und Günter Stanke, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt, Telefon (04109) 9017, entgegen.



Sensburg – Sonntag, 20. Juni, 15 Uhr. Treffen der Gruppe zum gemütlichen Beisammensein im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Gäste sind herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 1. Juni, 14.30 Uhr, Kulturveranstaltung der Gruppe im Café Winter, Möllner Landstraße 202, 22120 Hamburg, nahe Bahnstation U3 Steinfurter Allee. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 31. Mai, 15 Uhr, Heimatnachmittag der Gruppe im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis Waldquelle). Feier zum 60-jährigen Bestehen der Bezirksgruppe Harburg / Wilhelmsburg.

FRAUENGRUPPE

Hamburg-Bergedorf – Freitag, 28. Mai, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus des Begleiters, Ludwig-Rosenberg-Ring 47. Vortrag: „Im Luisenjahr: Königin Luise von Preußen – Leben und Mythos".

Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – „Seitdem ich in Holz schneide, lockt da vieles." Entstehung eines Holzschnitts – Wochenend-Workshop für Erwachsene im Ostpreußischen Landesmuseum Sonnabend, 5. Juni, 11–17 Uhr, Sonntag, 6. Juni, 11–16 Uhr, Leitung: Marie-Luise Salden Kosten: 30 Euro inklusive Material. Vorherige Anmeldung unter E-Mail: a.kern@ol-lg.de oder Telefon (04131) 7599515 erforderlich. Mit der ältesten Drucktechnik der Welt lassen sich besonders kontrastreiche und expressive Bilder herstellen. Wie ein Holzschnitt vorbereitet wird, welche Werkzeuge notwendig sind – diese Fragen werden die Teilnehmer klären, bevor sie selbst ans Werk gehen und sich in dieser besonderen Technik versuchen. Marie-Luise Salden arbeitet als Künstlerin in den Bereichen Farbholzschnitt, Tusch- und Kreidezeichnungen und Aquarell-Malerei. Ihre Arbeiten sind in vielen Sammlungen und Museen vertreten. Marie-Luise Salden ist freie Mitarbeiterin im Käthe Kollwitz Museum in Köln.

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19



HESSEN

Vorsitzende: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Bergstraße – Montag, 7. Juni, Tagesausflug nach Baden-Baden. Anmeldungen werden von Brigitte Sattler, Telefon (06251) 39303, entgegengenommen. – Sonntag, 11. Juli, 11 Uhr, findet wieder das beliebte Sommerfest auf dem Gelände des Geflügelzuchtvereins in Reichenbach statt. Geboten wird neben einem Mittagessen, Kaffee und Kuchen nebst diversen Getränken ein Unterhaltungsprogramm. Für Kuchenspenden ist der Verein dankbar. – Vom 2. bis 17. August liegt ein Reiseangebot vor: „Unterwegs auf dem Fluss Lena in Russland und Sibirien". Anmeldungen werden erbeten an Brigitte Sattler, Telefon (06251) 39303.

Darmstadt – Gerhard Schröder wurde am 26. Mai 1935 in Königsberg geboren. Er überlebte als Zehnjähriger die Zerstörung und den Untergang der Stadt und das Schreckensregiment der sowjetischen Soldateska, den Tod seiner Mutter 1945 und seines Bruders 1946 durch Hunger und Krankheit. Bis Oktober 1947 lebte er in einem sowjetischen Kinderheim in Maraunenhof, dann schob man ihn mit weiteren deutschen Kindern in einem verplombten Güterwagen in die Sowjetische Besatzungszone ab. Nach einiger Zeit kam er nach Berlin, wo er 1948 mit der Luftbrücke nach Westdeutschland ausgeflogen wurde. Das Rote Kreuz hatte seinen Vater in Darmstadt gefunden. Aus Liebe und Treue zu seiner Heimat fand er bald zur Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen. Seit 35 Jahren wirkt er dort verantwortlich im Vorstand mit, zunächst als Schriftführer und stellvertretender Vorsitzender. 1991 wurde er zum Vorsitzenden der Gruppe Darmstadt-Dieburg gewählt. Seine Verdienste würdigte die Landsmannschaft 1977 mit dem Silbernen, 1999 mit dem Goldenen Ehrenzeichen. Schröder ist auch Beisitzer im Landesvorstand. Durch die gemeinsamen kulturellen Wurzeln halten die Gruppe und der Bund der Danziger seit einigen Jahren ihre Treffen gemeinsam ab. Der Postamtmann a.D. wirkt auch im Seniorenbeirat der Deutschen Post mit. Unzählige Veranstaltungen und Reisen hat Schröder organisiert und ebenso viele Vorträge gehalten. Fast jedes Jahr besucht er mehrmals die ostpreußische Heimat und zeigt Diaschauen darüber. Theodor Fontanes Ausspruch „Erst die Fremde lehrt uns, was wir an der Heimat besitzen" hat er verinnerlicht. Wahre Menschlichkeit bestimmt sein Leben. Die schrecklichen Verbrechen in und nach dem Krieg sollten zwar nicht vergessen, aber nicht gegenseitig aufgerechnet werden. Sein Wirken für die Völkerverständigung ist immer mit Leben erfüllt. Die Mitglieder der Gruppe und Freunde sind ihm verbunden; mit seiner Frau, den beiden Töchtern und vier Enkeln gratulieren sie herzlich zu seinem 75. Geburtstag. Dieter W Leitner

Kassel – Dienstag, 1. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg. Brigitte Smieja berichtet über das Thema: „Die polnische Nation und die polnische Kirche." – Zum Maitreffen der Gruppe hatten sich 40 Mitglieder und Gäste eingefunden, um sich bei Kaffee und Kuchen auszutauschen und anschließend den spannenden aber auch beängstigenden Ausführungen des Theologen und Journalisten Egmond Prill zu lauschen. Das Vortragsthema lautete: „Die schleichende Islamisierung". Was der Referent vortrug, war manchen Zuhörern wohl nicht gänzlich neu, gleichwohl erschreckten doch die Belege von islamischer Landnahme hierzulande auch die gut Informierten. Wenn von muslimischer Seite beispielsweise an der Kreuzform des mathematischen Pluszeichens Anstoß genommen wird oder namhafte türkische Persönlichkeiten verlauten lassen: „Dies ist unser Land, die Zukunft hier gestalten wir" mögen das zunächst nur Einzelstimmen sein, sie erhalten aber durch eine Vielzahl anderer Signale und Fakten gehöriges Gewicht. Der Berichterstatter erinnerte an den spürbaren Kulturverfall, die Abkehr von der Religion und die „demographische Bombe" im einst christlichen Abendland, welche die Anhänger des moslemischen Glaubens in ihrer Siegeszuversicht noch zusätzlich bestärken. In dieser Lage weiterhin der Integration das Wort zu reden stellt den Parteien, Kirchen und linken Volkslehrern kein gutes Zeugnis aus. Dankenswerterweise ließ der Referent genügend Zeit für Fragen und Stellungnahmen; sie wurde ausgiebig genutzt. Eine Büchersund Schriftenauslage zum Thema – auch mit Werken von Egmond Prill – rundete das umfangreiche Informationsangebot ab.

Wetzlar – Bei der letzten Zusammenkunft referierte Pfarrer Dieter Nebeling über das Krankenhaus der Barmherzigkeit in Königsberg. Im Jahre 1945 als die damals 600 Krankenbetten umfassende Klinik des Königsberger Mutterhauses von der sowjetischen Besatzungsmacht enteignet worden und wird seitdem als Gebietskrankenhaus für den „Kaliningrader Bezirk" geführt. Inzwischen verfügt das Haus über 800 Betten, so der langjährige Vorsteher des Königsberger Diakonissen-Mutterhauses der Barmherzigkeit. Bei seiner Gründung 1850 habe es in der „Barmherzigkeit", die Klinik im Volksmund genannt wurde, nur 20 Krankenbetten für Frauen und Kinder gegeben. In den folgenden Jahren sei dann die Klinik allmählich auf eine Kapazität von 375 Betten erweitert worden, dokumentierte Nebeling anhand von Archivfotos. Finanziert worden seien das Krankenhaus und seine Erweiterungsbauten durch Zuschüsse der evangelisch-lutherischen Landeskirche in Ostpreußen, vor allem aber durch Geldspenden der Bevölkerung. „Die Barmherzigkeit" sei stets als ein „Glaubenswerk christlicher Nächstenliebe" verstanden worden. Das zeige sich nicht zuletzt daran, dass bereits im Jahre 1861 auf dem Klinikgelände eine Kapelle errichtet worden sei. Im Jahre 1930 sei schließlich das nach einer 25jährigen Planungsphase 600-Bettenhaus fertiggestellt worden, wie es sich heute noch in seiner damaligen Bauform darstelle. Seit 1991 unterhalte das Königsberger Mutterhaus, das 1953 auf dem Altenberg bei Oberbiel (Westdeutschland) ein neues Zuhause und im damaligen Städtischen Krankenhaus in Wetzlar wieder eine Arbeitsstätte gefunden habe, rege Kontakte zum heute russischen Gebietskrankenhaus in Kaliningrad, berichtete Nebeling.

Wiesbaden – Dienstag, 8. Juni, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. Der Nachmittag ist dem in Danzig geborenen Lyriker und Humoristen Johannes Trojan gewidmet. – Donnerstag, 10. Juni, 12 Uhr, Stammtisch der Gruppe in der Gaststätte Waldlust, Ostpreußenstraße 46. Serviert wird Spargel mit Schinken. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Für die Platz- und Essensdisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 4. Juni bei Familie Schetat, Telefon (06122) 15358.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Göttingen – Dienstag, 8. Juni, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der „Junkernschänke", Barfüßerstraße 5. Annelie Thieme eine Referentin von „pro senior" hält einen Vortrag über „Wichtige Lebensmittel". – Vom 25. Juni bis 3. Juli veranstaltet die Gruppe eine neuntägige Reise nach Masuren. Der Preis beträgt 399 Euro (110 Euro EZ-Zuschlag) und umfasst acht Übernachtungen mit HP in Hotels der Mittelklasse, eine Fahrt zum Sommerfest in Ostpreußen, einen Besuch der Feierlichkeiten zum 20-jährigen Bestehen der Deutschen Volksgruppe in Bischofsburg, eine Rundfahrt in Masuren sowie weitere Rundfahrten im Ermland. In den acht Übernachtungen sind jeweils Zwischenübernachtungen auf der Hin- und Rückreise enthalten. Zustiegsmöglichkeiten außerhalb von Göttingen sind Seesen, Salzgitter, Braunschweig und an der BAB 2 Richtung Berlin gegeben. Anmeldungen umgehend an Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen. – Donnerstag, 5. August, 14.30 Uhr, Grillnachmittag im Holtenser Forst. Es wird ein Bus für die Hin- und Rückfahrt eingesetzt. Anmeldungen bis zum 27. Juli bei Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 63675. – Sonnabend, 4. September, findet der alljährliche Ökumenische Gottesdienst in Friedland wieder statt.

Helmstedt – Donnerstag, 10. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Begegnungsstätte, Schützenwall 4. – In den Sommermonaten fällt die Wassergymnastik aus. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111.

Oldenburg – Mittwoch, 9. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadthotel Eversten. Ott-Heinrich Stobbe wird über „ Die Mennoniten in Westpreußen" berichten. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen. – Zusammen mit den anderen Landsmannschaften Oldenburgs machte die Gruppe eine Kulturfahrt zum Haus Deutsch-Krone nach Bad Essen, Kreis Osnabrück. Die Besichtigung der Heimatstube Deutsch-Krone im gleichnamigen Apartment-Hotel, vorgeführt vom Betreuer Herrn Schmidt, beeindruckte sehr, vor allem weil den meisten Landsleuten die Lage und Existenz dieses Kreises bislang noch kein Begriff war. Im selben Haus fand in den kommenden Tagen das Heimatkreistreffen statt und der bereits anwesende Kreisvorsitzende Dr. Köpp konnte persönlich zusätzlich Fragen beantworten. Im Kultur-Schafstall, gleich neben dem Hotel gelegen, konnten auch noch zwei „Deutsch-Kroner Dielen" besichtigt werden. Anschießend schmeckte der Kaffee mit Kuchen im Hotel besonders gut.

Rinteln – Donnerstag, 10. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Saal des Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, Rinteln. Motto: „Gemeinsames Singen ostpreußischer und anderer Volkslieder" mit Siegfried Gehrke. Mitglieder, Freunde und interessierte Gäste sind herzlich willkommen. – Die Reise „Königsberger Provinz" im Mai ist restlos ausgebucht. Wer eventuell Interesse an einer ähnlichen Reise im nächsten Jahr hat, kann – zur unverbindlichen Zusendung der Reiseankündigung – Adresse und Telefonnummer Joachim Rebuschat, Alte Todenmanner Straße 1, 31737 Rinteln, E-Mail: j.rebuschat@web.de, mitteilen.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Montag, 7. Juni, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 10. Juni, 15 Uhr, Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der Ostpreußischen Hauptstadt, in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Die Ostpreußische Mundharmonika-Gruppe trifft sich in unregelmäßigen Abständen. Informationen bei Bruno Wendig, Telefon (05241) 56933.

Bonn – Vom 14. bis 22. August plant die Gruppe eine neuntägige Reise nach Königsberg. Start ist in Bonn, Zustiege entlang der BAB Bonn–Köln–Dortmund–Hannover–Berlin sind nach Absprache möglich. Zwischenübernachtung im Großraum Posen. Weiterfahrt über Marienburg, Elbing, Frauenburg, Braunsberg, die polnisch-russische Grenze nach Königsberg. Ein interessantes Programm erwartet Sie. Reisepreis pro Person im DZ ab 40 Personen: 685 Euro (zuzüglich 50 Euro für das Visum), ab 30 Personen: 745 Euro (zuzüglich 50 Euro für das Visum), EZ-Zuschlag für die gesamte Reise beträgt 150 Euro. Anmeldungen bei Manfred Ruhnau, 53757 Sankt Augustin, Telefon (02241) 311395. Reiseunterlagen werden schnellstens zugeschickt.

Dortmund – Montag, 7. Juni, 10.30 Uhr, Jahresausflug der Gruppe nach Neuss, Abfahrt ab Saarlandstraße, Parkplatz HDI-Versicherung. In Neuss Besichtigung des Quirinusmünsters und Einkehr im mittelalterlichen Clarissen-Kloster-Restaurant. Anmeldungen an Helga Schulz, Telefon 802599.

Düsseldorf – Sonnabend, 29. Mai, 10 Uhr, Wandertreffen am Informationsstand im Hauptbahnhof. Ziel: das Insterburger Museum in Krefeld und Besuch des Zoos. – Mittwoch, 6. Juni, 15 Uhr, Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt, Raum 311, GHH. – Freitag, 11. Juni, 18 Uhr, Stammtisch im Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62.

Gütersloh – Montag, 31. Mai, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Montag, 7. Juni, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Hagen – Die Gruppe führte ihre diesjährige Jahreshauptversammlung mit Vorstandsneuwahlen durch. Der alte Vorstand wurde, bis auf zwei Positionen, im Amt bestätigt. Neu gewählt wurden Helga Bethge als Erste Kulturwartin und Johanna Tillmann als

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 19

Zweite Kassenwartin. Es wurde darauf hingewiesen, dass am Donnerstag, 9. Juli, der diesjährige Busausflug zur Lahn (Limburg) – Bus- und Schiffsfahrt – stattfindet. Es sind noch Plätze frei.

Haltern – Donnerstag, 10. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe.

Lüdenscheid – Zur Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen konnte Vorsitzender Dieter Mayer viele Landsleute aus Ostpreußen, Westpreußen, Pommern sowie die örtliche Presse begrüßen. Es folgte die Totenehrung für die verstorbenen Landsleute im Jahre 2009. Es waren dieses: Waltraud Lechelt, Erwin Wassel, Helene Eskirski, Kurt Schwarz, Ehrenvorsitzender Curt Albrecht, Erna Nolle und Herr Kowalzik. Geehrt wurde für zehn Jahre Mitgliedschaft: Edith und Rolf Petersen und Elsbeth Kühl. Nach den Tätigkeitsberichten des Vorsitzenden, der Kulturwartin der Leiterin der Frauengruppe und des Handarbeitskreises, der Kindergruppenleiterin, dem Kassenbericht und dem Kassenprüfungsbericht erfolgten die Entlastung des Vorstandes und die Neuwahlen. Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: Vorsitzender: Dieter Mayer, stellvertretende Vorsitzende, Kulturwartin und Schriftführerin: Waltraud Lange, Schatzmeister Gerhard Ramminger, stellvertretende Schatzmeisterin: Gisela Augustin, Frauen- und Handarbeitsgruppenleiterin: Jutta Scholz; Volkstanzgruppenleiterin: Christel Puckaß, Kindergruppenleiterin Melanie Reichelt, Beisitzer: Gertrud Graeve, Siegfried Augustin, Karl-Heinz Pfarr und Wolfgang Wachsmuth. Kassenprüfer: Siegfried Augustin und Wolfgang Wachsmuth. Die Jahreshauptversammlung wurde beendet mit dem beliebten ostpreußischen Grützwurstessen. Zum Schluss dankte Vorsitzender Dieter Mayer allen Landsleuten für Mitarbeit, Treue und Bekenntnis zur Heimat und Gruppe.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 5. Juni, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Lutzerstraße 20, Kaiserslautern.

Mainz – Freitag, 28. Mai, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Freitag, 4. Juni, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Leipzig – Sonnabend, 5. Juni, 13.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Casino der AOK, Willmar-Schwabe-Straße 2 (Seiteneingang Jahnallee). Kostenbeitrag 2,50 Euro. Der Chor Lied der Heimat wird die Veranstaltung mit einem Kulturprogramm umrahmen.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 2. Juni, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“. – Donnerstag, 10. Juni, Treffen der Gruppe zum Besuch der LAGA.

Dessau – Montag, 7. Juni, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im „Krötenhof“. Thema: „Lesenswert – Heimatliteratur“.

Gardelegen – Freitag, 28. Mai, 14 Uhr, Liedernachmittag mit Herrn Beckmann in der Begegnungsstätte VS Gardelegen.

Giersleben – Donnerstag, 3. Juni, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der „Alten Schule“.

Magdeburg – Dienstag, 8. Juni, 16.30 Uhr, Treffen des Vorstandes in der Gaststätte Post, Spielhagenstraße. – Freitag, 11. Juni, 16 Uhr, Singproben im TuS Neustadt.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Neumünster – Donnerstag, 10. Juni, 10.30 Uhr, Finanzamt / Bahnhof. Abfahrt zum Jahresausflug der Gruppe nach Wesselburen. Besuch des Kohlosseums, wo man viel erfährt über die Herstellung des Sauerkrauts und die segensreiche Wirkung auf die menschliche Gesundheit. Mittagessen und Kaffeegedeck im Kohlosseum, Kosten: 26 bis 27 Euro. Anmeldung bis zum 5. Juni, unter Telefon (04321) 82314. – Bei der letzten Zusammenkunft brachte Referent Horst Lellek den Anwesenden Fürst Pückler und seine Zeit in Erinnerung – Menschen, die Geschichte(n) machten. Hermann Pückler-Muskau wurde 1785 geboren. Ein Fürst, immer ruhelos und immer getrieben von einer Sehnsucht nach prickelnden Abenteuern, nach Frauen, nach Fahrten durch fremdes Land. Er war originell und exzentrisch, leidenschaftlich, liebenswürdig, war verführerisch und geistvoll. Er besaß Schmack, war ein berühmter Weltreisender, ein Casanova von europäischem Format. Ein Gartenkünstler des vergangenen Jahrhunderts. Der Park war das Zentrum seines Lebens. Seine zwei wesentlichen Parkanlagen: Muskau an der Neiße und Branitz bei Cottbus. 1817 heiratete Pückler die Tochter des Staatskanzlers Hardenberg. 1822 wurde Hermann Pückler in den Fürstenstand erhoben. Fürst Hermann von Pückler-Muskau macht eine seiner legendären Dummheiten, kauft in Äthiopien die Sklavin Machbuba und macht diese zu seiner Geliebten. Daheim stöhnt seine Ehefrau Lucie über seinen jüngsten Streich, duldet aber all seine Affären. Der Fürst ist 52 und Machbuba erst zwölf Jahre! Er verprasst sein Vermögen für Bäume und Blumen, er ist ein besessener Gartennarr. Mit unglaublichem Aufwand legt Pückler rund um sein Schloss Muskau den prächtigsten Landschaftsgarten Deutschlands an. Seine Angetraute Lucie von Hardenberg, eine reiche, graue Maus, teilt seine Leidenschaft. Der Fürst verschwendet erst seinen Reichtum, dann Lucies Vermögen. Nur eine Scheinehe wollte der er dann seinen wahnsinnigen Luxuspark finanzieren. Er will eine reiche Engländerin heiraten, doch keine ist zur Ehe zu bewegen. Von Gläubigern gehetzt, muss Pückler das Anwesen verkaufen. Noch in bittersten Stunden hält Lucie zu ihrem verrückten Mann und folgt ihm auf sein Schlösschen Branitz, das letzte, was ihm noch geblieben ist. Am 4. Februar 1871 verstarb Hermann Pückler auf Schloss Branitz. In seinem Testament hatte er exakte Anweisungen hinterlassen, was mit seinem Körper geschehen sollte. Er verfügte vor seinem Tod: die Zerstörung des Leichnams durch Chemikalien. Heute stehen die Parkanlagen in Branitz und Muskau mit ihren Bauten unter Denkmalschutz. Der Berliner Konditor Schulz kreierte für den Genießerfürsten das „Fürst-Pückler-Eis“ (Schoko, Vanille, Erdbeere). Landsmann Horst Lellek verstand es so anschaulich und lebendig über Pückler zu berichten. Ihm wurde mit großem Applaus gedankt. Die Vorsitzende Brigitte Profé erinnerte abschließend an die schlimme Großveranstaltung am 8. August 2010 an den „Tag der Heimat“ in der Stadthalle.

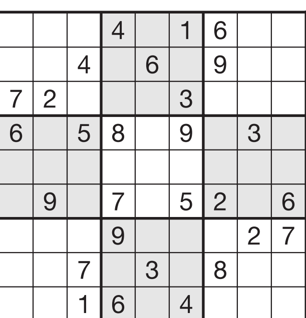
Pinneberg – Sonnabend, 29. Mai, 15 Uhr, „Frühlingserwachen“ der Gruppe im VfL-Clubheim, Fahltskamp 53, Pinneberg. Auf dem Programm stehen unter anderem Singen, Spielen und Lesen. Nähere Informationen oder Anmeldungen entweder bei Frau Schmidt, Telefon 62667, oder Frau Kieselbach, Telefon 73473.

Uetersen – Zur Erinnerung an die Gründung der Gruppe vor 60 Jahren hatten sich über 70 Mitglieder und Gäste zu einer Feierstunde zusammengefunden. Der Vorsitzende des Ortsvereins Joachim Rudat begrüßte alle ganz herzlich und freute sich ganz besonders Vertreter der Uetersener Stadtverwaltung mit dem Ersten Stadtrat Wolfgang Behring und der stellvertretenden Bürgervorsteherin Sabine Lankau, den Bürgermeister der Nachbargemeinde Moorrege Karl-Heinz Weinberg sowie den Vorsitzenden der Landesgruppe Edmund Ferner begrüßen zu können. Nicht zu vergessen den Leiter des bekannten Spitzerdorf-Schulauer Männerchores Helmut Brügmann, der sich wie immer für die musikalische Begleitung zur Verfügung gestellt hatte. Damit eröffnete der Vereinsvorsitzende die Feierstunde. Nach einem Musikstück von Helmut Brügmann hielt der Landesvorsitzende Ferner seinen Festvortrag, den er mit Rückblick und Ausblick überschrieb. Er erinnerte an die schlimme Zeit nach dem Krieg. Zerstörte Städte, Arbeitslosigkeit, Hunger und große Not waren die bestimmenden Merkmale für den Alltag der Menschen. Dennoch, die Menschen rafften sich auf und begannen in mühseliger Arbeit das zerstörte und daniederliegende Land wieder aufzubauen. An dem Aufbauprozess waren vor allen Dingen die ostdeutschen Vertriebenen und Flüchtlinge beteiligt. Ihr vorbildliches Verhalten motivierte häufig die Einheimischen zur Nachahmung. In dieser Zeit der Aufbauphase kam es zur Gründung der einzelnen Gruppen. Gleiche Not und gleiches Schicksal führte die Heimatlosen zusammen. Ferner bezeichnete es als unglaublich, dass nach diesem erlittenen Unrecht der Vertreibung 1950 die Landsmannschaften beschlossen, die Charta der deutschen Heimatvertriebenen aufzustellen und zu verabschieden. Damit bewiesen sie –schon früh ihre Bereitschaft, mit allen Kräften an der Schaffung eines geeinten Europas mitzuwirken und sich für die Völkerverständigung einzusetzen. Ferners Bitte an die Versammelten: Halten Sie weiter treu zu Ihrer Landsmannschaft. Unter Federführung der Gruppen konnte in den vergangenen Jahrzehnten die weit über das restliche Deutschland verstreut lebenden Landsleute in großen Bundestreffen und in den vielen Kreis- und Ortstreffen zusammengeführt und damit notdürftig erst einmal der weitere Zerfall der eigenen Volksgruppe aufgehalten werden. Zukunftssicherung ist angesagt, da die Erlebnisgeneration abnimmt, müssen Strukturen geschaffen werden, die eine weitere Existenz Ostpreußen hier im „Exil“ ermöglichen. Das ist zum Beispiel das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg, das sind das Kulturzentrum Ellingen mit seinem Archiv und die Preußische Allgemeine Zeitung / Das *Ostpreußenblatt*. Sicher werden aus der „Bekenntnisgeneration“ sich neue Gruppen bilden, die Ostpreußen weitertragen werden. Nach einem weiteren Musikstück von Helmut Brügmann sprach der Vorsitzende Joachim Rudat über die Situation der Flüchtlinge und Vertriebenen bei ihrer Ankunft im zerstörten Restdeutschland in den späten 1940er und frühen 1950er Jahren. Sie waren alles andere als willkommen. Die Bevölkerung musste zusammenrücken. Manchmal unter Zwang. In vielen Städten und Ortschaften verdoppelte sich die Einwohnerzahl. Inzwischen spreche keiner mehr davon. Nach seiner Meinung haben die Ostpreußen sich assimiliert, dies ist mehr als integriert. Echte Schleswig-Holsteiner gebe es kaum noch, echte Ost- und Westpreußen aber auch nicht mehr. Die beiden Volksstämme hätten sich miteinander vermischt. Es ist etwas Neues entstanden. Nach einer Pause bei Kaffee und Kuchen erfreute der gebürtige Königsberger Entertainer und Vollblutmusiker Harry Lasch die Besucher mit bekannten Melodien. Diese Darbietung kam so gut an, dass kaum einer nach Hause gehen wollte.

Sudoku

			4		1	6		
		4		6		9		
7	2				3			
6		5	8		9		3	
	9		7		5	2		6
			9				2	7
		7		3		8		
		1	6		4			

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel

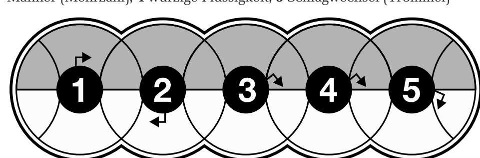
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Kopfbedeckungen.

1 kluge Berechnung
2 Gewürznuss
3 sattroter oder violetter Farbstoff
4 lebhaftes oder lustiges Treiben
5 Szenenfolge (Bühne)
6 Tiere aus fernen Ländern

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Ringergriff.

1 Lösungsmittel für Fette und Lacke, **2** wohlschmeckend, **3** Anrede für Männer (Mehrzahl), **4** würzige Flüssigkeit, **5** Schlagwechsel (Trommel)



So ist's richtig:



Diagonalrätsel: 1. Taktik, 2. Muskat, 3. Purpur, 4. Trubel, 5. Szenar, 6. Exoten – Turban, Kappe

Kreiskette: 1. Aceton, 2. lecker, 3. Herren, 4. Brühe, 5. Wirbel – Nackenhebel

Sudoku:

PAZ10_21

Deutschlands goldgelbe Ölfelder

Rapsöl erobert auch die anspruchsvolle Küche – Zwei große Durchbrüche bei Züchtung und Veredelung

Es grünt nicht nur so grün, wenn Deutschlands Blüten blühen, sondern es leuchtet auch sonnengelb. Die Rapsfelder blühen in einer Fülle wie nie zuvor: Auf 1,5 Millionen Hektar ist in der Bundesrepublik der Rapsanbau gestiegen.

Gemessen an der Gesamtackerfläche ist der Raps damit die wichtigste Öl liefernde Pflanze und zugleich eine der bedeutendsten Kulturpflanzen für die deutsche Landwirtschaft. Aber auch für den Verbraucher gewinnt das aus Rapssaat gewonnene Speiseöl immer mehr an Bedeutung. Es ist vielseitig verwendbar und auch wichtig für eine ausgewogene Ernährung. Durch den hohen Gehalt an wertvollen Omega-3-Fettsäuren gilt es als eines der gesündesten Speiseöle überhaupt. Hinter Oliven- und Sonnenblu-

Züchterarbeit veredelte die einstige Futterpflanze

menöl hat es in letzter Zeit die deutschen Küchen erobert. Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) hat das Rapsöl auf Platz 1 der empfehlenswerten Speiseöle gesetzt.

Dabei konnte die einstige Futterpflanze noch vor einem halben Jahrhundert wegen ihres hohen Gehaltes an einer einfach ungesättigten Fettsäure, der Erucasäure, für die menschliche Ernährung nicht genutzt werden.

Doch 1974 gelang deutschen Züchtern ein überragender Durchbruch in der Rapszüchtung: die erste erucasäurefreie Rapssorte mit einem für die menschliche Ernährung geradezu idealen Fettsäuremuster. Elf Jahre später gelang es ihnen, die bei der Pressung zurückbleibenden Rückstände, die ein hochwertiges Eiweiß enthalten, zu „entbittern“ und damit ein hochwertiges Tierfutter vor allem für Rinder herzustellen. Seitdem kann die Rapssaat zu 100 Prozent genutzt werden, was den Rapsanbau für die Landwirtschaft sehr attraktiv gemacht hat. Man sieht es an der von Jahr zu Jahr wachsenden sonnengelben Musterung unserer maigrünen Landschaft.

Für den Verbraucher ist allerdings die Sache so einfach nicht. Rapsöl ist nicht gleich Rapsöl – es gibt da ganz unterschiedliche Qualitäten, vom Ein-Liter-Kanister bis zum Gourmet-Produkt. Die Begriffe auf den Flaschenetiketten sind so vielfältig wie verwirrend. Grundsätzlich gelten drei Qualitätskategorien: native, nicht-raffinierte und raffinierte Öle. Der Unterschied liegt im Herstellungsprozess.

„Native“ Rapsöle werden durch Pressen ohne Wärmezufuhr gewonnen, anschließend werden sie lediglich gefiltert. Sie sind somit naturbelassen und zeichnen sich durch einen deutlichen Saatgeschmack und eine sehr intensive gelbe Farbe aus.

„Nicht-raffinierte“ Rapsöle dürfen nach der Pressung schonend mit Wasserdampf nachbehandelt werden, das verlängert die Haltbarkeit und der Geschmack wird etwas neutralisiert. Außerdem darf die Rohware auf 40 bis 50 Grad erwärmt werden, auch während der Pressung ist eine moderate Wärmezufuhr erlaubt.

Bei „raffinierten“ Rapsölen gibt es keine Vorgaben zur Saat und Pressung. Durch die Heißpressung auf über 100 Grad und andere Vorgänge wird die Ölausbeute erhöht. Die dadurch entstandenen verunreinigenden Fettbegleitstoffe werden durch Raffination aus dem Öl entfernt, dabei gehen aber wertvolle Pflanzenstoffe, geschmackliche Eigenarten und die Farbe des Öls verloren. Das geschmacksneutrale hellfarbene Öl kann universell eingesetzt werden.

Als „kaltgepresst“ wird ein Öl der beiden erstgenannten Kategorien bezeichnet, wenn die Rohware besonders sorgfältig ausgewählt und das Öl ohne zusätzliche Wärmezufuhr gewonnen wurde. Allerdings können durch Druck und Reibung Temperaturen bis zu 70 Grad Celsius und damit verunreinigende Fettbegleitstoffe entstehen.

Eine echte Kaltpressung bringt ein Rapsöl hervor, das für den Verbraucher neue und damit sehr vielseitige Verwendungsmöglichkeiten erschließt. Es wurde in einem deutschen Unternehmen, der Teutoburger Ölmühle in Ibbenbüren, entwickelt und zeichnet sich durch einen besonders milden, nussigen Geschmack aus. In einem europaweit patentierten und damit einzigartigen Herstellungsverfahren wird die schwarze Rapssaat vor der Pressung geschält, allein die gelben Rapskerne werden in gekühlten Schneckenpressen bei Temperaturen unter 40 Grad kalt gepresst. Bitterstoffe und andere unerwünschte Inhaltsstoffe aus der Schale gelangen so gar nicht erst in das Öl, es gibt keine chemie- und energieintensive Nachbehandlung, somit bleiben auch Vitamine und andere wertvolle Inhaltsstoffe erhalten. Schon optisch ist es durch seine goldgelbe Farbe ein Genuss, erst recht der kulinarische. Raps-Kernöl ist für alle Zwecke verwendbar – für Salate, Dips und Marinaden wie zum Kochen, Braten, Backen und Frittieren. Damit wird der alte – und früher durchaus berechtigte – Vorbehalt widerlegt, dass Rapsöl nicht zur Zubereitung von Speisen geeignet sei, die eine hohe Temperatur verlangen. In der Produktpalette der Teutoburger Mühle findet man auch ein spezielles Bratöl aus einer neu gezüchteten Rapssorte, die besonders viel hitzebeständige Ölsäure enthält und somit für lange Brat- und Frittierzeiten bei hohen Temperaturen geeignet ist. Grundsätzlich sollte man aber die Herdplatte ohnehin nicht zum Anschlag aufdrehen, das gilt für alle Speiseöle ob Raps, Olive oder Sonnenblume. In zwei Monaten werden die Landwirte über fünf Millionen Tonnen Rapssaat ernten, aus denen 2,2 Millionen Rapsöl gewonnen werden. Auch das ist ein erfreuliches Fazit dieser kleinen „Rapsodie“.

Günther Falbe/VR



Gelb dominiert in der Landschaft: Auf 1,5 Millionen Hektar wird in Deutschland Raps angebaut. Bild: Archiv

In Kürze

Fotografinnen der 20er Jahre

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs lag Aufbruchsstimmung in der Luft. Künstler und Fotografen schrieben das Neue Sehen auf ihre Fahnen. „Die Rolle der Frau veränderte sich erheblich, und damit erhöhten sich auch die Möglichkeiten für Frauen, schöpferisch tätig zu werden“, sagt Gabriele Betancourt, Kuratorin einer Ausstellung des Hamburger Museums für Kunst und Gewerbe. Dort sind derzeit Arbeiten von vier Fotografinnen zu sehen, die Motive aus Hamburg in den 1920er Jahren festhielten. Minya Diez-Dührkopp (1873–1929) und Lotte Genzsch (1907–2003) waren Berufsfotografinnen mit eigenem Atelier, während Natascha A. Brunswick (1909–2003) eine kreative Autodidaktin und Hildi Schmidt Heins (geboren 1915) freischaffende Künstlerin waren. Die rund 200 Fotografien aus dem Bestand des Museums zeigen Alltägliches aus einem ungewohnten Blickwinkel und sind wertvolle Zeugnisse einer vergangenen Zeit. *os*



Lotte Genzsch: Ohne Titel, Hamburg, 1930er Jahre

Bild: Museum für Kunst und Gewerbe Hamburg

Die Ausstellung ist bis zum 27. Juni täglich außer montags von 11 bis 18 Uhr, donnerstags bis 21 Uhr geöffnet, Eintritt 8/5 Euro.

Unerschlossene Schönheiten in Rumänien

Der Tourismus des EU-Landes auf dem Balkan will europäisches Niveau erreichen – Konkurrent Bulgarien

Wenn sich der große Lenker der Welt die EU als eine Schulklasse vorgestellt hat, ist sein Weltbild perfekt gelungen: Die guten Schüler sitzen im Westen, die besten im Norden, einige unsichere Kantonisten im Süden. Rumänien und Bulgarien nehmen den Rest ein: im Osten und Südosten Europas kleben sie aneinander wie zwei selten

Hohe Preise und fehlende Sauberkeit

benutzte Handtücher. Dahinter hört die EU auf: Weißrussland, die Ukraine und Russland.

Was sie noch eint, ist eine gemeinsamen Geschichte, die sie über Jahrhunderte unter die Oberherrschaft der Türken zwang. Und die haben etwas dauerhaft in die zwischenmenschlichen und wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Länder implantiert: das universelle Schmiermittel „Bakschisch“, ohne das in den beiden Ländern nichts läuft.

Schon zu Zeiten des ersten Booms in den 70er Jahren schossen an der Schwarzmeerküste Hotels und Prachtbauten aus dem Boden und der „Glückliche“, den ein Kopfgeldjäger für den Posten eines Kellners, Kochs oder Hotelmanagers ausfindig gemacht hatte, zahlte astronomische Summen als „Vermittlungsgebühren“. Man kann sich ausrechnen, was die armen Teufel zusammenraffen mussten, um auch noch ein wenig Gewinn nach Hause zu tragen. Nur, die Rechnung ging nicht auf, in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts unter den Kommunisten nicht und erst recht nicht Anfang des dritten Jahrtausends.

Die rumänische Schwarzmeerküste erinnerte bis vor kurzem an verlassene hellenistische Ortschaften aus der Antike. Detlev Hohne, TUI-Direktor für Marokko, Rumänien und Bulgarien, erklärte vor kurzem: „Rumänien liegt sieben bis acht Jahre hinter Bulgarien zurück. Ich meine hier besonders die in Rumänien fehlenden internationalen Hotelketten und die Ausschöpfung touristischer Möglichkeiten.“ Gerügt wurden schlechte Übernachtungsbedingungen bei hohen Preisen, mangelnde Gastfreundschaft und fehlende Sauberkeit.

Die Kritik wollten die Rumänen so nicht stehen lassen und so konterte die rumänische Ministerin für Tourismus und Regionalentwicklung Elena Udrea vor laufenden Kameras: „Ich bin überzeugt, wir haben 2009 Bulgarien überholt.“ Das war allerdings aus der Luft gegriffen, denn der rumänische Tourismus verlor wegen der Wirtschaftskrise 21 Prozent. Nur 1,3 Millionen Rumänen und zirka 60 000 Fremdtouristen besuchten 2008 und 2009 die Schwarzmeerküste.

Überraschend erhielten die Bulgaren Schützenhilfe ausgerechnet von den Neureichen Rumäniens: „Es wird von den Rumänen zu viel Geld für zu schlechte Dienstleistungen erhoben!“ 40 Prozent der Hotels wiesen ernste hygienische Mängel auf, wobei die Preise durchgehend höher lägen als bei den bulgarischen Hotels, so die Kritik einiger Vermögender.

Doch Elena Udrea ließ nicht lokker und setzte zur Erhöhung der Übernachtungszahlen fest, dass bei den 12 000 Betten umfassenden Hotelkomplexen im Süden der Küste die Preise um bis 20 Prozent gesenkt werden. Gleichzeitig drängt Udrea auf die Privatisierung des gesamten touristischen Unterbaus, worin sie die Hauptursache der Erfolge Bulgariens sieht. Auch geht sie massiv gegen illegale private Bauten an der Küste vor: 16 der 19 großen Gebäude wurden bereits zerstört, für weitere Hunderte illegaler Kleinbauten sollen Baugenehmigungen nachträglich eingeholt werden. Udreas erklärtes Ziel: Am Ende ihrer Amtszeit soll der Tourismus sie-

Schönheiten des Landes erschließen

ben Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreichen. Jetzt liegt er bei 3,7 Prozent. Doch Rumänien wird das europäische Schlusslicht im Tourismus bleiben, so lange kein entsprechendes Straßennetz existiert. Dabei würde es sich auszahlen, die Schönheiten des Landes zu erschließen: Man denke nur an das Donaudelta, die moldauischen Klöster, den Mädchenmarkt von Gaina-Berg (Heiratsmarkt) und den lustigen Friedhof von Sapîntza. Zudem befindet sich seit längerer Zeit ein Saurier-Park in der Nähe von Hunedoara und ein ganzer Dracula-Komplex ist um die Burg Tölz bei Kronstadt im Entstehen.

Ernst Kulcsar



Schwarzmeerküste: Rumänien liegt hinter Bulgarien sieben bis acht Jahre zurück. Bild: Mauritius

Tödliche Verstrickung

Mord auf dem Golfplatz

In ihrer Heimat Chile ist Elizabeth Subercaseaux bekannt wie ein bunter Hund. Hierzulande weiß man mit ihrem Namen wenig anzufangen. Dabei hat die 65-jährige Schriftstellerin berühmte Vorfahren: Sie ist die Urenkelin von Robert und Clara Schumann. Mit 22 siedelte sie nach Spanien über, wo sie ihre Karriere als Journalistin begann. 1975 kehrte sie nach Chile zurück und berichtete während der Pinochet-Diktatur aus dem Untergrund. Der größte Teil ihrer Familie flüchtete ins Exil. Subercaseaux selbst überlebte nur knapp den Überfall von Milizen in ihrem Haus. Der Tod als ständiger Begleiter in ihrem Leben findet sich auch in ihren Büchern wieder.

In ihrem neuesten Kriminalroman „Eine fast perfekte Affäre“ tauchen Tod, Lüge und Wahrheit als Schlüsselmotive auf. Die Handlung spielt in Santiago de Chile. Über sechs Jahre lang ist es Amalia Griffin gelungen, ihre Affäre mit dem angesehenen Richter Juan Manuel Rementaria vor ihrem Ehemann, einem reichen Geschäftsmann, zu verbergen. Lediglich ihre beste Freundin Teresa weiß von der Beziehung, kennt jedoch weder Namen noch Beruf des Liebhabers. Dann plötzlich beendet Amalia das Verhältnis. Sie hat sich in einen Maler verliebt. In seinem Stolz verletzt erschießt Juan seine Ex-Geliebte auf dem Golfplatz.

Es wäre das perfekte Verbrechen, wenn es nicht einen Zeugen gäbe. Von einer gegenüberliegenden Wohnung aus beobachtet der renommierte Journalist Samuel Cooper, wie der Richter vom Tatort flieht. Erst als kurz darauf der Mord die Schlagzeilen füllt, wird Cooper die Tragweite des Geschehens bewusst. Doch er sagt nicht aus, weil er sich zum fraglichen Zeitpunkt in der Wohnung seines heimlichen Liebhabers befand. Ein Coming Out würde nicht nur seine Ehe zerstören, sondern auch dem Ansehen in der Öffentlichkeit und bei den Kollegen schaden.

Nur Teresa versucht, Stück für Stück die Puzzleteile zusammenzufügen und die Identität von Amalias Geliebten zu enthüllen. Das Leben des Richters, des Journalisten und der Freundin verstrikken sich zunehmend. Alle drei geraten in einen Gewissenskonflikt, der sie vor die Wahl zwischen der Wahrheit und ihrem Rang in der konservativen chilenischen Gesellschaft stellt. Stilistisch greift die Autorin auf einen Trick aus Literatur und Film zurück: Sie erzählt die Geschichte abwechselnd aus der Sicht ihrer Protagonisten, wobei die drei Versionen erstaunlich unterschiedlich sind.

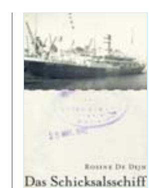
Schumann-Urenkelin auf Abwegen

Subercaseaux ist ein spannender psychologischer Krimi gelungen, der tiefe Charaktere und wechselnde Perspektiven verbindet. Die Figur Coopers trägt übrigens eine besondere persönliche Note: In ihrer Jugend war die Autorin fast vier Jahre mit einem Mann zusammen, der ihr schließlich gestand, er sei schwul und habe sich in einen jüngeren Mann verliebt. Das Verhältnis der beiden litt unter der südamerikanischen Diskriminierung von Homosexuellen. Nach der Trennung nahm sich der Mann das Leben. *Sophia E. Gerber*

***Elizabeth Subercaseaux: „Eine fast perfekte Affäre“**, Pendo, München 2010, geb., 222 Seiten, 17,95 Euro*

Schiff der Verstoßenen

Belgierin recherchierte Geschichte eines besonderen Flüchtlingsschiffes



Américo dos Santos, Johann Albert Spielweck, Hans Adolf Spieweck, Gustav Buchholtz, Hans Henning von Cossel, Irène van Leeuwen und Jaques Padawer sind die Protagonisten in „Das Schicksalsschiff – Rio de Janeiro–Lissabon–New York 1942“. Sie sind alle keine bekannten Persönlichkeiten, aber auch keine fiktiven Romanfiguren, denn die Belgierin Rosine de Dijn hat die Geschichte des Schiffes „Serpa Pinto“ recherchiert und eine wichtige Fahrt im Jahr 1942 zum Mittelpunkt ihres Buches gemacht. Es geht um eine Tour im Jahr 1942, als der portugiesische Luxusdampfer in Rio de Janeiro mit Ziel Lissabon startete. An Bord waren zahlreiche deutschstämmige Brasilianer, die entweder überzeugte Anhänger der Nationalsozialisten waren und deswegen gen Deutschland zogen oder die den zunehmenden Repressionen wegen ihres Deutschtums entgehen wollten.

Die Autorin hat die Geschichte einiger Familien, die damals ihr Heimatland verließen, gut recherchiert. Sie beschreibt, wie sich die Zuwanderung aus Deutschland im 19. Jahrhundert entwickelte, deutsche Zuzügler eigene Dörfer gründeten und das Land urbar machten. Zwischen zwei und fünf Millionen bekennende Deutschbrasilianer lebten Ende der 1930 Jahre in dem südamerikanischen Land. Heute geht man davon aus, dass etwa zwölf Millionen Brasilianer zumindest teilweise deutsche Vorfahren haben. Inzwischen ist ihr Bezug zu Deutschland marginal, doch damals verfolgten viele von ihnen die Entwicklungen in Deutschland. Auch dort entstanden Ableger der NSDAP. Einige waren sogar glühende Hitlerverehrer.

Deutschbrasilianer flohen 1942 nach Deutschland, europäische Juden in die USA

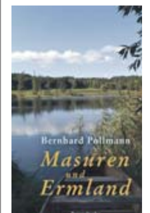
Doch diese Verehrung wurde der brasilianischen Regierung zu viel. Sie wollte, dass sich die Deutschbrasilianer fühlen denn mehr als Brasilianer fühlen denn als Deutsche. Und so wurde Druck auf die Volksgruppe ausgeübt, was jedoch bei einigen statt zur Integration zur eingewandert waren und die nie selbst Deutschland kennengelernt hatten, begannen, das Land zu verklären und sich danach zu sehnen. Woraufhin die brasilianische Regierung die neu entstandene Hitlerjugend gleich wieder auflöste, deutsche Betriebe enteignete und die deutsche Sprache in der Öffentlichkeit verbot. Als dann auch noch einige Deutsche mit Beginn des Zweiten Weltkrieges interniert wurden, entschieden sich unter anderem die Familien Spieweck, von Cossel und Buchholtz das Land mit der „Serpa Pinto“ zu verlassen.

Derweil flüchteten belgische Juden über Frankreich nach Portugal, um von dort aus in die USA zu reisen. Die Autorin schildert die aufreibende Flucht einiger Familien. Doch leider spiegelt ihr an den einzelnen Biographien haftender Erzählstil die Dramatik der Ereignisse ungenügend. De Dijns Ausführungen ähneln zu sehr einem Band, in dem in einzelnen Kapiteln verschiedene Familienschicksale dokumentiert werden. Hätte sie die verschiedenen Schicksale literarischer und parallel erzählt, anstatt sie nach und nach anzuführen, hätte der Leser noch viel deutlicher die Unsinnigkeiten der aufgezwungenen Fluchten der absolut unterschiedlichen Personengruppen erkennen können. Unter dokumentarischen Gesichtspunkten hat die Autorin jedoch mit „Das Schicksalsschiff“ eine gute Rechercheabeit abgeliefert. *Rebecca Bellano*

***Rosine de Dijn: „Das Schicksalsschiff – Rio de Janeiro–Lissabon–New York 1942“**, DVA, München 2009, geb., 268 Seiten, 19,95 Euro*

Reise in ein Sehnsuchtsland

Literarischer Reiseführer durch das südliche Ostpreußen



„Masuren und Ermland“, in Ostpreußen gelegenen, gehören mit ihren einzigartigen Landschaften wohl unbestritten zu den schönsten Erholungsgebieten der Republik Polen. Bernhard Pollmann entführt uns mit seinem gleichnamigen Buch in diese Regionen. Es ist eine Reise in das „Sehnsuchtsland“, auf die der Leser sich mit der Wahl dieses Buches einlässt. Bereits das Bild auf dem Buchumschlag, ein Boot, auf welchem der Betrachter die Seenlandschaft durchquert, lässt erahnen, dass er auf eine Wanderung gemeinsam mit dem Autor mitgenommen wird, um „getragen zu werden von der meist sanften, nur gelegentlich rascheren Strömung des Flusses, im gleichmäßigen Takt der Paddelbewegung dahinzugleiten auf dem Wasser, in dem sich der Himmel und die Bäume spiegeln, umgeben von Tausenden von Wasservögeln“. Pollmanns malerische Beschreibungen der größtenteils unberührten Natur, in der sich Seen, Flüsse und Kanäle mit Wäldern und weiten Feldern abwechseln, lassen den Leser fast den Sommerwind spüren und laden zum Träumen ein.

Der Autor und Fotograf Pollmann führt uns stilsicher auf interessanten Routen der beiden Regionen. So wandert man durch den Masurischen Landschaftspark, entdeckt die Lycker Seenplatte oder taucht etwa in die Wälder der Borker Heide. Aber auch einige historische Reisewege wie etwa die gotische Schlösserroute finden in dem Buch Platz. Hier und da lässt er Erinnerungen von den ehemaligen Einwohnern Ostpreußens freien Lauf, zitiert deren Empfindungen und Naturbeschreibungen von dem „Zauber Masurens“. Aber auch geschichtliche Informationen lässt Pollmann an den richtigen Stellen einfließen, so dass der Leser ein umfassendes Bild von Masuren und dem Ermland gewinnt. Die gelungen ausgewählten Bilder lassen ihn Land und Leute in ihren unterschiedlichen Facetten erleben: Für Wander- und Naturbegeisterte ein schönes Buch als Einstimmung auf Erkundungsreisen in Polen. Allerdings handelt es sich um keinen Reiseführer im eigentlichen Sinne, daher sollte man für Informationen bezüglich Unterkunft, lokaler Küche oder etwa Kultur- und Sportangebote, auf ein übliches Standardwerk zurückgreifen. *Anna Gaul*

***Bernhard Pollmann: „Masuren und Ermland“**, Bergstadtverlag Würzburg 2009, gebunden, 217 Seiten, 19,90 Euro*

Glaube und Zivilcourage

Bischof Gerhard Ludwig Müller über Bonhoeffer

Der katholische Bischof von Regensburg, Gerhard Ludwig Müller, ist nicht nur ein führender katholischer Dogmatiker, sondern auch Bonhoeffer-Experte. Er hat 1977 bei Karl Lehmann über Dietrich Bonhoeffers Theologie der Sakramente promoviert. Nun hat er ein Buch über den evangelischen Pfarrer und Widerstandskämpfer vorgelegt. Der Band bietet eine hintergründige und gut lesbare Einführung in Bonhoeffers Leben bis zum Martyrium im KZ Flossenbürg 1945 und in seine Theologie.

Müller zeigt Konvergenzen und Differenzen zwischen Dietrich Bonhoeffer und der katholischen Theologie auf und erschließt den evangelischen Theologen als ökumenische Märtyrergestalt, der die verbrecherische Nazi-Ideologie schon früh als wahrhaft antichristlich bekämpfte. Zwei Fragen ziehen sich wie ein roter Faden durch das Buch: Welchen Einfluss hatte die katholische Theologie auf das Denken und die Frömmigkeit Bonhoeffers und wie kann das Christentum in der modernen Welt bestehen?

Vieles Überraschende an Bonhoeffer wird verständlich, wenn Müller dessen Aufenthalte in Barcelona, Rom, New York und London als prägend für die persönliche und theologische Entwicklung des evangelischen Geistlichen herausarbeitet.

Als Mitglied der Bekennenden Kirche führte sein Widerstand gegen das NS-Regime bereits 1936 zum Lehrverbot für die Universität, 1941 erhielt er Druck- und Veröffentlichungsverbot, 1943 wurde er inhaftiert, 1945 ermordet.

Katholik ehrt Protestanten

Aus seiner Theologie heraus wird Bonhoeffer ideologiekritisch: „Indem er aus dem Ursprung des Christlichen denkt und handelt, deckt er den unüberbrückbaren Widerspruch von theologischer und ideologischer Weltsicht auf.“ Sehr präzise zeichnet Müller nach, wie Bonhoeffer mit theologischen Argumenten die Nazi-Ideologie verwirft. Im Blick auf den Antisemitismus und Rassismus der Nazis argumentiere Bonhoeffer nicht von einem „allgemeinen Standpunkt der Humanität, den er nicht gering achtet, sondern als Theologe“.

Müllers Darlegung widmet sich besonders dem Verständnis der Theologie selbst, der Kirche und der Sakramente, der Theologie des Amtes, der Ethik der Verantwortung und dem des Gebets bei Bonhoeffer. Theologie sieht Bonhoeffer als „Dienst an der Selbstverständigung des Glaubens“, die „auf der fundamentalen, spekulativ unableitbaren, praktisch unerzwinglichen Tatsache des Glaubens an die Offenbarung Gottes in Jesus Christus“ beruht.

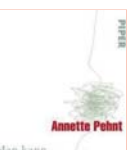
Eine ohne Gott vermeintlich mündig gewordene Welt und das religionslos gewordene Christentum entlarve Bonhoeffer als „Selbstfixierung des Menschen“ und erkenne dies als „Herausforderung für das Christentum und den Glauben“, der er sich bis zum Tod gestellt hat. Der Autor unterstreicht, dass die Nachfolge für Bonhoeffer auch den „Gedanken der Nachfolge im Leiden“ beinhaltet und macht deutlich: „Glaube und Zivilcourage ... sind für ihn keine hohlen Worte, sondern Koordinaten seiner Existenz.“

Der vorliegende Band bietet eine ansprechend gestaltete, gut lesbare und inhaltlich gediegene Einführung zu Dietrich Bonhoeffer und seiner Theologie. *Jürgen Henkel*

***Gerhard Ludwig Müller: „Dietrich Bonhoeffer begegnen“**, Sankt Ulrich Verlag, Augsburg 2010, kartoniert, 160 Seiten, 12,90 Euro*

Emotional Gehemmte

Erzählungen über Menschen mit Gefühlsproblemen



Viel Beachtung in den Feuilletons fand der erste Erzählband von Annette Pehnt, die bisher mehrere Romane veröffentlichte. Der ausgefallene, weil aus zwei Sätzen bestehende Titel „Man kann sich auch wortlos aneinander gewöhnen das muss gar nicht lange dauern“ enthält keinen Hinweis auf den Inhalt, lässt aber wie ein Stimmungsbarometer eine durchaus gedämpfte Gefühlslage anklingen. Pehnt begleitet ihre Protagonisten auf einer kurzen Strecke ihres Lebensweges. Es sind Menschen, denen man überall begegnen könnte. Ihre Träume, ihre Wünsche sind allgegenwärtig, vor allem zwischen den Zeilen.

In den ersten drei der sechs kurzen Erzählungen kommen Ich-Erzähler zu Wort. Hinter deren Wortreichtum verbirgt sich der Mensch, der redet. Wenn „Die Zugbegleiterin“ erzählt, verschwimmen die einzelnen Fahrten und die vielen Menschen, denen sie täglich begegnet. Alles wird zu einem einzigen Strom von Erlebnissen und Eindrücken der ihrer Gedankenwelt eingesponnenen, vermutlich noch jungen Frau. Sie wirkt rastlos wie die dahin eilende Bahn, ihr Arbeitsplatz. Sicherlich sucht die Zugbegleiterin nach einem Ankerplatz in ihrem Leben, aber sie scheint nicht zu wissen, was ihr eigentlich fehlt. Die Erzählung hört wie die anderen einfach irgendwann auf.

„Wünschen darf man sich alles“ ist eine Erzählung überschrieben, in der nacheinander einige jugendliche Bewohner eines Behindertenheims im Mittelpunkt stehen. Trotz ihrer zum Teil erheblichen körperlichen Einschränkungen haben die jungen Menschen altersübliche Interessen, pflegen Freundschaften und haben Antipathien. Um sie herum agieren ihre stark beanspruchten Betreuer, denen sie das Leben mitunter unnötig schwer machen. Auch in dieser Hinsicht verhalten sich die Behinderten wie ihre nichtbehinderten Altersgenossen. In schlichter Sprache wird fortlaufend handlungsnah erzählt, wobei die literarische Verarbeitung vergleichsweise wenig zutage tritt.

Kind reagiert auf Depression der Mutter

„Georg“ ist die bedrückende Geschichte über eine Mutter, die, vom Klinikpersonal vergessen, ihr Baby durch die Geburtshilfe einer Putzfrau zur Welt brachte, und über Georg, ihren kleinen Sohn. Schweigsam und distanziert geht Birgit H. mit Georg um. Offenbar leidet sie unter Depressionen. Die aneinander gereihten Momentaufnahmen lassen nur Mutmaßungen über die Vorgeschichte der Frau zu. Etwas deutet darauf hin, dass sie sich schon vor der Geburt ihres Kindes von ihrer Umwelt abgekapselt hat. Kein Wunder, dass auch Georg sonderbare Verhaltensmuster entwickelt. Der Kinderpsychologe erkennt die fatalen Zusammenhänge, kann den ratlosen, aufgeregten Eltern aber nicht helfen. Was er ihnen mit auf den Weg gibt? Man erfährt es nicht. Eines Tages absentiert sich Georg von seiner Mutter.

Die Erzählungen regen zum Nachdenken an. Dennoch, hier wäre „mehr“ mehr gewesen. Am Ende bleiben zu viele Fragen offen. Annette Pehnt hat durchgehend auf eine Verdichtung der Handlung verzichtet. Dementsprechend ist der Inhalt weniger umfänglich, als die ganz gewöhnliche Dicke des Bandes zunächst glauben macht, aufgrund von Großdruck und entsprechender Papierstärke. *Dagmar Jestrzemski*

***Annette Pehnt: „Man kann sich auch wortlos aneinander gewöhnen das muss gar nicht lange dauern“**, Piper Verlag, München 2010, geb., 186 Seiten, 16,95 Euro*

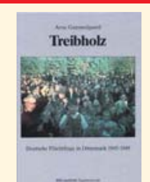
Deutsche Flüchtlinge in Dänemark



Leif Guldmann Ipsen
Menschen hinter Stacheldraht
Flüchtlingslager in Oksböl 1945–1949
Geb., 133 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 1719, € 29,95



Aren Gammelgaard
Auf Führerbefehl in Dänemark
Dtsch. Flüchtlinge 1945–1949
Geb., 242 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 5173, € 35,00

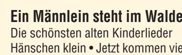


Arne Gammelgaard
Treibholz
Deutsche Flüchtlinge in Dänemark 1945–49
Geb., 160 Seiten
Best.-Nr.: 1823, € 24,95

Dieckert / Großmann
Der Kampf um Ostpreußen
Geb., 264 Seiten
(mit 14 militärischen Lage-skizzen) und 24 Bildseiten
Best.-Nr.: 1472, € 19,80

Armin Fuhrer / Heinz Schön
Erich Koch - Hitlers brauner Zar
Geb., 248 Seiten
Best.-Nr.: 6913, € 24,90

Die schönsten Kinderlieder



CD

Fuchs, du hast die Gans gestohlen

Die schönsten Kinderlieder (Folge 2)
Fuchs, du hast die Gans gestohlen • Es tanzt ein Bi-Ba-Butzemann • Grün, grün, grün sind alle meine Kleider • Suse, liebe Suse • Trarira, der Sommer, der ist da • Kleine Meise • Eine kleine Geige • u.v.a.
Rundfunk-Kinderchor Berlin, Pilharmonischer Kinderchor Dresden u.a.
Best.-Nr.: 6449, € 12,95

Ein Männlein steht im Walde
Die schönsten alten Kinderlieder
Hänschen klein • Jetzt kommen viele Musikanten • Kuckuck, Kuckuck ruft´s aus dem Wald • Alle meine Entchen • Ich bin die Frau Hummel • Ein Männlein steht im Walde • Der Schaffner hebt den Stab • Liebe Schwester, tanz mit mir • Zeigt her eure Füße • Backe, backe Kuchen u.a.
RUNDFUNK-KINDERCHOR BERLIN und der ARMONISCHER KINDERCHOR DRESDEN
Best.-Nr.: 6448, € 12,95



CD



Helmut Schnatz
Der Luftangriff auf Swinemünde
Dokumentation einer Tragödie
Geb., 192 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6924,
statt € 24,90 nur noch € 14,95



Horst Schüler
Workuta – Erinnerung ohne Angst
Geb., 256 Seiten mit Abbildungen
Best.-Nr.: 1015, € 9,95



Elchschaufel-Schlüsselanhänger



Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

Schlesien-Schlüsselanhänger



Best.-Nr.: 6779, € 5,95



Sudetenland-Schlüsselanhänger



Best.-Nr.: 6879, € 5,95



Sonderpreis
statt € 6,40 nur € 2,95

Waltraut Schülke
Geliebtes Ostpreußen
Erinnerungen an Kindheit und Jugend
Kart., 48 Seiten
Best.-Nr.: 5209



Michael Grandt
Der Staatsbankrott kommt!
Gebunden, 384 Seiten
Best.-Nr.: 6940, € 19,95



Erhardt Bödecker
Preußen - eine humane Bilanz
Geb., 144 Seiten
Best.-Nr.: 6956, € 16,90

PMD Preußischer Mediendienst

Oliver Rieckmann empfiehlt...

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Jürgen Roth
Gangsterwirtschaft
Wie uns die Organisierter Kriminalität aufkauft

Allein im letzten Jahr wurden mindestens 40 Milliarden kriminell erwirtschaftete Euro in die deutsche Wirtschaft eingespeist. Entweder wird das Geld direkt in kriselnde Unternehmen gepumpt – oder aber das kriminelle Kapital wird über Strohmänner und korrupte Banker und Anwälte in Aktien oder Fonds investiert. Gleichzeitig übernehmen seriöse Unternehmen die Praktiken der Mafia, um Konkurrenz auszuschalten. Der eigentliche Skandal: Politik und Justiz schauen nicht nur zu, sondern schützen und unterstützen die kriminellen Strukturen auf vielfältige Weise.Dieses Buch zeigt auf, wie diese verhängnisvolle Kooperation funktioniert und wie selbst Kontrollinstanzen, ob Bafin, Staatsanwälte oder Wirtschaftskriminalisten, bewusst schwach gehalten werden. Er entlarvt Abgeordnete, die keine Ahnung haben, aber auf Druck von Lobbyisten Gesetze durchpeitschen, die der organisierten Wirtschaftskriminalität zugute kommen. Und er nimmt eine Wirtschaftselite ins Blickfeld, die mit Hilfe politischer Amigos mit Gangstern kooperiert, deren wirtschaftlicher und politischer Einfluss auch bei uns immer größer wird. Auf der Strecke bleiben Rechtsstaat, Demokratie und Milliarden, die hinterzogenen Steuergeldern, die der Öffentlichen Hand und damit den Bürgern fehlen. Obwohl die Finanzkrise eine kurze Debatte über die Verantwortung der global agierenden Geldinstitute ausgelöst hat, sind die Spieler unverändert am Zocken. Daran wird sich nicht viel ändern, weil viele der Experten, die in den Medien zu Wort kommen, nicht unabhängig sind, sondern für finanzwissenschaftliche Institute arbeiten, die wiederum direkt von der Finanzindustrie bezahlt werden. Gleiches trifft auch auf die großen Ratingagenturen zu. Diese bewerten die Bonität von Firmen, Fonds und Staaten. Eigentümer dieser Agenturen sind zum Teil diejenigen Finanzhäuser, die im Zusammenhang mit dem Crash eine so unrühmliche Rolle gespielt haben.

Geb., 302 Seiten
Best.-Nr.: 6955

€ 19,95

Zogen einst fünf wilde Schwäne

Endlich wieder lieferbar!

24 Lieder aus Ostpreußen
Die vorliegende CD mit einer Auswahl der schönsten ostpreußischen Lieder schließt eine schon lange vorhandene Lücke. Kunstlied- bzw. sinfonie-gewohnte Berufsmusiker, stellten ihre künstlerische Konzerterfahrung in den anspruchsvollen Dienst der Darstellung des vorliegenden Liedgutes, und zwar mit einer Hingabe, die in diesem Ausmaß überraschend und für den Wert der Musik wohl bezeichnend war.
Lieder: 1. Ännchen von Tharau, 2. Die Erde braucht Regen, 3. Sag, wohin fährst du, 4. Hab' ein Gärtlein, 5. Reiter, schmuck und fein, 6. Das Feld ist weiß, 7. Wir kommen herein, 8. Leute, steht auf, 9. Ach, Voader, leewste Voader, 10. Ging ein Weiblein Nüsse schüttelln, 11. Es dunkelt schon in der Heide, 12. Abends treten Elche aus den Dünen, 13. Laßt uns all nach Hause gehen, 14, Zeit zu gehen ist's, 15. Zogen einst fünf wilde Schwäne, 16. An des Haffes anderem Strand, 17. O käm das Morgenrot herauf, 18. Et wär emoal twee Schwestre jung, 19. Es stand am Ran ein Hirtenkind, 20. Gehn will ich, 21. Land der dunklen Wälder, 22. Freiheit, die ich meine, 23. Der Vogel singt, 24. Eine Birke seh ich stehen

Best.-Nr.: 6934

Hörproben finden Sie auch meiner Internetseite



CD

€ 12,95

Ron Paul
Befreit die Welt von der US-Notenbank!
Gebunden, 176 Seiten
Best.-Nr.: 6953, € 16,95



Gabi Köpp
Warum war ich bloß ein Mädchen?
Das Trauma einer Flucht 1945
Geb., 158 Seiten
Best.-Nr.: 6905, € 16,95

Hubertus Knabe
Die Täter sind unter uns
Über das Schönreden der SED- Diktatur
Im Unterschied zur schonungslosen Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur wird das Unrechtsregime der SED in Ostdeutschland vielfach verharmlost und schöngeredet. In weiten Teilen der Bevölkerung herrscht eine erschreckende Unkenntnis über das Ausmaß politischer Verfolgung in der DDR. Der Autor zeigt, wie die Täter davongekommen sind und die Opfer vergessen wurden.



Geb., 383 Seiten,
Best.-Nr.: 6876

Mängelexemplar
statt € 22,00 nur noch € 12,95

Heimatklänge aus Ostpreußen
Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau

CD

Die schönsten Lieder und Tänze aus der alten deutschen Provinz Ostpreußen verbinden sich auf diesem Tonträger mit wunderbaren Schmunzelgeschichten in ostpreußischem Dialekt, mit humorvollen Vertellkes und nostalgisch-wehmütigen Gedichten zu einem unvergeßlichen Reigen aus ostpreußischen Heimatklängen.Für viele Ostpreußen ist dieses Hörerlebnis eine akustische Wiederbegegnung mit unvergessenen Interpreten wie Marion Lindt, Ruth Geede und dem gebürtigen Insterburger Dr. Alfred Lau. Und auch die Stimme Agnes Miegels, der Königsberger Dichterin, die von ihren Landsleuten den Ehrentitel „Mutter Ostpreußen" erhielt, ist zu hören. Mit ihrem Gedicht „Es war ein Land" gab sie dem Zauber der Erinnerung an das „Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen" den wohl schönsten lyrischen Ton.
So finden auf dieser CD Musik und Wort zu einer klanglichen Einheit, die heimatliches Erinnern und Bewahren verbinden und auch den Nachgeborenen Freude am Neuentdecken der ostpreußischen Kultur geben möchte.
Aus dem Inhalt: Land der dunklen Wälder – Ostpreußenlied (Brust/Hannighofer), Bergedorfer Kammerchor, 1:50, Brief an den treulosen Heinrich / Sprecherin. Marion Lindt, 2:45, Goldaper Kirmesdanz (Volksweise), 0:48, De Brautschau / Sprecher: Dr. Alfred Lau, 3:07, Anke von Tharaw (Silcher / Dach), Karl-Horst Schröder, Bariton, 2:11, u.v.m
Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770, € 12,95

Abzeichen Volksabstimmung Ostpreußen



Replik eines Originalabzeichens
Inschrift: Abstimmung: Ost- und Westpreußen 11.7. 1920
Durchmesser: 25 mm an Nadel mit Sicherungshülse
Best.-Nr.: 6925, € 6,95



Doppel-CD

Georg Friedrich Händel
Orgelkonzerte Op. 4
Johannes- Ernst Köhler, Orgel und dem Kammerorchester der Staatskappelle Weimar
Aufnahme von 1975, Spieldauer: CD 1: 52,50, CD 2: 56,36
Best.-Nr.: 6915, € 16,95



CD

Orgelkonzert mit Günther Ramin
in der Thomaskirche zu Leipzig: Reger und Bach.
Historische Aufnahmen von 1946 - 1951
Gesamtspieldauer: 54:03 Min
Best.-Nr.: 6954, € 9,95



CD

Saint-Saëns und Poulenc
Camille Saint-Saëns: Orgelsymphonie Nr. 3, C- Moll
Francis Poulenc: Orgelkonzert G- Moll
Joachim Dalitz, Orgel und dem Berliner Sinfonie,
Gesamtspieldauer: 58:52 Min
Best.-Nr.: 6951, € 9,95



CD

Gottfried Piefke
Preußische Armeemärsche
Stabsmusikkorps Berlin
Mit dem Großen Zapfenstreich, Preußens Gloria, u.v.m.
23 Titel,
Gesamtspielzeit: 46:55 Min
Best.-Nr.: 6894, € 13,90



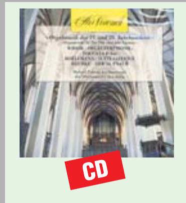
CD

Die Trost-Orgel der Schloßkirche zu Altenburg
Krebs-Orgelwerke, 14 Titel,
Spieldauer: 53:03 Min
Best.-Nr.: 6946, € 9,95



CD

Musik für Horn und Orgel
Krebs, Finger, Homilius, Viviani, Poulenc, Krol
18 Titel,
Spieldauer: 55:37 Min
Best.-Nr.: 6947, € 9,95



CD

Orgelmusik des 19. und 20. Jahrhunderts
Widor, Boellmann, Reubke
9 Titel,
Spieldauer: 48:22 Min
Best.-Nr.: 6948, € 9,95

Heimat-Anstecker



Ostpreußen-Provinz-Anstecker Best.-Nr.: 5889
Ostpreußen-Elchschaufel-Anstecker Best.-Nr.: 6055
Königsberg-Anstecker Best.-Nr.: 6056
Westpreußen-Anstecker Best.-Nr.: 6504

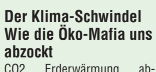


Sudetenland-Anstecker Best.-Nr.: 6880
Schlesien-Anstecker Best.-Nr.: 6778
Elchschaufel-Wappen-Anstecker Best.-Nr.: 6830
Elchschaufel-Anstecker Best.-Nr.: 6642

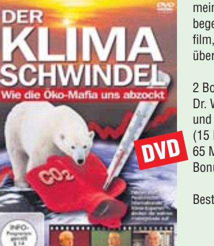


Preußenadler-Flaggen-Anstecker Best.-Nr.: 6722
Preußen-Anstecker Best.-Nr.: 6057
Pommern-Anstecker Best.-Nr.: 6928

Je Anstecker nur € 2,95



Der Klima-Schwindel
Wie die Öko-Mafia uns abzockt
CO2, Erderwärmung, abschmelzende Pole, dramatisch ansteigender Meeresspiegel, Treibhauseffekt – wir alle kennen diese Weltuntergangsszenarien. Doch jetzt sorgen sensationelle Enthüllungen über Fälschungen und manipulierte Daten in höchsten Kreisen der UN weltweit für Aufsehen. Ist die These vom menschengemachten Klimawandel der Bluff des Jahrhunderts? Sind wir alle Opfer einer Öko-Mafia, die uns Bürger und Steuerzahler ausnehmen will? Die Filmemacher reisten zur Internationalen Klimakonferenz nach Berlin und zum UN-Klimagipfel nach Kopenhagen. Sie trafen sich mit kritischen Wissenschaftlern und Journalisten, um der allgemeinen Hysterie mit Fakten zu begegnen. Ein Enthüllungsfilm, der an Spannung nicht zu überbieten ist.



DVD

2 Bonus-Interviews mit Dr. Wolfgang Thüne (47 Min.) und mit Dr. Bruno Bandulet (15 Min.), Spieldauer: 65 Minuten + 62 Minuten Bonusfilme

Best.-Nr.: 6949



€ 19,95



21/10

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

MELDUNGEN

Rätsel um Millionärin

Köln – Der „Spiegel“ vermutet, dass die Millionen der 92-jährigen Rentnerin Christa Buwert, um die sich ihre Enkel streiten, Schwarzgeld der CDU aus der Flick-Affäre sind. Auf den Namen der alten Dame läuft eine millionenschwere Stiftung in Liechtenstein. Da Buwerts Mann Hans Geschäftsführer der in den CDU-Spendenskandal verwickelten Staatsbürgerlichen Vereinigung war, wird nun angenommen, dass die Millionen damit in Zusammenhang stehen. *Bel*

Feuerwehr darf Mädchen retten

Riad – Das saudi-arabische Erziehungsministerium erlaubt es ab sofort, dass Feuerwehrmänner Mädchen retten. Rettern sei in Notfällen Zugang zu Schulgebäuden zu verschaffen, informiert die „Saudi Gazette“. Die Regelung ist eine Reaktion auf einen Brand 2002. Da Männer Mädchenschulen nicht betreten dürfen, war eine Rettung von 15 Schülerinnen nicht möglich. Auch seien sie ins brennende Gebäude zurückgestoßen worden, da sie kein Kopftuch trugen. *Bel*

ZUR PERSON

Er fehlt selbst seinen Gegnern

Selbst ausgewiesene Widersacher bedauern den Abgang von **Roland Koch** aus der Politik aufrichtig. Der 52-jährige hessische Ministerpräsident hinterlässt eine Lücke im politischen Koordinatensystem der Republik. Weil er sich nicht scheute, Themen offen anzusprechen, die andernorts schamhaft umschifft werden, galt er als Sprachrohr und Identifikationsfigur der Konservativen in der Union.

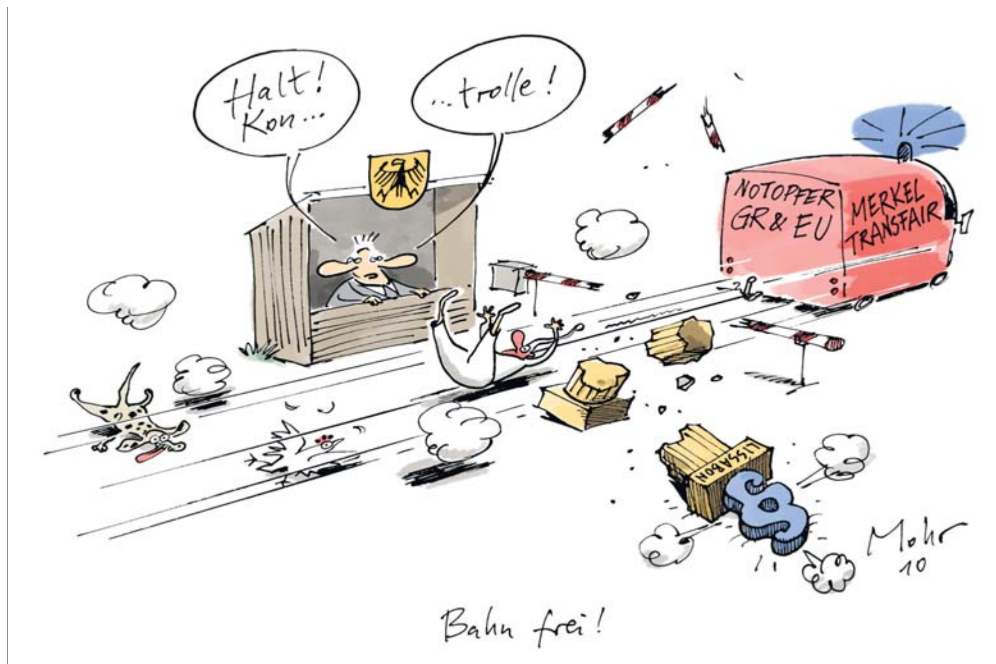
Als er den damaligen hessischen Ministerpräsidenten Hans Eichel und dessen SPD bei den Landtagswahlen 1999 besiegte, stand Koch gerade vor seinem 41. Geburtstag. Schon im Wahlkampf zeigte sich seine Vorliebe für heiße Eisen. Mit einer Unterschriftensammlung gegen die von der neuen rot-grünen Bundesregierung geplante Aufweichung des Staatsbürgerschaftsrechts („Doppelpass“) erntete er Empörung von links – und gewann die Wahl.

Später brachte ihn das Thema Integration noch einmal in die



Schlagzeilen: Nachdem 2007 zwei ausländische Jugendliche einen Rentner ohne Grund zusammengeschlagen hatten, sagte Koch: „Wer sich als Ausländer nicht an unsere Regeln hält, ist hier fehl am Platze.“ Daraufhin stellten sich auch 17 prominente Unionspolitiker öffentlich gegen ihn, darunter Hamburgs Bürgermeister Ole von Beust, der NRW-Integrationsminister Armin Laschet und Bayerns Sozialministerin Christa Stewens.

Legendär ist die souveräne Art, mit der Koch den monatelangen Streit der hessischen SPD um eine Koalition mit der Linken 2009 siegreich aussaß. Mit Angela Merkel verstand sich Koch, den sie als Rivalen ausmachte, nicht besonders. Beobachter fürchten jedoch, dass es der CDU-Chefin ohne Koch noch schwerer fallen könnte, konservative Wähler zu binden. *H.H.*



Zeichnung: Mohr

Richtige Feinde

Wie wir George W. Bush vermissen, warum Angela Merkel Roland Koch vermisst, und wieso die FDP unser letzter Trost ist / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Jede Epoche backt sich die Persönlichkeiten, die sie benötigt, sagt man. Soll heißen: So wie die Umstände stehen, so sind auch die Führungskräfte, die unter ihnen nach oben kommen. In dieser Weisheit steckt noch etwas drin vom Kyffhäuser-Glauben. Wenn es richtig kracht und alles zerbröselt, dann kommt der beste aller Kaiser, Friedrich Barbarossa, aus seinem Berg zurückgeritten und rettet das Reich. So erzählten es sich die Deutschen über viele Generationen.

Die Sage ist in Vergessenheit geraten. Zu Recht, denn in den Jahrhunderten krachte und bröselte es reichlich in deutschen Landen, doch Barbarossa blieb seelenruhig in seinem Berg hocken – wenn er da überhaupt noch sitzt.

Nein, auch heute sind nicht die Regenten am Ruder, die wir gerade bräuchten. Nicht mal in Übersee. Dort müsste jetzt ein ganz anderer im Weißen Haus herrschen. Selten so klar wie heute haben wir die USA als den Welt(wirtschafts)zerstörer ausgemacht, doch wer schwingt dort das Zepter? Obama, der von den hiesigen Medien schon vor seiner Wahl selig gesprochen wurde und daher so gar nicht taugt zum globalen Buhmann.

Überdeutlich zeigt sich die historische Fehlbesetzung an der Ölkatastrophe. Seit endlosen Wochen quillt die schwarze Schmiere nun in den Golf von Mexiko, und nichts haben die Verantwortlichen bis jetzt auf die Beine gestellt.

Freunde, wäre das toll gewesen, wenn jetzt Bush noch US-Präsident wäre! Die deutschen Medien würden Purzelbäume schlagen vor begeisterter Entrüstung: „Der Öl-Lobbyist im Weißen Haus lässt seine unfähigen Freunde von der Petroleumindustrie gewähren!“ hätten wir titeln können oder „Warum hält Ex-Öl-Manager Bush seine Hand über BP?“

Glatt aus der Hüfte hätten wir uns umgehend eine Erklärung für das Unerklärliche zusammengeballert: Bush ist schuld, er wollte es nicht anders. Aber Bush ist nicht mehr da, sondern der gute Obama, dem wir unverdrossen den Heiligenschein halten, weil wir uns unmöglich geirrt haben können. Daher darf er weder inkompetent sein noch gar im Bunde mit den Ölmagnaten, die als Spitzenbösewichte der Welt neben Spekulanten und Privatjetfliegern (Klima!) die Schleppe des Fürsten der Finsternis tragen.

Die Parole „Drill, baby, drill!“ hat sich Obama ebenso zu eigen gemacht wie die Auffassung, dass man Guantánamo noch eine Weile braucht und jede totgezockte Großbank mit Staatsgeldern wiederbeleben muss, weil sein Finanzminister und gelernter Wall-Street-Zocker Timothy Geithner seine Freunde nicht im Stich lässt. „Drill, baby, drill!“ bedeutet frei übersetzt: „Bohr nach Öl, was das Zeug hält!“ und ist die neueste Antwort der US-Regierung auf die Energiefrage. Na ja, das Zeug hielt nicht. Und wir können nicht viel mehr draus machen als „betroffen“ und „wütend“ sein.

> Der böse Hesse geht, Bandidos und Hells Angels vertragen sich, nur die Liberalen raufen tapfer weiter!

Das nervt. Ohne richtigen Feind ist das Leben leer und öde. Richtige Feinde werden immer seltener, mit Roland Koch ist noch einer weg. Sogar der „Spiegel“ jammert aufrichtig: „Das wohltemperierte Sowohl-als-auch war ihm ein Graus. Im Gegensatz zu vielen anderen hatte Koch wenigstens eine Linie.“ Und seine Gegner hatten einen, an dem sie sich abarbeiten konnten.

Koch-Hasser zu sein gehörte so sehr zum guten Ton, dass die Nesseln dieser ätzenden Abneigung bis ins Kanzleramt ragten und dort die vulgären Phantasien der Hausherrin zum Blühen brachten. Legendär ist Angela Merkels Versprecher auf dem Wahlparteitag der Hessen-CDU im Dezember 2008: „... werden wir gemeinsam, lieber Roland Kotz Koch, liebe Freunde ...“

Besonders ärgerlich ist die Art des Abgangs, welche die Koch-Fresser unübersehbar zur Weißglut treibt. Mit welcher Wonne hätten sie ihn in irgendeiner Affäre ersäuft oder ganz langsam Stück für Stück politisch geschreddert. Alles nichts geworden: In der Pose des Siegers, der sein Schicksal selbst bestimmt, wirft er uns den Bettel hin. Macht euren Dreck alleene, ich geh Geld verdienen in der Wirtschaft.

Andrea Ypsilanti sieht danach noch ein bisschen kleiner aus. Schwefelspeiend hatte sie sich monatelang um den Stuhl geprügelt, den Koch nun ohne Not und Anstrengung räumt. Selbst Angela Merkel wirkt ein Stückchen magerer. Die CDU-Chefin hatte einiges an List und Energie darauf verwandt, einen weiteren Aufstieg des Hessen zu verhindern. Dass er sie einfach im Ring stehen lässt, damit hatte sie als letztes gerechnet.

Wo sollen die Raufbolde des Landes denn jetzt noch eine Zukunft sehen, wenn selbst in der CDU eitel Harmonie ausbricht, wo sich sogar „Bandidos“ und „Hells Angels“ vertragen wollen? Wir haben den Ausweg entdeckt, den Ort, wo noch richtig zugehauen wird: die FDP! Dort rauscht ein ganzer Haufen Streithähne in die Arena und hackt sich die Augen aus. Da ist richtig Musik drin.

Ex-Parteichef Wolfgang Gerhardt holte als erster den Schlagring raus und zog Nachfolger Westerwelle eins über. Die FDP müsse außenpolitisch „wieder stärker erkennbar“ werden. Bisher habe das noch jeder Außenminister der FDP geschafft. „Das wird auch Guido Westerwelle gelingen, wenn er die Herausforderung annimmt“, so Gehrhardt. Auf Deutsch: Wenn diese Knalltüte Westerwelle nur endlich erwachsen würde, dann könnte sie wenigsten das schaffen, was ja wohl noch jeder gebacken bekommen hat.

Bei dem Kinnhaken hätte er es belassen können, doch Gehrhardt setzte gleich noch einen Tiefschlag hinterher: Deutschland stehe wegen der Euro-Krise vor einem fundamentalen Umbau der EU. „Das birgt für unseren Außenminister eine riesige Chance.“ Soviel Boshaftigkeit hätte man dem biederen Gehrhardt nicht zugetraut. „Riesige Chance“! Wer die Politikersprache entziffern kann, hört heraus, was Gehrhardt wirklich sagen wollte: In dem europäischen Schlamassel wird die trübe Tasse im Außenamt gnadenlos untergehen.

Und wer kennt die Politikersprache besser als Wolfgang Kubicki, der FDP-Chef von Schleswig-Holstein, dem jeder ohne Zweifel abkaufen würde, dass seine Familie in direkter Linie von furcht- wie ruchlosen Seeräubern abstammt. Die feine Art war seine Art nie. „Dass Herr Gehrhardt glaubt, er sei der bessere Außenminister, ist hinreichend bekannt.“ Oha: „Herr Gehrhardt“! Wenn Parteifreunde einander öffentlich nicht mehr mit Vor- und Zunamen nennen, sondern mit Herr oder Frau Sowieso titulieren, dann ist die Eintracht zu Asche zerfallen.

Aufgeschreckt von dem Gemetzel versuchte FDP-Generalsekretär Christian Lindner, die Gemüter zu beruhigen. Er machte alles nur noch schlimmer. In dem Wunsch, seinem Chef den Rücken freizuhalten und gleichzeitig die Rebellen zu besänftigen, barmte er, die FDP werde „im Team geführt“. Lindner wusste offenkundig nicht, was er da sagte: „Im Team geführt“ heißt schließlich nichts anderes als „gar nicht geführt“. Einer muss da sein, der den Hut aufhat, und wenn der ihm zu groß ist, nimmt das Fiasko seinen Lauf. Das ist es, was Gehrhardt sagen und was Kubicki auf keinen Fall hören wollte, jedenfalls nicht vom „Herrn Gehrhardt“.

Dass gut gemeint nicht gut gemacht ist, musste auch Horst Köhler erfahren. Mit einem einzigen Satz zerlegte er den guten Eindruck vollständig, den er bei den deutschen Soldaten in Afghanistan zunächst gemacht hatte. Als sich dem Bundespräsidenten gegenüber kein deutscher Soldat so richtig optimistisch geben wollte, fragte Köhler einen US-Presseoffizier, wie es aussehe am Hindukusch. Der Mann, dessen Job nicht Wahrheit, sondern Propaganda ist, gab sich (Überraschung!) siegesgewiss. Darauf Köhler zu den deutschen Kämpfern: „Und warum höre ich das nicht von Ihnen?“ Wenn es einen Orden für forsche Etappenhengste gäbe, die Soldaten würden ihn dem „Herrn Köhler“ danach gewiss gern umhängen.

ZITATE

Schleswig-Holsteins Ministerpräsident ***Peter Harry Carstensen*** *(CDU) fürchtet, dass Deutschland ebenso in die Pleite rutschen könne* ***wie Griechenland****. Der „Welt“ (20. Mai) sagte er:*

„Wenn man die Daten miteinander vergleicht, entwickeln wir uns wie Griechenland. Nur, dass die Griechen schon einige Jahre weiter sind. Wenn ich das hochrechne, dann wird mir schon angst und bange.“

Der „Focus“ vom 17. Mai zitiert ***Wolfgang Bosbach*** *(CSU), Vorsitzender des Bundestags-Innenausschusses, bezüglich der neuen* ***Zielgruppenausrichtung der Union****:*

„Wir müssen aufpassen, dass wir auf der Suche nach dem Johannes-Rau-Wählern und den Helmut-Schmidt-Wählern nicht die Helmut-Kohl-Wähler vernachlässigen.“

Ex-Bundesbankchef Karl Otto Pöhl *sagt im „Spiegel“ vom 17. Mai, worum es bei der* ***Griechenland-Rettung*** *seiner Meinung nach wirklich ging:*

„Es ging darum, die deutschen, vor allem aber die französischen Banken vor Abschreibungen zu bewahren. Französische Bankaktien sind am Tag, als das Paket verabschiedet wurde, um bis zu 24 Prozent gestiegen. Daran sieht man, worum es wirklich geht, nämlich um die Rettung der Banken und der reichen Griechen.“

Heinrich Weiss*, Chef der SMS Group und ehemaliger Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (****BDI****), sagte dem „Manager-Magazin“, warum er* ***nicht in Griechenland*** *investiert:*

„Für uns würde es beispielsweise keinen Sinn machen, weil wir in diesem Land weder Kunden noch Konkurrenten haben. Auch Vorteile bei der Fertigung von Maschinen sehen wir dort nicht.“

Umwegrentabilität

Die Umwelt ist das höchste Ziel –
tagtäglich wird's verkündet
und teils emphatisch, teils subtil
bewiesen und begründet.

Doch wieder wurde nun,
o Schreck,
und trotz der Dauerpredigt,
die Umwelt, unser
Lebenszweck,
durch Menschenhand geschädigt!

Denn dort in Bangkok und Athen
gab's Frevel ärgster Sorte –
wir haben's alle ferngesehn,
und uns verschlug's die Worte:

Man legte Brand, und CO_2
nebst andern schwarzen Schwaden
kam völlig ungefiltert frei,
mit Giften reich beladen!

Ist's aber wirklich so fatal?
Wenn kühl wir kalkulieren,
wird unsre Umwelt ja global
davon noch profitieren:

Touristen bleiben nämlich fern,
was den Verkehr vermindert
und solcherart – wir hören's gern –
den Schadstoffausstoß lindert.

Desgleichen weist sich allgemein
auf indirekten Wegen
und ökö-logisch obendrein
der Klassenkampf als Segen:

Denn Raffer sind zwar meist
frustriert,
wenn stille stehn die Räder,
jedoch die Umwelt, die
floriert,
und das begreift wohl jeder!

Pannonicus